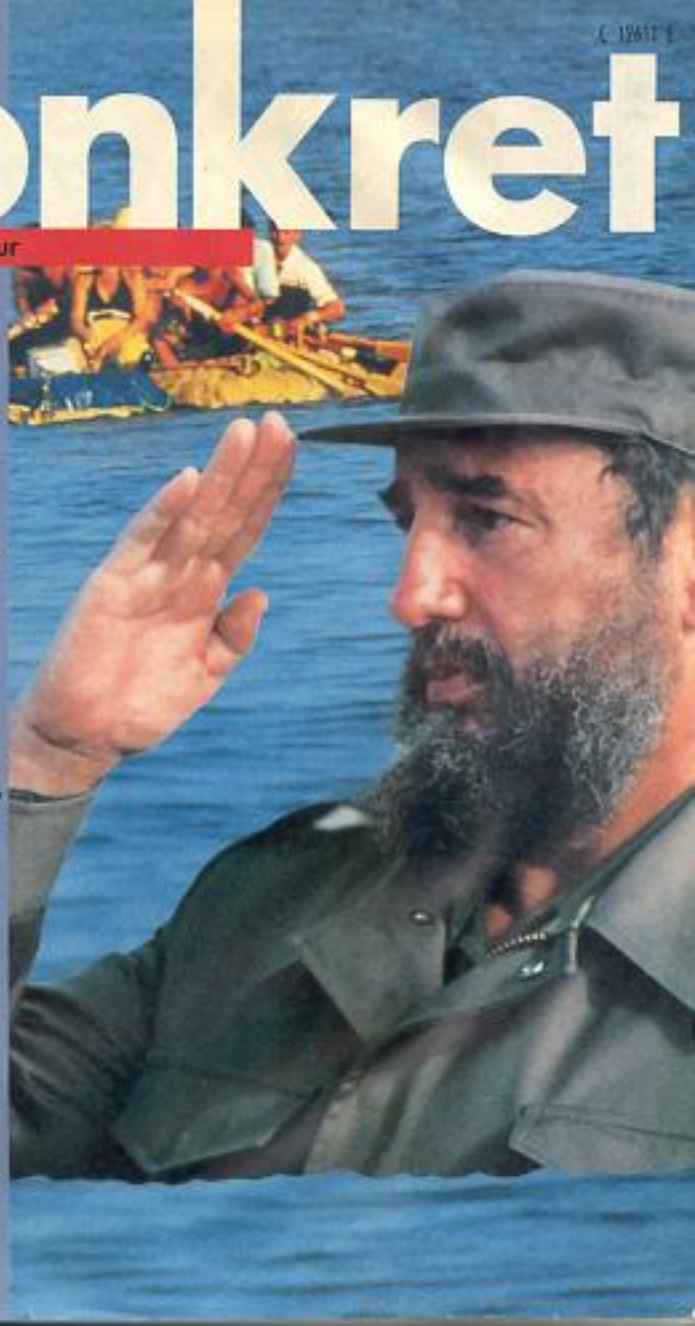
Heft 10 Oktober 1996 8,– DM

konkret

Konkret: Politik & Kultur

- Kuba: Was kommt nach dem Sozialismus?
- Im Hinterhof der USA: United Killers of Pentagon
- Zonenkunde: Ebermann über den Neuen Menschen
- Mecki: Ein Igel für die Deutschen
- KONKRET-Gespräch mit Helmut Ridder



in konkret Oktober 1994

von konkret

an konkret

Sterben für Godesberg? von Hermann L. Gremliza

Herrschaftszeiten

Kohl statt Adenauer von Jürgen Elsässer
Westbindung vs. Sonderweg, »Kerneuropa« mit oder ohne Frankreich (gewiß aber ohne das perfide Albion), Aggression oder defensive Politik – die außenpolitische Agenda der nächsten Regierung Kohl

Biologischer Anspruch von Otto Köhler
Die rassistischen Äußerungen der Direktorin des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung, Charlotte Höhn, liegen ganz auf der Linie früherer Arbeiten dieses Instituts

Der Fünfte Weg von Georg Fülberth
Erwiderung auf Hermann L. Gremlizas Kolumne »PDS ist gleich SED minus Sozialismus« (KONKRET 9/94)

Erstklassige Objekte von Thomas Ebermann
Eine kleine Zonenkunde: Neues vom Neuen Menschen

Eine Chance für den Trenchcoat von Stewart Home
Nach der Verhaftung des Erzbösewichts »Carlos« – Anmerkungen zum Zusammenhang von ästhetischer Avantgarde und Terror

Who's left
DurchgangspunktDie Deutsche Kommunistische Partei

Jeder ist uns der nächste 31 von ARCHIV FÜR SOZIALPOLITIK

Wahl der Waffen IV von Oliver Tolmein
Von Provinzposse bis Mordprozeß – in allen Varianten verfolgt der Staatsschutz die Antifa. Vierter Teil der KONKRET-Serie über antifaschistische Initiativen in der BRD

United Killers of Pentagon von Johnny Norden
Eine keineswegs vollständige Chronik der US-Interventionspolitik in Lateinamerika und der Karibik nach 1945

Der Fall Kuba von Geoffrey B. Demarest
Oberstleutnant Geoffrey B. Demarest, US-ArmeeDie Zeitschrift »Military Review«, ein offizielles Organ der Armee der Vereinigten Staaten, soll der Armeeführung ein »Forum für den offenen Austausch über militärische Fragen« bieten. In der Januarausgabe 94 widmet sich die Zeitschrift »Operations Other Than War«, die als zukünftige Hauptaufgabe der US-Army eingeschätzt werden. Als mögliche nichtkriegerische Einsätze werden genannt der Kampf gegen das organisierte Verbrechen, eine US-Intervention auf Haiti und: »The Cuba Contingency« – der Fall Kuba. KONKRET dokumentiert den etwa um die Hälfte gekürzten Artikel

Koloniale Logik von Carlos Tablada, Olaf Berg
Abhängigkeit und Entwicklung: Die Einbindung Kubas in den RGW hat der kubanischen Ökonomie nicht nur genutzt. Ein Gespräch mit dem kubanischen

Wirtschaftswissenschaftler Carlos Tablada

Jahns Schüler von Gerhard Scheit
Waren Österreichs Sozialdemokraten lange bekennende Deutschnationale, so haben die rotweißroten Kommunisten die österreichische Nation erfunden

Tomayers ehrliches Tagebuch von Horst Tomayer

Juristische Weltanschauung und deutsche Lebenslüge von Helmut Ridder, Georg Fülberth
KONKRET-Gespräch mit Helmut RidderProf. Dr. Drs. hc. Helmut Ridder, emeritierter Professor für Öffentliches Recht und Politische Wissenschaft an der Universität Gießen, ist der Weiße Rabe unter den Verfassungsrechtlern seiner Generation. Während er in den fünfziger Jahren mühelos in der Ordinarienuniversität aufstieg, geriet er in gleichem Tempo in Gegensatz zur herrschenden Politik. Die Linke – Gewerkschaften, Kommunisten, Außerparlamentarische Oppositionen – hatte fortan in ihm einen zuverlässigen Partner, aber keinen Kumpan. Wenn er Denkfaulheit, Illusionen, Staatsfrömmigkeit und Sprachschlampereien auch in ihren Reihen kritisierte, hörte man gern höflich weg – aus Bündnisräson. Doch er meinte es ernst. KONKRET hat mit Helmut Ridder ein Interview geführt, das wir in zwei Teilen im Wortlaut veröffentlichen

Kunst & Gewerbe

Die verigelte Zeit von Georg Seeßlen
»Mecki« – Geschichte und Mythologie eines deutschen Archetyps

Das bißchen Totschlag von Franz Josef Degenhardt
Zu welcher Seite gehört welche Musik? Über das neue Album der Hamburger Punk-Band Goldene Zitronen

Das klingende Universum in Dur und Moll von Funny van Dannen

Geschichte als Gewebe von Klaus Walter
»L'Etat Et Moi« – das neue Album der Hamburger Band Blumfeld

Sex for text von Jan Knopf
Anleitung zur Firmengründung oder Wie der amerikanische Literaturwissenschaftler John Fuegi einmal die Laken des Dichters Bertolt Brecht entzifferte

Ein Teil im Kleiderschrank? von Christel Dormagen
Gerade erst hat sich die begriffliche Trennung von »sex« und »gender«durchgesetzt, da wird sie bereits wieder in Frage gestellt. Ein Beitrag zur Debatte um die Feminismustheoretikerin Judith Butler

Also sproch der Bärgabwerts von Lutz Wernicke
Wie der Philosoph Friedrich Wilhelm N. und der Massenmörder Adolf H. zusammenhängen und warum dieser Zusammenhang geleugnet wird. Rapport zum 150. Geburtstag eines gemeingefährlichen Sonderlings

Gremlizas express von Hermann L. Gremliza

Konkret 10/94, S. 4

von konkret

Am 17. Oktober um 19 Uhr veranstaltet KONKRET gemeinsam mit der Tageszeitung »junge Welt« in der Hamburger Universität eine Podiumsdiskussion zur Lage auf Kuba. Teilnehmen werden Horst-Eckard Gross, Herausgeber der Werke Che Guevaras, Hans Jürgen Burchardt, der im letzten Jahr auf Kuba die ökonomische Entwicklung untersucht hat, Jutta Ditfurth, Dorothee Piermont (angefragt), aus Mexiko/Stadt Heinz Dieterich (angefragt), Kenner der Geschichte lateinamerikanischer Befreiungsbewegungen, und als Moderator KONKRET-Autor Christian Eggers.

Prof. Dr. Carlos Tablada, Autor des Buches *Che Guevara. Ökonomie und Politik beim Übergang zum Sozialismus* und Mitarbeiter des Weltwirtschaftsinstituts CIEM in Havanna, der in diesem Heft Auskunft gibt über die Folgen der ökonomischen Einbindung der kubanischen Wirtschaft in den RGW (»Koloniale Logik«, Seite 30), wird im April und Mai 95 zu einer Vortragsreise nach Deutschland kommen. Universitäten, Volkshochschulen, Kuba-Solidaritätsgruppen und andere, die Tablada zu einer Veranstaltung einladen wollen, wenden sich bitte an: Lüko Willms, Nußzeil 54, 60433 Frankfurt/Main, Tel: 069-529208, Fax: 069-529886.

Der Aboauflage dieser Ausgabe ist das diesjährige LITERATUR KONKRET beigeheftet. Wer KONKRET nicht abonniert hat (Bestellcoupon auf Seite 6), muß am Kiosk zuschlagen: für 7,80 Mark.

Schwerpunkt des von Gunter Blank konzipierten Heftes sind diesmal die USA. Aus guten Gründen: Erstens, weil die meisten der noch denkenden Menschen in Deutschland sich wieder stärker auf die von dort kommenden Debatten, sagen wir um *class, race & gender*, beziehen, zum zweiten, weil wir folkloristischen Hypes wie dem, der auf dieser Buchmesse um Brasilien veranstaltet werden soll, wenig abgewinnen können, und drittens, weil es keinen Grund gibt, deutsche Schriftsteller im Zusammenhang mit Literatur zu verhandeln. Wer sich – wie die Elite der deutschen Dichter – in den Bundestag drängt oder ums Wohl der Nation sorgt, wird künftig bloß noch im Politikteil von KONKRET abgehandelt.

Statt dessen bieten wir Bruce Benderson über die Diktatur des Mainstream, Georg Seeßlen über die Psychopathologie des Feuilletons der »Frankfurter Allgemeinen Zeitung für Deutschland«, Literatur von Darius James, Willie Perdomo und Kathy Acker sowie Rezensionen und einen ausführlichen Überblick über Hiphop-Literatur, akademisch auch Black Studies genannt.

Zum Kulturkampf des »FAZ«-Feuilletons veranstaltet KONKRET auf der Frankfurter Buchmesse eine Diskussion mit KONKRET-Autor Georg Seeßlen. Die Diskussion findet statt am Samstag, dem 8. Oktober, um 13 Uhr im Raum »Brillanz« (der heißt wirklich so) auf dem Messegelände, Halle 4.2, zweiter Stock. Auf der Buchmesse (Frankfurt, 5.-10. Oktober) ist KONKRET in diesem Jahr überdies mit einem eigenen Stand (Halle 6.0, Stand G 143) vertreten, an dem Sie Hermann L. Gremliza, Boris Gröndahl und Gunter Blank erreichen können.

Zur Buchmesse haben wieder einige Autorinnen und Autoren von KONKRET neue Bücher vorgelegt, die in unseren Buchversand aufgenommen wurden. Sie finden den Buchversand in LITERATUR KONKRET auf Seite 42. Die Bestseller des KONKRET-Buchversands im Juli und August waren: 1. Ulrike Meinhof: *Die Würde des Menschen ist antastbar*; 2. *Was tun? Protokoll des KONKRET-Kongresses* (Obacht! Nur noch knapp 300 Exemplare vorrätig!); 3. Gerhard Henschel/Klaus Bittermann (Hg.): *Wörterbuch des Gutmenschen*; 4. Otto Köhler: *Die große Enteignung*; 5. Wolfgang Pohrt: *Harte Zeiten*.

Eine sehr lobenswerte Initiative hat KONKRET-Leser Hans Willi Raffelsiefen aus Mannheim ergriffen: Er hat Autoren, Titel und Stichwörter zum Inhalt aller 2.208 Artikel, die in KONKRET von 1984 bis 1993 erschienen sind, in einer Datenbank erfaßt. Das elektronische Register ist – bislang leider nur für Dos-PCs – als MS Access-File und/oder als eigenständig installierbares EDV-Programm jetzt in einer Alphaversion zum Preis von 49 Mark erhältlich. Die Bezugsadresse finden Sie unter den Kleinanzeigen auf Seite 19. Vorschläge, Anregungen und Kritik von Leserinnen und Lesern sind willkommen! Voraussetzung für die Fortsetzung und Ausweitung des Registers ist, daß sich das Projekt ökonomisch trägt. Wir hoffen daher, daß viele die Chance nutzen, das Register zum wahrhaft günstigen Einführungspreis zu kaufen.

Die geplante Versammlung der Kommanditgesellschaft mußte auf Samstag, den 17. Dezember 1994, 14 Uhr in Hamburg verschoben werden, da die für Ende September avisierte Veranstaltung nicht sorgfältig genug vorbereitet werden konnte.

Konkret 10/94, S. 6

an konkret

Einfügen und Streichen

KONKRET 9/94: »PDS ist gleich SED minus Sozialismus« von Hermann L. Gremliza

»..., während ihr (der PDS, d.A.) zur Solidarität mit Kuba, wenn nicht schon der Wille, gewiß die Mittel fehlen.« Es ist schon erstaunlich, was Herrn Gremliza in seinem blinden PDS-Haß so alles aus der Feder entgleitet. Die PDS leistet, im Gegensatz zu manchen Schreibtischtätern, aktive und konkrete Solidarität mit Kuba. Das kommt in mehreren Beschlüssen von PDS-Parteitagen, in der Arbeit der Bundestags-Gruppe PDS/LL und in der Tätigkeit der Arbeitsgemeinschaft »Cuba Si« beim Parteivorstand der PDS zum Ausdruck. »Cuba Si« realisiert mit der Unterstützung und Spendenbereitschaft tausender Menschen in- und außerhalb der PDS konkrete Projekte und Kampagnen politischer und materieller Solidarität mit Kuba. Seit Gründung der AG haben sich über 20 regionale »Cuba Si«-Gruppen in Ost und West gebildet.

Reinhard Thiele

Koordinierungsrat der AG »Cuba Si«

Berlin

Werter Herausgeber,

wie Sie wissen, ist die Partei der Nichtwähler, der Sie angehören, die einzige Partei, die sich nicht selber, sondern alle anderen Parteien im parlamentarischen Block wählt, also auch die PDS. Wenn Sie das nicht wollen, sollten Sie nicht PDS-Wähler zu Nicht-(PDS)-Wählern, sondern z.B. zu SPD-Wählern machen, es sei denn, Sie wollen dem Nichtwähler das beruhigende Gefühl verschaffen, nicht PDS gewählt zu haben. Da ein Nichtwähler dieses Gefühl mit desto mehr Berechtigung haben darf, je stärker die PDS im parlamentarischen Block vertreten ist, kann ich Ihnen daher nur empfehlen: Wählen Sie PDS!

Hartmut Kempker

Berlin

Lieber Gremliza,

mag sein, daß Du, was Du so Kritisches über die PDS geschrieben hast, in manchem recht hast. Aber warum mußt Du nun auch mit »PDS gleich SED« jetzt so sehr auf der PDS herumhacken? Das tun die anderen doch zur Genüge mit der Panikmache, als käme mit ihrem Wiedereinzug in den Bundestag die Pest über Deutschland. Von den Grünen über die SPD bis zu den äußersten Rechten angesichts der zu erwartenden Wahlerfolge der PDS, nun in Sachsen und Brandenburg bei den Landtagswahlen bestätigt, tönt es lauthals Tag für Tag rund um die Uhr: PDS gleich SED.

Wenn Du nicht zu den Nichtwählern gehen willst, was bleibt Dir sonst übrig, als die PDS zu wählen?

Peter Gingold

Mitglied der DKP, Kandidat auf der

Landesliste Hessen der PDS und ihr Direktkandidat im Wahlkreis Aschaffenburg

Frankfurt/Main

Leider ist alles noch viel schlimmer, mit der PDS nämlich, zumindest, wenn man sie beim Wort nimmt.

Kürzlich fiel mir die Kopie einer Bundestagsdrucksache (12/3055 vom 21.07.92) in die Hand, welche die PDS auf einer regionalen Veranstaltung 1992 stolz verteilt hatte. Sie dokumentiert darin die Arbeit der Abgeordneten Dr. Gregor Gysi, Andrea Lederer und der Gruppe PDS/Linke Liste: Die hatten sich ungefragt überlegt, welchen Gebrauch das imperialistische Großdeutschland von seiner Armee machen solle. Unbelastet von historischen Erfahrungen wollten sie über eine Grundgesetzänderung sicherstellen, »daß künftig deutsche Streitkräfte ausschließlich zur Verteidigung gegen einen äußeren Angriff auf das deutsche Territorium zum Einsatz kommen dürfen«. Die Drohung mit der Alternative *Abschaffung der Bundeswehr* hat ihre politischen Konkurrenten im Deutschen Bundestag aber auch nicht so weit erschrecken können, daß sie sich den PDS-Gesetzentwurf durchgelesen hätten. Sonst hätte selbst ihnen etwas auffallen müssen.

Aus der umfangreichen Begründung drei Passagen, die KONKRET sicherlich gefallen werden: »Die Bundesrepublik Deutschland soll insbesondere ihre ökonomischen Möglichkeiten nutzen, die Ursachen gewaltsamer Konflikte zu bekämpfen und dadurch zu einer friedlichen Beilegung von Konflikten in Europa und in der Welt beitragen.«

Der Versuch, im Prozeß des verzweifelt um Anerkennung buhlenden parlamentarischen Mitmachens das Wissen darum zu verdrängen, wem man da gute Ratschläge aufdrängt, läßt sich nicht durchhalten. Das politische Unterbewußtsein schlägt mit Hilfe der Grammatik fürchterlich zurück. » ... Gleichzeitig beschränkt die Bundesrepublik Deutschland durch die Regelung im eingefügten Satz 3 den Einsatz deutscher Streitkräfte ausschließlich auf den Verteidigungsfall, also den Angriff deutschen Territoriums« (S.4). »... Die Streichung ist ein nach innen gerichteter Beitrag zu Demokratisierung und Entmilitarisierung der Gesellschaft. Die Streichung sichert ab, daß Streitkräfte ausschließlich für einen äußeren Angriff des deutschen Territoriums vorgesehen sind« (S. 5).

Einfügen und Streichen von Sätzen in die/der Geschäftsgrundlage der Herrschenden, das ist »Opposition«, aber keine »konkrete«.

Hans Hartings

Detmold

Verbale Knieschüsse

KONKRET 8/94: »Rassismus und Normalität« von Oliver Tolmein

1. Nicht zwei »neue« Bücher von Karl Heinz Roth sind erschienen, sondern allenfalls eins. Das erwähnte zweite *und es begann die Zeit der Autonomie* ist bereits im Oktober 1993 erschienen. Desweiteren handelt es sich mitnichten um eine bloße »Sammlung« von früheren Texten Roths. In dem angesprochenen Buch wird exemplarisch versucht, einen 25 Jahre langen Strang sozialrevolutionärer Theorie- und Praxisentwicklung in den Metropolen diskutierbar zu machen. Dazu sind den ausgewählten Texten u.a. eine politische Biographie, ein Vor- und Nachwort, umfangreiche Einleitungen und ein Gespräch zur Seite gestellt, die jene für heutige LeserInnen überhaupt erst verständlich machen.

2. Anstatt tendenziös und quellenmäßig unabgesichert auf der vermeintlich Rothschen »Fixierung auf eine proletarische Klassenperspektive« herumzuhacken, hätte Oliver besser über die wirklich wichtige Debatte im Zusammenhang mit einem Text von KHR berichten sollen. In den nächsten Tagen erscheint im neuen ISP-Verlag zu Frankfurt das Buch *Wiederkehr der Proletarität? Dokumentation der Debatte,* bei dem KHR als Herausgeber auftritt. Der Anstoß zur Debatte erfolgte durch den Beitrag: »Die Wiederkehr der Proletarität und die Angst der Linken: Möglichkeiten und Grenzen sozialistischer Politik im Übergang zum 21. Jahrhundert«, den KHR auf dem KONKRET-Kongreß im Juni 1993 hielt. In diesem Zusammenhang sind seine Aussagen zum »subproletarischen Rassismus« zu diskutieren. Die Debatte darum wäre auch der Platz, an den die verbalen Knieschüsse von Oliver hingehören, denen unausgesprochen die These zu Grunde liegt, die Lohnarbeitenden der Ersten Welt seien durchweg und ungebrochen Nutznießer der weltweiten Ausbeutung und hätten sowieso einen korporatistisch-rassistischen Pakt mit den herrschenden Eliten abgeschlossen, um ihre »berechtigten Teilhaberansprüche« geltend zu machen. Das ist platteste Sozialanthropologie und unterstützt zudem das Theorem der neurechten Historiker von der umstandslosen und seither nie wieder aufgebrochenen Integration der deutschen ArbeiterInnenklasse in die >)Volksgemeinschaft« **der NS-Diktatur.**

Lutz Weihe

Bremen

Nackter Kaiser

KONKRET 8/94: »Schlüpferstürmer« von Harald Fricke

Nichts ist schwerer als zu zeigen, daß ein alter Freund einer ist, den wir gar nicht zum Freund haben wollen. Das ist Harald Fricke mit seinem Artikel gelungen, auch wenn es der Kölner Kunstmischpoke nicht gefallen wird. Der Kaiser Kippenberger hat keine Kleider an. Mehr ist nicht zu sagen.

Martin Zeyn

Berlin

Ein Bier weniger

KONKRET allgemein

Es ist schon bescheuert; da geht mensch finanziell auf dem Zahnfleisch, weil in diesem Scheißstaat jeder einen Tritt in den Arsch bekommt, der Kindererziehung für wichtiger hält, als sich in den Tretmühlen als abhängig Beschäftigter zu bewegen, und was fällt einem da ein, mit dem Rücken an der Wand? KONKRET abzubestellen. Wie konnte ich nur so blöd sein. In diesen beschissenen Zeiten, wo die Anpassungskurse von PDS und Grüne/Bündnis 90 keinen Raum mehr lassen für linke Positionen, kann ich doch eines der letzten linken Blätter nicht abbestellen. Da trinke ich lieber ein Bier weniger, als politisch den Hungertod zu sterben.

Also: Ich nehme meine Kündigung zurück. Bitte beliefert mich weiterhin mit der KONKRET.

Werner Volk

Nordhorn

Konkret 10/94, S. 9

Hermann L. Gremliza

Sterben für Godesberg?

Trotz der ungeheuren Zahl an Opfern, die die militärischen Repressalien fordern, erfüllen uns diese Zusammenstöße mit Freude und Mut... Diese Ausbrüche erwecken die breitesten Schichten der durch Not und Unwissenheit niedergedrückten Arbeiter zu bewußtem Leben und säen unter ihnen den Geist edlen Hasses gegen die Unterdrückung und die Feinde der Freiheit.
W.I. Lenin, »Ein neues Blutbad« (1901)

Einstmals«, schreibt die Zeitung der Deutschen Bank, »hatte Kuba als ein Land der Dritten Welt, das ausgerechnet in nächster Nachbarschaft der Vormacht des Kapitalismus aus eigener revolutionärer Kraft zum Sozialismus kommen konnte, mit geradezu mythischem Vorbildglanz ausgestrahlt.« Kubas Revolutionäre hätten »einige nach den Maßstäben vergleichbarer Länder geradezu vorbildliche Leistungen – bei medizinischer Versorgung oder Volksbildung etwa« vollbracht. Aber »eine vollkommen gerechte Beurteilung des kubanischen Experiments war kaum möglich, weil amerikanische Wirtschaftsblockadepolitik und, gegenläufig, sowjetische Subventionspolitik die Bilanz verzerrten. Seit letztere wegfiel, ging es mit Kuba wirtschaftlich und damit sozial steil bergab. Der inzwischen erreichte Zustand ist nur noch mit dem Wort Verelendung zutreffend zu bezeichnen.«

Wer wissen will, wie und durch wen Kuba hinauf- und heruntergebracht worden ist, weiß es also. Wer statt dem Börsenredakteur, auf dessen Auskünfte ernsthafte Spekulanten ihr Geschäft müssen gründen können, den Clowns vom Feuilleton glaubt, will es nicht wissen. Er wird das Mäulchen für Freedom und Democracy spitzen, bis das Elend vollends über die Revolution triumphiert – in einem militärischen Überfall, in einem Attentat (ein halbes Dutzend von der CIA auf Castro verübte hat ein Ausschuß des US-Senats in den 70er Jahren dokumentiert), in der Kapitulation der Revolutionäre oder im Selbstmord der Revolution.

Halb umgebracht bei dem verzweifelten Versuch, ihre Haut zu retten, hat sie sich schon: Die Währung des Landes, die heute zählt, ist der Dollar. Für ihn ist beinahe alles zu bekommen, was die Revolution dem Zugriff der Besitzer entzogen hatte: Menschen zur Arbeit oder zu sexuellem Gebrauch, Lebensmittel jeder Qualität und Menge. Was Liberalisierung oder Öffnung heißt, ist jeweils Synonym für weitere Einladungen ans internationale Kapital, sich Kuba stückweise zurückzuholen.

Weil es also, so oder so, nahe scheint, machen sich gebetene und ungebetene Freunde der kubanischen Revolution Gedanken, wie sie das Ende gerne hätten. Welche gibt es, die sähen am liebsten Fidel, eine Panzerfaust geschultert, seine Getreuen um sich, auf dem Dach des Regierungsgebäudes im letzten Gefecht mit den Hubschraubern der Yankee-Invasoren, auf daß endlich einmal ein sozialistischer Staat nicht mit jenem Wimmern zusammensänke, über das die Sieger in den letzten fünf Jahren so häufig feixen durften, sondern mit einem Getöse niederkrachte, das den großen Worten von einst (»Sozialismus oder Tod«) ein wenig Ehre machte. Andere hoffen, Castro selber oder ein Flügel in der kubanischen Parteiführung werde weitere Reformen anbieten, um wenigstens ein paar Errungenschaften der Revolution (noch ist die Lebenserwartung eines Kubaners doppelt so hoch wie die eines schon befreiten mittelamerikanischen Nachbarn) bewahren und die USA dennoch zu einem Verzicht auf Embargo und Rückeroberung bewegen zu können.

Die eine Hoffnung ist so falsch wie die andere. Die Freunde des Blutbads könnten sich auf Ernesto Guevara berufen wollen, dessen Wort »Seien wir realistisch, versuchen wir das Unmögliche« auf jenen Bedarf der westlichen Freizeitlinken an großen Gesten und Worten hingedichtet schien, den ihnen zu Hause die RAF-Gefangenen mit ihrer stellvertretenden Unbeugsamkeit befriedigen müssen. Aber erstens ist keineswegs ausgemacht, daß Che der Romantiker war, als den ihn sein verkitschtes Konterfei auf T-Shirts und in Biermann-Balladen zeigt – die Lektüre eines seiner wirtschaftspolitischen Aufsätze könnte da manchen Liedermacher überraschen (und überfordern). Und zweitens ist die Weltgeschichte zur Zeit nicht an einem Punkt, an dem ein Blutbad die breitesten Schichten der durch Not und Unwissenheit niedergedrückten Arbeiter zu bewußtem Leben erwecken und unter ihnen den Geist edlen Hasses säen könnte, sondern der Tod in Havanna bloß das Gefühl bestärkte, der Kapitalismus habe ein für allemal gesiegt.

Noch verwegener die Vorstellung, die Revolution durch Reform bewahren zu können. Daß »der Weg der ökonomischen Reformen, den das sozialistische Lager in den Jahren 63/64 eingeschlagen hatte, in Richtung Kapitalismus führte«, haben (siehe Seite 31 dieser Ausgabe) Che und Fidel schon vor dreißig Jahren gewußt. Tatsächlich markierte die Einrichtung von Intershops den Anfang vom Ende des realen Sozialismus. Marx wurde damals von Schalk-Golodkowski und anderen »Technokraten mit ihren Krämerideen« (Che) abgelöst, an die Stelle des »neuen Menschen« trat der Mensch, das konsumierende Wesen, und der »gerechte Tausch« ging fortan: Bewußtsein gegen Devisen. Daß der Verrat an der Sache sich schließlich als das schlechtest mögliche Geschäft erwiesen hat, darf, wer es braucht, als Gerechtigkeit der Geschichte

verstehen. Den kurzen Auftritt als karibischer Gyula Horn kann Castro sich und uns ersparen, auch den eines kubanischen Hans Modrow, der den in Miami residierenden Bourgeois – Kuba einig Patria! – nationale Versöhnung anbietet und einen Commandante Bisky in den Ausschuß zur Untersuchung kubanisch-internationalistischer Verbrechen in Angola und Südafrika entsendet. (Modrow übrigens ist als letzter SED-Regierungschef dafür verantwortlich, daß die Schulden, die Kuba bei der DDR hatte, nicht erlassen wurden, sondern heute vom einig Vaterland eingetrieben werden können.)

Wie aber, wenn die Revolutionäre in diesen Tagen, da die Bevölkerung zwar schon materiell, noch nicht aber geistig und psychisch im Elend lebt und also mit Revolution künftig anderes assoziieren wird als Hunger und Verzweiflung, ihren chancenlosen Kampf aufgäben und für den Verzicht auf ein auch dem Feind zu teures letztes Gefecht eine Garantie wenigstens der schlichtesten sozialen Rechte eintauschten? Wenn sie erklärten, was sie richtig, was sie falsch gemacht haben, und warum sie von den Siegern nichts dazulernen wollten; daß sie der Koalitionsregierung einiger Compagneros mit den Vorbesitzern des Landes, der die USA ein Ende des Embargos und einige Investitionen versprochen hätten, nicht im Wege stehen, aber auch nicht angehören wollten, sondern die Zeit, in der keine neue Revolution zu machen ist, zur Kritik der fehlgeschlagenen und zur theoretischen wie praktischen Vorbereitung einer künftigen nutzen werden? Wäre das nicht besser, als den Sozialismus bis zur Unkenntlichkeit zu reformieren und, weil den Feinden in Washington, Miami und Bonn auch mehr als genug nicht genug sein wird, um den schäbigen Rest Regierungsgewalt blutig kämpfen zu müssen? Kein Sozialismus – kein Tod. Es lohnt sich nicht, auf dem Weg nach Godesberg zu sterben.

Konkret 10/94, S. 10

Herrschaftszeiten

Rätsel 1

Wer wird dem »Diktat der reichen Länder«, »einer Art westlichem Imperialismus«, ab sofort »flammenden Widerstand leisten«? Lösung: Das wird, sagt der Hamburger Weihbischof Hans-Jochen Jaschke, niemand anders sein als die katholische Kirche. Nicht in dem Fall zwar, daß die CIA den Kubanern einen katholischen Staatspräsidenten Marke Pinochet beschert, aber »wenn die Abtreibung als Mittel der Familienplanung sanktioniert würde« oder es so weitergehe mit der »Fixierung auf das Kondom«, das nun, im flammenden antiimperialistischen Widerstandskampf, sogar der Herr Weihbischof schon in den Mund nimmt.

Rätsel 2

Wie lange ist es her, daß der hessische Umweltminister Josef Fischer (Grüne Partei) in der Illustrierten »Stern« fragte, wo bitte, als neuer Hoffnungsträger, der »Clinton von Bonn« bleibe? Lösung: Genau so lange, wie der Clinton von Washington brauchte, ein Gesetz vorzulegen, das für 50 neue Straftatbestände die Verhängung der Todesstrafe vorsieht.

Nachtrag

Auf Seite 3 ihrer Ausgabe vom 1. August 1994 hat die deutsche Tageszeitung »Die Welt« berichtet: »Die Kontaktgruppe will außerdem dem Uno-Sicherheitsrat empfehlen, das Waffenembargo gegen die bosnischen Moslems aufzuheben.«

Auf Seite 1 ihrer Ausgabe vom 1. August 1994 hat die deutsche Tageszeitung »Die Welt« berichtet: »Trotz Embargo ist Bosnien der weltgrößte Waffenmarkt.« Der Balkanspezialist eines Londoner Militärfachverlags habe gemeldet, »in den vergangenen vier Monaten seien bei den bosnischen Regierungstruppen mindestens drei bis vier Dutzend Panzerabwehrraketen, bis zu 20 amerikanische Flugabwehrraketen des Typs Stinger sowie 20.000 Sturmgewehre, Granaten und Mörser eingetroffen. Weiter verfügten die bosnischen Truppen inzwischen über modernste US-Nachtsichtgeräte und Funkgeräte«.

Ein Embargo gegen die Bosnier verhängte hingegen der Sänger Roland Kaiser, der sein unter dem Patronat von Christian Schwarz-Schilling (CDU), Freimut Duve (SPD) und Elfi Wörner (Witwe) geplantes Absingen eines Solidaritätschlagers für Sarajevo in der Berliner Waldbühne – und damit die Überweisung des Erlöses nach Bosnien – wegen schlechten Kartenverkaufs absagen mußte. (Auf den naheliegenden Einfall, statt Roland als Cindy und Bert aufzutreten, sind Elfie und Freimut leider nicht gekommen.)

Camouflage

Kohl und Kinkel und Rühe haben wieder und wieder beteuert, daß deutsche Soldaten überall auf der Welt für das Gute aufmarschieren könnten, nur eben, wegen ihres letzten Besuchs dort, nicht im ehemaligen Jugoslawien. Wie sie dennoch auch auf dem Balkan nach dem Rechten sehen können, hat der außenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Lamers, erläutert: Die »Westeuropäische Union« (WEU) solle, so Lamers, »unbedingt eine gemeinsame Maßnahme beschließen, an der sich auch Deutschland im angemessenen Rahmen beteiligen muß«. Die »FAZ« zitiert Lamers' Tarnungsplan so: »Je stärker der europäische Charakter solcher Streitkräfte sichtbar werde, desto mehr verringerten sich die politischen Schwierigkeiten der einzelnen Teilnehmerstaaten, denen im Fall des früheren Jugoslawien besonders Deutschland ausgesetzt sei.«

Auschwitz-Bonbon

Die Belobigung der Mannheimer Justiz für den Nazi G. Deckert richtet nach Meinung des FDP-Vorsitzenden Klaus Kinkel großen Schaden in der Außenpolitik an, und daran ist vor allem die SPD schuld: »Weil sie das Verbrechensbekämpfungsgesetz verhindert, hat die SPD große Verantwortung auf ihre Schultern geladen. Sie blockiert die Bekämpfung der Auschwitz-Lüge.« Daß die SPD das Gesetzespaket blockiert hatte, weil sie der darin vorgesehenen Kronzeugenregelung und der Verlängerung der Untersuchungshaft (noch) nicht zustimmen wollte, hingegen bereit gewesen sei, die Gesetzesteile gegen Neonazis sofort zu beschließen, kommentierte Hinkel-Kinkelmit den Worten: »Entweder alles oder nichts. Wir lassen nicht zu, daß die SPD sich die Schmankerl aus dem Paket herauspickt.«

Republikflüchtlinge I

Im Laufe des Jahres 1993 haben rund 146.000 Kubaner einen Antrag gestellt, aus privaten Gründen andere Länder zu bereisen. 153 Personen, 0,1 Prozent, wurde die Ausreise verweigert. 99,9 Prozent der Anträge auf beschränkte oder unbeschränkte Ausreise wurden von den kubanischen Behörden anstandslos bewilligt. Andererseits haben 110.000 Antragsteller, 75 Prozent, kein Visum von jenen Ländern bekommen, die sie bereisen wollten.

Was die USA betrifft, hat die kubanische Regierung 1993 die zeitlich begrenzte und die ständige Ausreise von 134.000 Bürgern dorthin genehmigt, von denen jedoch lediglich 964 eine Einreisegenehmigung der US-Behörden erhielten. Auf diese Weise hat die US-amerikanische Regierung ein 1984 zwischen beiden Ländern verabschiedetes Abkommen kontinuierlich verletzt. Statt der bereits damals vereinbarten 20.000 Einreisegenehmigungen jähr-lich haben die USA über einen Zeitraum von 10 Jahren insgesamt nur ca. 11.000 Visa erteilt.

Im Abkommen von 1984 hatten sich die USA verpflichtet, die größtmögliche Anzahl von Visa mit möglichst geringem bürokratischen Aufwand zu erteilen. Statt dessen wenden sie einerseits das allgemeine Einwanderungsgesetz an, andererseits das Gesetz des »Ajuste Cubano«, das seit 1966 gilt und besagt, daß jedem Kubaner, der ins Land kommt, selbst wenn er sich nicht ausweisen kann, umgehend politisches Asyl gewährt wird – inklusive der sofortigen Erteilung der Arbeits- und Aufenthaltserlaubnis. Das Ziel dieser Politik ist klar: Die legale kubanische Emigration soll eingeschränkt werden, die illegale ermutigt. Der unerwünschte Dritte-Welt-Bürger, dem man in Havanna das Visum verweigert, wird zum Helden der Demokratie, wenn er auf illegale Weise die Küste Floridas erreicht.

Zu großen Teilen sind die Auswanderungskonflikte auf Kuba also von der US-Regierung provoziert. Auf der anderen Seite ist der kubanische Auswanderungsprozeß ein normales soziales Phänomen: Im karibischen Raum bewegt sich die Auswanderung in die Vereinigten Staaten traditionell zwischen 1 und 2 Prozent der Gesamtbevölkerung. Die jährliche Auswanderungsrate der Kubaner bewegt sich in diesem Rahmen.

Heinz Dieterich,

Mexiko Stadt

Republikflüchtlinge II

Die internationale Ausgabe der »Granma«, der Zeitung der kubanischen Kommunisten, hat im Mai einen Bericht abgedruckt, den der Leiter der US-Interessenvertretung auf Kuba, Joseph Sullivan, dem Außenministerium und der Einwanderungsbehörde gegeben hat (Referenznummer H/18422/693-4). Sullivan faßt darin die Probleme zusammen, die sich aus dem Programm für kubanische Flüchtlinge ergeben haben, auf dessen Grundlage die USA seit einigen Jahren kubanischen Menschenrechtsorganisationen die Gelegenheit bieten, ihren Anhängern ein Visum für die Vereinigten Staaten zu verschaffen. Sullivan beginnt den Überblick mit den Worten: »Bei der Bearbeitung von Visaanträgen treten weiterhin wenig begründete Fälle auf. Die Mehrheit der Personen sieht sich nicht in erster Linie veranlaßt, einen Antrag zu stellen, weil sie tatsächlich Verfolgungen ausgesetzt ist, sondern weil sich die wirtschaftliche Lage verschlechtert hat.«

Insgesamt sei »die Zahl der politischen Häftlinge ... gesunken«, dennoch sei seit 1992 die Zahl der »Menschenrechtsanträge« angestiegen. Sullivan: »Beweise für Verfolgung liegen meistens nicht vor, die Angaben sind minimal und wenig glaubwürdig, wenn es um die Teilnahme an Menschenrechtsaktionen geht.«

Auffällige Parallelenzu den Wirtschaftsflüchtlingen aus der ehemaligen DDR zeigen auch die Reaktionen der Menschenrechtsorganisationen auf die steigende Zahl von Wirtschaftsflüchtlingen: »Anführer von Menschenrechtsorganisationen erklärten der Interessenvertretung gegenüber, sie seien sich bewußt, daß die meisten ihrer Mitglieder sich ihren Gruppen nur anschlössen, weil sie sich dadurch Vorteile aus dem Flüchtlingsprogramm versprächen.«

Prostitution 1

Die US-Organisation ECPAT (End Child Prostitution in Asian Tourism) schätzt, daß fast eine Million asiatischer Kinder der Prostitution nachgehen, davon 300.000 bis 400.000 in Indien, 200.000 bis 300.000 in Thailand, jeweils 100.000 auf den Philippinen und in Taiwan, 40.000 in Vietnam und 30.000 in Sri Lanka. Auch Kambodscha werde bald ein Paradies für westeuropäische und amerikanische Päderasten sein.

Prostitution 2

211.164 US-Jugendliche haben auf dem Rasen vor dem Weißen Haus Karten deponiert, auf denen sie schworen, bis zur Eheschließung sexuell enthaltsam zu bleiben. Der Bewegung »The True Love Waits« gehören 26 christliche Organisationen an, denen wiederum einige Millionen Asien-Touristen angehören.

Vierte Gewalt

Die Welt wird vielleicht nicht schöner von Tag zu Tag, aber deutscher. Wo und wie stand in der »Frankfurter Allgemeinen«, die serienweise berichtet, wo – jenseits von Memel und Belt – jetzt schon wieder deutsche Zeitungen erscheinen: in Moskau, mit Unterstützung durch den »Verein für das Deutschtum im Ausland« (VDA), das »Neue Leben« und das »Informationsbulletin« der Gesellschaft »Wiedergeburt«; in Omsk und dem »Deutschen Nationalkreis Asowo« gibt es »Ihre Zeitung«, auf der Krim die »Hoffnung«, das ehemalige Leningrad wird durch die »St. Petersburgische Zeitung« und die »St. Petersburger Zeitung« doppelt deutsch belagert. (Fortsetzung folgt.)

Konkret 10/94, S. 12

Jürgen Elsässer

Kohl statt Adenauer

Westbindung vs. Sonderweg, »Kerneuropa« mit oder ohne Frankreich (gewiß aber ohne das perfide Albion), Aggression oder defensive Politik – die außenpolitische Agenda der nächsten Regierung Kohl

Das war ein deutscher Sommer: Am 11. Juli offerierte Bill Clinton den Deutschen eine »special relationship« als weltweite Ordnungsmacht, am 12. Juli genehmigte das Bundesverfassungsgericht die militärische Realisierung dieses Angebots, am 14. Juli rasselten deutsche Panzerverbände erstmals seit dem zweiten Weltkrieg wieder über die Champs Élysées, am 25. Juli übernahm ein deutscher EU-Kommissar in der bosnischen Stadt Mostar die oberste Exekutivgewalt, am 1. August war Bundespräsident Herzog Ehrengast bei den Feierlichkeiten zum 50. Jahrestag des Warschauer Aufstandes, am 23. August forderte der israelische Außenminister Peres einen deutschen Sitz im Weltsicherheitsrat und deutsche Blauhelme für Nahost, am 31. August entschuldigte sich Boris Jelzin zum Abschied der letzten russischen Soldaten für die Untaten der Roten Armee gegenüber den Deutschen, am 3. September versprach der Generalinspekteur der Bundeswehr, Klaus Naumann, den Polen auf der Danziger Westerplatte, daß sie beim nächsten Kriegszug nicht Opfer, sondern Partner der Deutschen sein werden, am 14. September begannen deutsch-polnisch-dänische Seemanöver.

In rasender Geschwindigkeit wird ein Film abgespult, dessen Drehbuch mit der deutschen Wiedervereinigung schon geschrieben war. Die Zeitungen künden vom Ende der Vergangenheit, das »Hamburger Abendblatt« präzisiert: Die Geschichte habe »Hitlers schwerwiegendsten Fehler, die Russen tief nach Westen zu ziehen«, korrigiert. Aber wo keine Russen mehr sind, haben auch ihre westlichen Verbündeten nichts mehr zu melden: Zu deren Abschied gab es – wie immer bei historischen Zäsuren in Deutschland – einen Fackelzug durchs Brandenburger Tor, die neue Wehrmacht rief zu Gelöbnis und Zapfenstreich, eine Gegendemonstration war verboten.

Helmut Kohl hat Konrad Adenauer endgültig verabschiedet. Nach 1945 hatten sich die deutschen Konservativen in der Außenpolitik zunächst völlig neu positionieren müssen: Eine klare Absage an die antiwestliche Tradition der Deutschnationalen und ein eindeutiges Bekenntnis zur Westbindung waren der Preis, den die Adenauer-CDU für die Protektion durch die Alliierten zu zahlen hatte. Strömungen, die das nationale Interesse durch eine Politik der Neutralität zwischen Ost und West voranbringen wollten, hatten in der CDU/CSU keine Chance – Gustav Heinemann, Jakob Kaiser oder der frühere »FAZ«-Herausgeber Paul Sethe wurden kaltgestellt. Es war diese Entscheidung für die atlantische und gegen die deutschnationale Politik, die Edmund Stoiber meinte, als er 1993 vom notwendigen »Bruch mit Adenauer« sprach. Trotz der Aufregungen über Stoiber und allerlei Distanzierungen – was der bayrische Ministerpräsident verlangte, hat längst begonnen und wird in der nächsten Legislaturperiode so fortgesetzt:

Bis 1998 wird sich Bonn die Europäische Union auf einen Torso (»Kerneuropa«) zurechtstutzen. Das Europäische Währungssystem (EWS), die Vorstufe der geplanten Währungsunion und damit das Herzstück der Maastrichter Beschlüsse, hat die Bundesregierung bereits liquidiert. Mit ihrer Hochzinspolitik hat sie die Milliardenströme der internationalen Finanzspekulation nach Deutschland gelenkt und damit der D-Mark ein Übergewicht gegenüber den anderen Währungen verschafft. Das führte zu so heftigen Turbulenzen im EWS, daß es schon im August 1993 de facto aufgegeben werden mußte und mit den verbliebenen Toleranzbreiten von 15 Prozent pro Währung nur noch Bluff ist. Mit ihrer Hochzinspolitik wollen die Deutschen die durch steigende Staatsverschuldung provozierte Inflation dämpfen und Auslandskapital anlocken, um den Aufbau Ost auf Pump zu finanzieren.

Das Europäische Währungssystem ist damit auf den Stand von Anfang der 70er Jahre zurückgeworfen, zusätzlich schwächt die von Bonn forcierte EU-Ausdehnung den inneren Zusammenhalt der europäischen Institutionen. Auf dieser Grundlage kann sich die EU nicht zu einer politischen Union (»Vereinigte Staaten von Europa«, so das 1994 abgelöste CDU-Grundsatzprogramm) fortentwickeln, sondern sie wird zu einer aufgeblähten deutschen Freihandelszone degradiert. Die »Welt«, das Flaggschiff der Deutschnationalen, konnte jubeln: »Die Philosophie der Kern-Europäer, der Vertiefer, ist tot ... Die ›Vertiefung‹ zieht automatisch die Begrenzung der EG-Mitgliedschaft nach sich ... Wenn sich statt dessen die Zahl der EG-Staaten wirklich von 12 auf mehr als 20 ausweitete, würde der Ballon der Politischen Union wie unter Überdruck zerplatzen. Dann bliebe, was für alle das Nützlichste ist: eine große, den Wohlstand verbreiternde Freihandelszone ... Mit der Beschränkung auf eine Freihandelszone Groß-Europa wäre der harte Zweck der Integration, die Kontrolle Deutschlands, aufgegeben.«

Über die politische Strukturierung dieser Freihandelszone gibt es in der Union einen Linienstreit: Schäuble, Glos und Lamers schlugen Anfang September ein Kerneuropa (Deutschland, Frankreich plus Benelux) vor, was bei Stoiber auf Ablehnung stieß und von Kohl zur »Diskussionsvorlage« heruntergestuft wurde. Die Alternative zu diesem Modell wäre ein großdeutsches, in dem der europäische Kern ohne Frankreich, dafür aber mit Österreich und ein, zwei Vasallenstaaten im Osten gebildet wird. Hintergrund sind die strukturellen Inkompatibilitäten zwischen Deutschland und Frankreich – die billigen Agrarimporte aus dem Osten sind für Bonn attraktiv, für Paris ruinös – und die enge wirtschaftliche Verflechtung

zwischen dem Altreich und der Ostmark. Je mehr Frankreich sich insbesondere gegen einen deutschen Zugriff auf die Force de frappe sperrt – Schäuble und Lamers erklären den Aufbau einer gemeinsamen Verteidigung nicht mehr zur Langzeitaufgabe, sondern zum Sofortprogramm – , umso mehr wird die Anhängerschaft des großdeutschen Kerneuropa wachsen. Gemeinsam ist beiden Strategien, daß England aus Europa abgedrängt wird. Das Königreich hat sich historisch (Weltkriege) und aktuell (Jugoslawien) zu sehr gegen die deutschen Hegemonialpläne gestellt.

Wer wie der Bundeskanzler der Ansicht ist, das »Gelingen des europäischen Einigungswerkes« sei »eine Frage von Krieg und Frieden im 21. Jahrhundert«, muß sich auf beide Möglichkeiten vorbereiten. Ursprünglich hatte die Regierungskoalition eine Grundgesetzänderung für Out-of-area-Einsätze angestrebt, die in Punkt 3 auch Einsätze auf eigene Rechnung vorsah, falls ein Drittstaat in Notwehr die Deutschen zu Hilfe rufen sollte. Mittlerweile hat man sich darauf geeinigt, den durch die Karlsruher Entscheidung eröffneten Spielraum nicht durch neue konstitutionelle oder legislative Bestimmungen einzuengen, sondern fallweise im Bundestag über Militäreinsätze zu entscheiden. Daß damit die früheren Pläne nicht vom Tisch sind, machte CDU-Militärsprecher Hornhues nach dem Karlsruher Urteil deutlich: Er bezog sich ausdrücklich auf den genannten Punkt 3 der ursprünglichen Vorlage und philosophierte über deutsche Militäreinsätze, die außerhalb des Uno-Rahmens, aber immerhin noch »im Rahmen der Nato« stattfinden. Was aber heißt »im Rahmen der Nato«? Henry Kissinger warnte im August vor dem »Verfall der Nato zu einer leeren Hülle«. Das Bestreben des US-Präsidenten Clinton, innerhalb der Nato den Deutschen ein Sonderbündnis (»special relationship«) auf Kosten Englands anzubieten, stimuliere die deutsche Sonderwegstradition: »Auch nur anzudeuten, daß ein Land, dessen Katastrophen durch seine Unfähigkeit verursacht worden sind, in der Mitte des Kontinents eine rein nationale (d.h. nicht-expansionistische, J.E.) Politik zu treiben, eine einzigartige und hervorragende Rolle spielen sollte, ist ebenso beunruhigend für Deutschlands Nachbarn wie für die Architekten der deutschen Nachkriegspolitik.« Der von Kissinger beschriebene Prozeß innerhalb der Nato resultiert – ähnlich wie die Entwicklung der EU – aus einem Abdrängen Englands und aus einer von Deutschland forcierten Ostausdehnung der Allianz.

Parallel zur Aushöhlung der Nato verläuft der Aufstieg der WEU. Schon die Ruanda-Mission sollte nach französischer Vorstellung von einer WEU-Eingreiftruppe übernommen werden, was Bonn – das Karlsruher Urteil war noch nicht gesprochen – damals ablehnte. Nächstes Jahr soll – zusätzlich zu den 50.000 Mann der Krisenreaktionskräfte der Bundeswehr – auch die Euroarmee mit 50.000 Mann bereitstehen. Alle Staaten des Ostens haben mittlerweile die russischen Truppen nach Hause geschickt und sich ersatzweise der WEU assoziiert, die baltischen Staaten zusätzlich bilaterale Militärabkommen mit Deutschland geschlossen. Die »Frankfurter Allgemeine« dachte offen über die »kitzlige Frage« nach, ob die gemeinsamen Eingreifverbände zwischen west- und osteuropäischen Staaten (die zur Zeit in Manövern ausprobiert werden) im Krisenfall nicht »von der Nato separiert und beispielsweise der WEU unterstellt werden können«. In der WEU ist Bonns Gewicht weit größer als in der Nato. Deshalb fordert Kriegsminister Rühe zugleich, die Entscheidungen über die EU-Außenpolitik künftig nicht mehr konsensual, sondern mit Mehrheit zu treffen.

Auch die deutschen Atomambitionen kommen voran: Auf einer Tagung des Verteidigungsausschusses der WEU-Vollversammlung Ende Mai 1994 wurde die Einrichtung eines gemeinsamen Atomwaffenpools aus den französischen und englischen Potentialen empfohlen, über den auch Deutschland mitbestimmen soll. »Deutschland muß eine glaubhafte atomare Abschreckung bekommen, um es einerseits gegen eine mögliche nukleare Erpressung Rußlands zu schützen und andererseits zu vermeiden, daß Deutschland gezwungen ist, eine eigene nukleare Abschreckung zu entwickeln«, argumentiert die WEU-Expertengruppe.

In der kommenden Legislaturperiode wird Osteuropa nicht nur ökonomischer Hinterhof, sondern auch Exerzierplatz und Aufmarschgebiet des neuen Deutschland werden. In allen Frontstaaten zu Rußland werden regelmäßig Manöver deutscher Soldaten stattfinden. Die BRD wird an weltweiten Interventionen teilnehmen, bei denen ein Kampfauftrag unwahrscheinlich, aber nicht ausgeschlossen ist. Im Unterschied zu Somalia werden diese Einsätze nicht unter Uno-, sondern unter Nato- oder WEU-Oberkommando stehen. Alleingänge sind bis 1998 unwahrscheinlich, da die Logistik (z.B. Transportkapazität) noch nicht bereit steht.

Der englische Historiker Timothy Ash, einer der engagiertesten *fellow travellers* des neuen Deutschland, geht in der jüngsten Ausgabe der unabhängigen US-amerikanischen Fachzeitschrift »Foreign Policy« von der Wahlmöglichkeit zwischen eher defensiven und eher aggressiven Optionen in der deutschen Außenpolitik aus und bilanziert: »Welchen Weg wird die Bundesrepublik einschlagen? Sie wird sich, wie ich glaube, entscheiden, nicht zu entscheiden. Die Entscheidung, sich nicht zu entscheiden, muß nicht bedeuten, überhaupt keine Wahl zu treffen. Es bedeutet nur, daß die Entscheidungen passiv getroffen werden – als Antwort auf die Mischung aus unerwarteten Entwicklungen im Ausland (insbesondere in Ost- und Südosteuropa) und inländischem Druck (durch politische, öffentliche und veröffentlichte Meinung).«

Was von Ash als Entwarnung gedacht ist, beschreibt in Wirklichkeit ein Horrorszenario. Die zwei schlimmsten Erfolge der jüngsten deutschen Geschichte – die Annexion der DDR und die Zerschlagung Jugoslawiens – liefen jeweils genau nach dem skizzierten Muster ab: Das Zusammenspiel von »unerwarteten Entwicklungen im Ausland« – in Leipzig und Dresden, in Ljubljana und Zagreb – und ambitionierten *pressure-groups* im Inland – ermöglichte es, die weniger entschlußfreudigen

Teile der politischen Klasse für die jeweils aggressivste Variante staatlicher Politik zu gewinnen.

Jürgen Elsässer schrieb in KONKRET 7/94 über Bill Clintons Chinapolitik

Konkret 10/94, S. 14

Otto Köhler

Biologischer Anspruch

Die rassistischen Äußerungen der Direktorin des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung, Charlotte Höhn, liegen ganz auf der Linie früherer Arbeiten dieses Instituts

In Wiesbaden arbeitet seit 1973 im Auftrag der Bundesregierung ein Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung. Es hat die Aufgabe, die Politik zu beraten, und untersteht der Aufsicht des Bundesinnenministers. Kenner des Instituts und des gegenwärtigen Ministers Kanther vermuten, daß seine Politik sich tatsächlich von diesem Institut beraten läßt.

Während die Direktorin dieses Instituts, Charlotte Höhn, auf der Weltbevölkerungskonferenz in Kairo weilte, erschien in der »Tageszeitung« die Ausschrift eines Tonband-Interviews, das sie den Buchautorinnen Susanne Heim (*Vordenker der Vernichtung*) und Ulrike Schatz gewährt hatte. »Ist das erstrebenswert, daß sich Menschen, die krank sind, vermehren? Ist das vielleicht gut?« fragte die Bundesbeamtin und meinte damit, es sei nicht gut. Sie beklagte – das hat sie von Ernst Nolte gelernt – »diese Art von Denkverboten, die überall verteilt werden«. Verboten sei, so sagte sie, »zum Beispiel, daß man sagt, daß die durchschnittliche Intelligenz der Afrikaner niedriger ist als die anderer. Selbst das Wort ›Rasse‹ darf man ja nicht mehr in den Mund nehmen.«

Charlotte Höhn, geboren im Jahr 1945, als der Mund, aus dem bis dahin so etwas quoll, gestopft schien, ist seit 1989 die Leiterin des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung, an dem sie auch zuvor schon tätig war. Betrieben wurde seine Gründung von alten Rassehygienikern des Dritten Reiches, wie Friedrich Burgdörfer und Siegfried Koller, die sich durch Beihilfe zu den bundesdeutschen Volkszählungen wieder beliebt gemacht hatten.

Erster Chef des Bundesinstitus wurde 1974 der Kieler Anthropologe und Bevölkerungswissenschaftler Hans Wilhelm Jürgens. Er ist Schüler des NS-Professors Mackenroth, zu dem sich auch Charlotte Höhn gern bekennt. In ihrem Interview verweisen Susanne Heim und Ulrike Schatz auf Mackenroths rassehygienische Vorstellungen: »Was er schreibt über Selektion und die Vorstellung von Eugenik und daß es doch Höherwertige gibt und so weiter. Und auch zwischen den Völkern Unterschiede ...« Charlotte Höhn unterbricht: »Es ist leider statistisch nachweisbar. Ich weiß zwar, daß man das heute nicht mehr sagen darf. Das ist eigentlich sehr schade.«

Daß den höherwertigen Völkern – wie wir ganz unzweifelhaft eines sind – auch gewisse territoriale Ansprüche naturgegeben sind, war schon dem Professor Mackenroth klar. Das hatte er an der vom SS-Ahnenerbe begründeten Universität Straßburg gelehrt und später fortgeführt. 1956 betrieb er die »Reform der Sozialpolitik durch einen deutschen Sozialplan«. Dieser »deutsche Sozialplan« sah die Stimulierung eines deutschen Bevölkerungsdrucks gegen die Bevölkerungsentwicklung im Ostblock vor, auf daß das Problem des Bolschewismus durch eine Wiederauflage des deutschen Volks ohne Raum bereinigt werde.

1957 stieß Mackenroths Schüler Jürgens in einem grundlegenden Aufsatz für die »Zeitschrift für Staatssoziologie« nach, die sich übrigens – eine bewährte Einrichtung – im Zuge der Veröffentlichung des Aufsatzes zugleich von ihm distanzierte. Unter der Überschrift »Der biologische Anspruch auf Territorium« warnte Jürgens davor, daß infolge sinkender Geburtenzahlen in der Bundesrepublik der »Bedarf an Siedlungsland« geringer werde als in Polen, das damals die doppelte Geburtenzahl vorweisen konnte. Das deutsche Volk laufe »Gefahr, seinen biologischen Anspruch auf die umstrittenen Ostgebiete zu verlieren«. Jürgens holte das alte NS-Schlagwort »Volk ohne Raum« hervor und unterstrich: »Dieser biologische Anspruch einer Population auf Territorium« sei »für bereits bestehende historische Ansprüche auf Siedlungsgebiet eine starke, ja entscheidende Stütze.«

Da war es nicht inkonsequent, daß das Bundesinstitut für Bevölkerungforschung zur Vermehrung des deutschen Volkes einen Stamm von ausgewählten Zuchtmüttern vorsah. Sie sollten als »Berufsmütter« in den Beamtenstand erhoben und zur Geburt von mindestens vier Kindern verpflichtet werden.

1990, ein Jahr nachdem Charlotte Höhn Chefin des von Jürgens gegründeten Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung geworden war, gab es einen Skandal. Sie veröffentlichte in den offiziellen Materialien des Bundesinstuts eine Bibliographie von – wie es hieß – »bevölkerungswissenschaftlichen Arbeiten« aus der Zeit zwischen 1900 und 1945. Es handelte sich vornehmlich um rassistische und rassehygienische Aufsätze und Bücher, deren bibliographische Erfassung für kritische Auseinandersetzungen durchaus nützlich sein konnte. Doch das Vorwort des Bearbeiters Frank Thieme hatte es in sich: Alfred Ploetz, der sogenannte »Vater« der Eugenik, habe mit der Gründung der Gesellschaft für Rassen- und Gesellschaftshygiene der »Volksgesundung« durch Ausschaltung »minderwertigen« und gezielter Förderung »hochwertigen Erbguts« eine – so stand es in dieser halbamtlichen Bundespublikation – »solide wissenschaftliche Basis« verliehen. Seine Zeitschrift »Archiv für Rassen- und Gesellschaftsbiologie«, die die ideologischen Vorgaben für Auschwitz gab, habe sich »schnell zu einem breiten und anerkannten wissenschaftlichen Forum zu Fragen der Erbbiologie und Erb- und Rassenhygiene« entwickelt. Diese Bevölkerungswissenschaft habe sich als – Kunststück! – »durchaus stabil gegenüber den Versuchen politischer Einflußnahme erwiesen« und sei »auch zwischen 1933 und 1945 eine ernstzunehmende

Wissenschaft« geblieben. Der Beweis dafür war schlagend, wörtlich: »Das zeigt die erstaunliche Kontinuität von Fragestellungen, die z.T. auch über 1945 hinaus anhielten.«

Nach dem Skandal, den diese bekenntnisreiche Einleitung ausgelöst hatte, mußte Charlotte Höhn auf Wink von oben einen Rückzieher machen. In den vom Bundesinstitut herausgegebenen Band wurde flugs ein Zettel geleimt: »Das Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung bedauert die Veröffentlichung der Einleitung zur Bibliographie und distanziert sich davon. Veranwortlich für den Inhalt zeichnet allein der Autor.«

Jetzt hat Charlotte Höhn die wissenschaftliche Evaluation des von ihr geleiteten Bundesinstituts durch ihre Äußerungen in Kairo selbst vorgenommen. Und so bliebe in einem nach dem Grundgesetz verfaßten Staat nur noch eines zu tun: die sofortige Abwicklung dieser pseudowissenschaftlichen Einrichtung. Doch Wiesbaden liegt in Wessi-Land, und da in Wessiland nicht passieren darf, was in Ossiland die Regel ist, wird das Bundesinstitut bleiben, möglicherweise sogar seine Leiterin.

Der Versuch des Geschäftsführers der »Deutschen Stiftung Weltbevölkerung«, Hans Fleisch, eine gemeinsame Stellungnahme der acht in der deutschen Delegation für Kairo vertretenen Nicht-Regierungsorganisationen zu erreichen, ist jedenfalls erfolglos geblieben. Nicht distanzieren vom Höhn-Rassismus wollen sich danach die Deutsche Welthungerhilfe, die Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen, die Deutsche Stiftung für internationale Entwicklung, der Deutsche Frauenrat, das Komitee zur Katastrophenvorbeugung, die Katholische Kirche und die Evangelische Kirche. Vergelt`s Gott, vor dem zur Zeit mutmaßlich noch alle Menschen gleich sind.

Otto Köhler schrieb in KONKRET 9/94 über den juristischen Umgang mit der deutschen Geschichte

Konkret 10/94, S. 15

Georg Fülberth

Der Fünfte Weg

Erwiderung auf Hermann L. Gremlizas Kolumne »PDS ist gleich SED minus Sozialismus« (KONKRET 9/94)

Hermann L. Gremliza entwirft in KONKRET 9/1994 ein abstoßendes Bild der PDS. Vielleicht hat er recht, ich kenne mich da nicht aus.

Am 3. Oktober 1990 haben er und ich einander fast im Ernst versichert, wir würden niemals die ehemalige östliche Staatsgrenze der BRD überschreiten, solange wir dabei nicht unseren Reisepaß vorzeigen dürften. Ich habe dieses Gelübde mehrmals gebrochen, Gremliza aber hat es, wie ich aus seiner Beratertätigkeit am Treptower Park schließe, inzwischen für sich völlig außer Kraft gesetzt. Das heißt: Er unterscheidet zwischen einem flotten Spruch und einer praktischen Handlung. Das ist in Ordnung, wir alle machen das so. Es ist eine sinnvolle Schlamperei, solange man sich – anders als einst Kautsky – nicht gleichzeitig in die Tasche lügt. Im konkreten Fall hat sie dazu geführt, daß Gremliza aus täglicher Anschauung die PDS genauer kennt als ich.

Er fordert keineswegs dazu auf, sie nicht zu wählen. Es komme nur darauf an zu wissen, »was da gewählt werden will«. Er hätte ebenso schreiben können: »was da von einigen radikalen Linken gewählt wird«, und so hat er es auch gemeint.

Die andere Möglichkeit wäre Nichtwählen oder, was ziemlich dasselbe ist, MLPD und ähnliches. Dagegen kann ich kein Wort sagen, es gefällt mir am besten, schon seit Jahrzehnten. Dennoch schleiche ich regelmäßig ins Wahllokal, ebenfalls seit Jahrzehnten, und mache mein Kreuz. Und diesmal kandidiere ich sogar selbst, für die PDS, im Wahlkreis, nicht auf einer Landesliste, also ohne Aussicht auf eine Verdoppelung meines Einkommens. Warum?

Gremliza gibt die Antwort: »Der Revolutionär setzt auf das Bewußtsein der Klasse, der bürgerliche Demokrat auf die Interessen der Gruppen. Wer beides will« ..., und dann kommt eine Ansammlung von Unappetitlichkeiten, welche er der PDS zutraut, gipfelnd im Nationalgefühl, dessen Wahrnehmung als Dominante dieser Partei eine Marotte von KONKRET ist und, da Zeit und Platz knapp sind, nicht noch einmal von mir behandelt werden soll.

Gremliza und ich sind keine Revolutionäre. Pflicht des Revolutionärs ist es, die Revolution zu machen. Wir machen sie nicht, denn wir können es nicht. Vielleicht haben wir eine revolutionäre Gesinnung, was – wenn man dieses Substantiv nicht so gründlich bedacht hat wie Peter Hacks* – leicht in die Nähe jener Tümeleien führen kann, die Gremliza unter Paranoia, Eitelkeit, Neid und Nationalgefühl vorführt.

Bürgerliche Demokraten sind wir ebenfalls nicht, und den Dritten Weg (»Wer beides will: den Kapitalismus und die Nische, den Markt und das Idyll«) verabscheuen wir aus Gründen, die Gremliza einleuchtend darlegt.

Er hat sich statt dessen auf den Vierten Weg gemacht: aussprechen und aufschreiben, was ist; sezieren bis auf den Knochen. Welches praktische Handeln daraus folgt, ist in seiner Analyse nicht angelegt. Das ist eine Eigenheit jeder wissenschaftlichen Anatomie, und das heißt aber auch: Es ist mancherlei möglich, zum Beispiel der Fünfte Weg.

Gremliza kennt ihn, denn er ist ihn schon ein paarmal gegangen.

Ende der sechziger Jahre brachen radikale Intellektuelle – häufig, aber nicht immer, aus dem SDS – auf zu den Jusos oder zur DKP. Das war kurz nach G.'s Eintritt in die SPD und endete in Peinlichkeiten. Einige derer, welche die Nase immer noch nicht voll hatten, versuchten es zehn Jahre später mit den »Grünen«. Gremliza war dabei ein fördernder Begleiter, unter anderem durch eine gut formulierte und wohlbedachte Wahlempfehlung. Wiederum dauerte es keine zehn Jahre, bis die Sache erneut peinlich endete.

G. hat sich seitdem entschlossen, den Fünften Weg sein zu lassen und sich mit dem Vierten zu begnügen. Er sagt anderen, was sie tun, wenn sie etwas tun, und das ist eine wichtige hygienische Dienstleistung. Für Gremliza gilt, was er Heinrich Böll und Wallraff vorhielt: Ohne ihn wäre Deutschland weniger erträglich. (Ein Nachfolger Herzogs wird ihm das Bundesverdienstkreuz verleihen wollen, und er wird es mit einer scharfen Begründung ablehnen.) Doch für seine Tätigkeit existiert eben nur eine einzige Planstelle. Gäbe es zehn seiner Art, wären neun überflüssig.

Deshalb werden andere sich, mit absehbarem Ergebnis, immer wieder einmal auf den Fünften Weg begeben, ein bißchen Reformismus betreiben und zugleich wissen, was sie da anstellen. Das wird so sein, weil linke Radikale in nichtrevolutionärer Situation durch reflektierte und zeitlich limitierte Klein-Praxis noch etwas mehr über die Gesellschaft, in der sie arbeiten, lernen (Flächennutzungsplan! Wertsteigerungsabgabe!) und überdies auch ein paar Leute mit ähnlichen Absichten kennenlernen oder gar rekrutieren können. Außerdem macht es Masochisten Spaß. Sie werden den ihnen theoretisch wohlbekannten Widerstand der Realität testen, und irgendwann fliegen sie aus der Partei oder lassen es von sich aus sein, weil Gremlizas Prognosen (»Schritt für Schritt«) sich bewahrheitet haben. Nach einiger Zeit versuchen sie es wieder. Auf andere Weise wird nämlich die – wenngleich stets neu geknickte – praktische Kontinuität (und vielleicht sogar Weiterentwicklung) der radikalen Linken nicht zu haben sein. Ebermann soll, so höre ich, zu diesem Thema einen hellen

Text geschrieben haben, als er vom Kommunistischen Bund für einige Zeit zu den Grünen ging. Ich würde das gern einmal lesen und bitte um Wiederveröffentlichung.

Daß die PDS-Spitze zur Hoffähigkeit drängt, ist sehr wahrscheinlich. Der Tarif-Vorschlag der anderen Seite liegt auf dem Tisch. Iring Fetscher hat der PDS nahegelegt, sie solle sich spalten, ihre »Kommunistische Plattform« entsorgen und sich um eine Vereinigung mit der SPD bemühen. Falls es einmal so weit kommen sollte, werde ich das ganze nicht nach dem – wieder einmal – peinlichen Ausgang bewerten, sondern nach dem, was vorher für die radikalen Bestrebungen, deren Verfechter(innen) dabei natürlich vom Schlitten müssen, herausgekommen ist. Es wird mich wenig treffen, denn ich bin ja nicht bei der »Kommunistischen Plattform«, sondern habe noch meine DKP, woran sich zeigt, daß frühere Etappen des Fünften Wegs ihre schadensbegrenzende Nachwirkung haben können.

Jetzt geht es um ein paar Kleinigkeiten. Erhält die PDS im Osten drei Direktmandate, kommt sie in die allgemeine Sitzverteilung. Dann zählt auch jede Stimme im Westen, zum Beispiel für Winnie Wolf, den Spitzenkandidaten in Baden-Württemberg. An seiner radikalen Gesinnung (zur Wortbedeutung: vgl. Hacks, siehe Fußnote) zweifle ich nicht, und seine Anti-Auto-Konzepte für Ravensburg, Marburg und Berlin sind Reformismus von der erträglichsten Art. Im Vormittagsfernsehen erlebte man ab und zu auch einmal eine gute Rede von Frau Jelpke und Frau Lederer.

Boris Gröndahl hat die PDS-Westlinken als Trittbrettfahrer entlarvt, welche auf die letzte Tram springen. Tun wir ihm und Gremliza einen Gefallen und leisten uns (da ja jeder Opportunismus eine Verhimmelung braucht) eine faustdicke Illusion, welche so leicht zu blamieren ist: daß in Deutschland eine neue USPD möglich wäre, vergleichbar der Sozialistischen Volkspartei, die 1958 in Dänemark entstand. Auf diesen senilen Jünglingstraum darf hiermit eingehauen werden.

Es kann übrigens auch sein, daß die Rechnerei mit den drei Direktmandaten (oder gar fünf Prozent bundesweit) nicht aufgeht und die kleinere Sozialdemokratie den Wiedereinzug in den Bundestag verpaßt. Ich für meinen Teil will nicht daran schuld gewesen sein. Es gibt so ein paar Reflexe, die Gremliza nicht fremd sind, auch wenn er sich verstellt.

Vielleicht wird er sogar die PDS wählen. Da er weiß, was er tut, wird seine Stimme klinisch rein sein – wie meine auch. Das revolutionäre Feuilleton muß deswegen keinen Moment stillstehen.

* Peter Hacks: Mehrerlei Langweile. Zu Jan Philipp Reemtsmas *Das Buch vom Ich – Christoph Martin Wielands »Aristipp und einige seiner Zeitgenossen«.* Haffmans 1993. In: »Topos«. Internationale Beiträge zur dialektischen Theorie. Heft 3, 1994, S.105-129. Hier: S.124f.

Georg Fülberth schrieb in KONKRET 8/94 über die Abwicklung der DDR-Geschichte

Konkret 10/94, S. 16

Thomas Ebermann

Erstklassige Objekte

Eine kleine Zonenkunde: Neues vom Neuen Menschen

In einer Nation, die von Nationalisten als gesund bezeichnet wird, haben die Landsleute voneinander eine gute Meinung zu haben – ungetrübt von Klassenlage, politischer Orientierung oder musikalischem Geschmack ist ein Volk nur »ein Volk«, wenn die Staatsbürger, Blutsverwandten oder Verfassungspatrioten einander bescheinigen, feine Charaktere zu sein.

Die Ostdeutschen haben, gerade nach der Meßlatte traditioneller deutscher Tugenden, eine ausgezeichnete Meinung von sich. Laut Allensbach halten sie sich für *freundlich* (64%), *bescheiden* (64%), *aufgeschlossen* (54%), *fleißig* (76%), *verantwortungsbewußt* (52%), *ehrlich* (55%), *sauber/ordentlich* (56%) – während sie die als negativ empfundenen Eigenschaften *bequem* (8%), *oberflächlich* (4%) oder *»sind nur aufs Geld aus«* (17%) weit von sich und ihren Nachbarn weisen.

Da der repräsentativ befragte Ostdeutsche von sich mehrheitlich behauptet, wenn er »Wir sind ein Volk« höre, so empfinde er das nicht so (61%), und sich 60% dieser Spezies »mehr als Ostdeutsche« denn als Deutsche fühlen, kann nicht ausbleiben, daß dem fremden Volk der Westdeutschen die menschlichen Qualitäten abgesprochen werden, die man sich selbst gerade bescheinigt. Nur eine Minderheit billigt ihnen zu, *freundlich* (38%), *bescheiden* (3%), *aufgeschlossen* (27%), *fleißig* (34%), *verantwortungsbewußt* (18%), *ehrlich* (10%) und *sauber/ordentlich* (47%) zu sein, während die negativen Eigenschaften *bequem* (48%), *»sind aufs Geld aus«* (82%) und *oberflächlich* (32%) erheblich betont werden.

Zusammenfassend kann gesagt werden: Die Menschengruppe mit mehrheitlich gefühlter ostdeutscher Identität findet sich freundlich, bescheiden, aufgeschlossen, fleißig, verantwortungsbewußt, sauber, ordentlich und sieht die Brüder und Schwestern hinter dem abgerissenen eisernen Vorhang als bequem, oberflächlich und geldgierig. Man kann sich denken, wie viel krasser die Ergebnisse ausfielen, hätte Allensbach diejenigen gesondert ausgewiesen, die sich als Ostdeutsche pur fühlen – wahrscheinlich lägen in den Kategorien *ehrlich, bescheiden* und *verantwortungsbewußt* die Wessis in Bereichen, die die kleineren der »sonstigen Parteien« bei Wahlen erzielen, also außerhalb der Meßbarkeit, während für die Ossis bei *fleißig, freundlich* und *»nicht aufs Geld aus«* Ergebnisse zu vermelden wären, die denen der Volkskammerwahlen entsprächen – und zwar ungefälscht.

Im Gegensatz zum Ostdeutschen nimmt der repräsentativ befragte Westdeutsche eine Mischung vor, das heißt, er konzediertdem Ossi, freundlicher, bescheidener, weniger aufs Geld aus und weniger oberflächlich zu sein als die eigene Volksgruppe, sieht seinen Stamm aber als aufgeschlossener, fleißiger, verantwortungsbewußter, sauberer, weniger bequem, also – vereinfacht gesagt – den kapitalistischen Erfordernissen gewachsener und somit auch weitaus *ehrlicher* (47 zu 19 %). Das sind die normalen Wertungen nach einem schönen Urlaub z.B. in Griechenland, die bekannte Mixtur aus empfundener Überlegenheit und sentimentaler Erinnerung an die bescheidenen, freundlichen Kellner und Fischer.

Der Ostdeutsche nimmt also mehr die preußische Werteordnung zur Hand und bescheinigt sich, nach ihrem Maßstab ein feiner Mensch zu sein (der betrogen wurde), während der Westdeutsche wirklich leicht »verwestlicht« ist und die unnützen Tugenden zum Teil anderen Stämmen zuschreibt – wobei er sich recht sicher sein kann, daß seine Fähigkeit, erfolgreich »aufs Geld aus zu sein«, von denen, die ihm das in Umfragen ankreiden, durchaus Bewunderung erfährt.

Nehmen wir einmal an, die Menschen einer Region lügen nicht, wenn sie in Umfragen von sich behaupten, sie seien bescheiden, fleißig, keinesfalls aber bequem oder aufs Geld aus – dann sind sie erstklassige Objekte der Ausbeutung.

Daran ändert sich nichts, wenn sie mit anderen Antworten bei Frau Nölle-Neumann Erschütterung auslösen. Die Ostdeutschen empfinden heute, ihr Leben in der DDR sei »eine schöne Zeit« gewesen (48% plus, 26% unentschieden). Sie bestreiten vehement, daß in den DDR-Kindergärten indoktriniert, also »politisch massiv beeinflußt« wurde (76% plus, 8% unentschieden), was zwar Blödsinn ist, aber verständlich wird, wenn man bedenkt, daß die Befragten die Frage zum Teil dahingehend übersetzten, ob die Kindergärten nach der Wende nicht zu Recht geschlossen wurden, und wenn man weiter unterstellt, daß das Erziehungspersonal sich schließlich auch darum gekümmert hat, wie die Kleinen lernen, aufs Töpfchen zu gehen, statt in die Hose zu kacken, und ihnen Sauberkeit, Pünktlichkeit und Tellerleeressen beigebracht hat, was den Fragern wie den Befragten als weit entfernt von Politik und Staat vorkommen muß, weil sie gemeinsam die westdeutschen Kindergärten als frei von Indoktrination einschätzen und vor einem Gebet vor der Mahlzeit nur warnen können, sofern Scientologen diesen Spuk veranstalten... oder Islamisten.

Daß der Ostdeutsche die alte Rechtsprechung der DDR nicht schlechter sieht als die ihm nun begegnende (27% für die alte, 26% für die neue, 47% unentschieden), ist keiner abstrakten Reflexion über Rechtssicherheit und Fairneß geschuldet, sondern der Tatsache, daß man früher als guter Untertan keinen Ärger hatte und einem heute schon mal das Haus genommen werden kann, obwohl man nichts Böses getan hat.

Die Frage schließlich, ob man die PDS für die Fehler der SED oder allgemeiner die Fehler der DDR verantwortlich machen dürfe (nach den vorhergehenden Antworten hätte Allensbach fragen müssen, ob die PDS Anteil an den Errungenschaften der schönen Zeit hatte), verneinen 47 % (»dafür hat die PDS keine Verantwortung mehr«), und 21 % zeigen sich unentschieden.

Das alles sind gravierende Abweichungen von den Antworten der Westdeutschen. Über harmlose Meinungsverschiedenheiten reichen sie jedoch nicht hinaus.

Zwei Fragen bleiben. Erstens hatte ich unterstellt, die meinungsbefragten Menschen lügen nicht (bewußt), wenn man sie um ein Urteil über sich und ihre Mitmenschen bittet. Das könnte ganz falsch sein. Vielleicht glauben sie vielmehr, ihre Antworten könnten (ihrem Wahlverhalten ähnlich) der Herrschaft Zugeständnisse abringen, zu Maßnahmen führen, die ihre Unzufriedenheit besänftigen. Alle repräsentativen Bundesbürger gemeinsam haben gerade bei Infas zu Protokoll gegeben, sie fänden (Lotto-)Gewinne in zweistelliger Millionenhöhe für einen einzelnen Spieler zu hoch (68%), glauben ohnehin nicht daran, daß ein Geldsegen von 27 Millionen sie persönlich glücklich machen würde (63%), und behaupten, trotz eines solchen Gewinns ihren Arbeitsplatz nicht aufzugeben (nur 7% würden der Plackerei entfliehen wollen). Da biegen sich doch die Balken, hoffe ich, weil es noch schrecklicher wäre, wenn’s der Wahrheit entspräche.

Zweitens lese ich gerade, daß ein nicht ganz unmaßgeblicher Mitarbeiter am Projekt der deutschen Einheit (Architekten waren andere), den Kubanern empfiehlt, standhaft zu bleiben. Hans Modrows »Solidarität mit Kuba hat wesentlich dadurch Nahrung erhalten, daß er in der DDR hautnah miterlebte, was es für die Menschen eines sozialistischen Landes bedeutet, wenn sie den Verlockungen von ›Freedom + Democracy‹ erliegen. Bei Modrow ... war nur die schonungslose Bilanzierung des Betruges, auf den man sich nicht hätte einlassen dürfen. Wann immer Modrow ... Kubas Widerstand gegen die tödliche Umarmung der Marktwirtschaft unterstützte, schwang Trauer und Kritik, vielleicht (!) auch Selbstkritik über die Auflösung der DDR in diesem System mit. Das waren die zahlreichen Momente, in denen der Funke vom Redner auf den größten Teil des Publikums übersprang und spontaner Beifall aufbrandete« (»junge Welt«, 9.9.).

Die Sprachregelung vom »Betrug«, dem man aufgesessen und der »Verlockung«, der man erlegen sei, ist mies und altbekannt, aber jetzt auch noch das Schicksal, das den Kubanern real droht, mit den vergleichsweise kleinen Ärgernissen, die den ehemaligen Bürgern der DDR so begegnen, in einem Atemzug zu nennen, ist einfach perfide. Das ehemalige Herrschaftsgebiet der SED ist das einzige Fleckchen dieser Erde, wo es für die Menschen nicht viel Ungemach bedeutet, den »Verlockungen« erlegen zu sein. Auf diesen Punkt kann und darf sich die Kritik Großdeutschlands nicht beziehen. Wir wollen doch das Geflenne der Zonis nicht mit dem Hunger der Kubaner oder der Armut der Polen verwechseln.

Thomas Ebermann schrieb in KONKRET 8/94 über die Anpassungsbereitschaft der PDS

Konkret 10/94, S. 17

Stewart Home

Eine Chance für den Trenchcoat

Nach der Verhaftung des Erzbösewichts »Carlos« – Anmerkungen zum Zusammenhang von ästhetischer Avantgarde und Terror

Carlos, der Schakal, ist gefangen, und in ausgelassener Stimmung rufen die Medien ein neues Zeitalter der Paranoia aus. Dabei gehört der Venezolaner noch zur »old school«, die sich auf Geiselnahmen und Attentate spezialisiert hatte, und ist heute, in seinen besten Mannesjahren, ein Anachronismus. Dennoch nutzen westliche Kellergeister diese Medien-Ikone, um ihre nominellen Arbeitgeber davon zu überzeugen, daß ihre Dienste unverzichtbar sind, wenn man die Welt »sicher für die Demokratie« machen will.

Es kommt ihnen sehr gelegen, daß, wie die »Sunday Times« so wortgewandt schrieb, »die Welt kaum dazu gekommen war, über die Festnahme des Starterroristen der 70er, Iljitsch Ramirez Sanches, zu jubeln, als auch schon eine neue Bedrohung auftauchte: ein nuklearer Schwarzmarkt für Hinterzimmer-Bombenbastler«. Mit anderen Worten, genau in dem Moment, in dem die »revolutionäre« Schlachterei im Stile der siebziger Jahre endlich neutralisiert worden ist, wird die »Gefahr« eines nuklearen Terrorismus' von jenen Journalisten beschworen, die für die Geheimdienste arbeiten – zum beiderseitigen Nutzen. Trägt man diesen Umständen Rechnung, überrascht es kaum, daß die Presse Carlos ihrer Leserschaft sowohl als Erzbösewicht wie als Witzfigur präsentiert hat: Sein Leben ist neu inszeniert worden als tragische Geschichte eines sich durchs Dasein wurstelnden Psychopathen, der als gefährlichster Mann der Welt bekannt wurde.

Einer der widerwärtigeren Aspekte der Festnahme des Schakals war seine Verwendung zwecks Schleichwerbung für die Whisky-Marke Jonny Walker. Die Medien spielten notwendigerweise eine Schlüsselrolle bei diesem Werbefeldzug, die Tatsache, daß Carlos eine Schwäche für diesen Scotch hat, wurde in mehreren Berichten von seiner Verhaftung prominent erwähnt. Wenn der Schakal ein Liebhaber von »100 Pipers« wäre, hätte ich vielleicht ein bißchen mehr Respekt vor ihm, aber nicht zuletzt dieses Wegbechern von Jonny Walker Red Label läßt Carlos aussehen wie einen gescheiterten Charakterdarsteller, der sich nach der Hauptrolle in einer Billigproduktion reckt, in der es um einen alten Drogenbaron geht, der von jüngerem und skrupelloserem Geschmeiß aus dem Geschäft gedrängt wird. Der Schakal weist alle Merkmale eines traurigen alten Bastards auf – von der Neigung, über seine »goldenen Zeiten« zu sinnieren, bis zum Bruchband und der zwanzig Jahre jüngeren Freundin.

Während ein Großteil der Medien damit beschäftigt ist, Carlos als böse zu porträtieren, besteht sein kleiner, aber lautstarker Fanclub in anarchistischen und linken Kreisen darauf, die kühnen »revolutionären« Taten seines Helden zu verherrlichen. Ziemlich ähnlich den Groupies, die den Insassen amerikanischer Todeszellen brieflich nachstellen, bilden sich unzählige Carlos-Freaks ein, dominante Tabus zu brechen, während sie in Wahrheit lediglich ein spiegelverkehrtes Bild der Welt produzieren, wie sie ist. Durchgeknalltes Denken dieser Sorte wurde schon vor einiger Zeit von einer amerikanischen Neonazitruppe zu seinem logischen Ende geführt, die sich »Universal Order« nennt und Charles Manson als ihren »Führer« verehrt.

Es gibt jedoch sublimere Reaktionen auf die Aktivitäten des Schakals und seiner Verbündeten. Ihre populistischere Ausfertigung kann man unter der Parole »Terrorismus ist Theater« zusammenfassen, welche die Überschrift des ersten Kapitels eines Buches namens *The Carlos Complex* abgibt, das die britischen Journalisten Christopher Dobson und Ronald Payne geschrieben haben. Wenn, wie Dobson und Payne behaupten, »Terrorismus um seines Effekts in der Öffentlichkeit willen, nicht um militärische Ziele zu treffen«, geplant wird und keine echten strategischen Ziele verfolgt, dann gleicht seine »Irrationalität« nicht so sehr dem Theater als vielmehr Techniken, die avantgardistische Bewegungen wie Futurismus, Dada und Fluxus eingesetzt haben. Die Parallelen sind tatsächlich bemerkenswert: Es gibt nicht nur bei beiden einen Willen zum Zerbrechen traditioneller Erzählstrukturen durch Betonung individueller und scheinbar isolierter Ereignisse, sondern auch organisatorisch gleichen sich »Terror International« und die Avantgarde, indem sie sich aus diversen enggeknüpften und einander überlappenden Gruppen zusammensetzen, die unter einer Vielzahl von Gruppennamen operieren. Wie es schwerfiele, den Uneingeweihten Carlos' Aktivitäten zu erklären, ohne die »Baader-Meinhof-Gruppe« oder die Japanische Rote Armee zu erwähnen, so müßte man für eine zusammenfassende Bewertung der Aktivitäten der Fluxusgruppe Bezug nehmen auf zeitgeschichtliche Rivalen und kollaborierende Zusammenschlüsse wie die Selbstdestruktive Kunst, Gutai, Actual, die Situationisten und die Happening-Bewegung.

Die Annahme, daß es eine Verbindung gebe zwischen der Avantgarde und den Aktivitäten der Stadtguerilla, ist im Laufe der letzten Jahre in den anglo-amerikanischen Medien eine Art Klischee geworden. Erlesene Presseorgane haben endlose Berichte über »Kunstterrorismus« gebracht, die im allgemeinen aus wenig mehr bestanden als aus Anekdoten über Medienwitzchen, die von Individuen veranstaltet worden waren, die in etwas arbeiten, was man ungefähr als jene kulturelle Tradition beschreiben könnte, die aus Futurismus und Dada hervorgegangen ist. Es ist daher unvermeidlich, daß außenseiterische Intellektuelle anfangen, die Medienspektakel, die von diversen mit Carlos verbundenen Gruppen

veranstaltet werden, als Performance-Kunst zu konsumieren. Da die Individuen, die von diesem Diskurs angezogen werden, sich in den theoretischen Grundlagen der Avantgarde gut auskennen, ist dessen Verlauf vollständig vorhersagbar. Carlos ist selbst längst verdächtig; die Überfütterung mit seinem Bild durch die Medien sowie seine Gefangennahme haben seinen Mythos erodieren lassen. Der Fluxus-Cheftheoretiker, George Maciunas, hat eine Unterscheidung getroffen zwischen dem »einsilbigen Neo-Haiku Flux-Ereignis« und dem »mixed-media, neobarocken Happening« – die Karriere des Schakals schmeckt verdächtig nach letzterem.

Wenn man es aus seinem politischen Kontext löst und aus der Perspektive avantgardistischer Ästhetik betrachtet, ist das Lod Airport-Massaker, das die Japanische Rote Armee im Mai 1972 veranstaltete, zweifellos der sublimste Akt von »Terror International«. Drei Mitglieder der JRA, die, gerade aus Rom kommend, in Israel eingetroffen waren, spazierten in die Ankunftshalle des Flughafengebäudes, zogen Maschinenpistolen aus ihrem Handgepäck und pumpten ihre Mitpassagiere mit Blei voll. 26 Personen starben, und weitere 80 wurden verletzt, bevor zwei der Darsteller getötet und ein dritter verhaftet wurde/n. André Breton hatte behauptet, daß die ultimative surrealistische Tat darin bestünde, mit einem Revolver ziellos in die Menge zu schießen. Das »Happening« vom Lod Airport war einfach die Verwirklichung dieses Dictums mit Hilfe moderner Waffen.

Es wäre jedoch falsch, hieraus zu folgern, daß die JRA keiner Vergangenheit verbunden sei oder etwa den Konventionen der spezifischen Kultur, aus der sie stammte, völlig entkommen wäre. Wie alle Avantgardisten erreichte »Terror International« seine »Modernität« mit Hilfe des Double bind, archaische Elemente in ihre Praxis einzubeziehen. Im Falle der JRA sieht das so aus, daß der Ruhm der Truppe von der Entführung einer japanischen Linienmaschine im März 1970 datiert, bei welcher Samuraischwerter anstelle zeitgemäßer Waffen, etwa Pistolen, benutzt worden waren. Es ist die Spannung, welche durch diese Umarmung der Tradition und das Herbeiführen echter Innovationen entsteht, die die Illusion erzeugt, daß die Avantgarde sich an der vordersten Front sozialer Veränderung befände.

Zwar waren all die Gruppen, die um Carlos und die PFLP (Palästinensische Volksbefreiungsfront) herumschwirrten, vom Kult der Gewalt benebelt, die JRA jedoch war besonders mystisch in ihrer Verachtung des Lebens. Sie glaubte daran, daß der Tod während eines ihrer »revolutionären« Happenings in eine Vereinigung mit dem Dreigestirn des Orion münden würde. Diese Verbindung von Mythos und Gewalt erinnert an die theoretischen Ansichten von Georges Sorel, dem Vorreiter sozialer Dekadenz und Propheten des Generalstreiks, dessen Schriften eine Menge Einfluß auf Marinetti und die futuristische Bewegung ausübten.

Eine derartige Verknüpfung von Perspektiven illustriert eine der vielen Möglichkeiten, wie sich die Aktivitäten von Carlos und seinen Verbündeten in die Geschichte und Praxis von Performancekunst einpassen ließen. Auch die Worte von Otto Piene könnten als Ruf zu den Waffen interpretiert werden: »Wir, die Künstler mit ernsten Absichten, müssen der Realität ins Auge sehen, aus der Kunstwelt ausbrechen und die Leere umarmen.« Der Einfluß der Situationistischen Internationale auf die »Angry Brigade«, eine englische Stadtguerillagruppe aus den frühen Siebzigern, ist bereits gut dokumentiert, und der Gebrauch spezifischer Termini – etwa »Spektakel« – in den Erklärungen dieser Gruppe erlaubte der Polizei immerhin, sie als »anarchismusbeeinflußt« zu bezeichnen.

Es gibt jedoch weitere, feinere Interpretationsmöglichkeiten als jene, die aus schlichter Ästhetik gewonnen werden können. Die Carlos-»Legende« wird bis auf weiteres von den Propagandisten des Westens gemolken; die kurze Zeit, die der Schakal als Student auf der Patrice Lumumba-Universität in Moskau verbrachte, wird dabei als ausreichender Beweis dafür betrachtet, daß er KGB-Agent war. Aber nichts in der Welt der Spionage und Desinformation ist das, wonach es aussieht, und da seine Aktivitäten großen Teilen der CIA und des MI6 von Nutzen waren, ist es genauso wahrscheinlich, daß Carlos für die Briten und Amerikaner gearbeitet hat. Dieses Szenario ist nicht im entferntesten so bizarr, wie es zunächst aussehen mag, denn Dank der Zellenstruktur paramilitärischer Organisationen haben Individuen, die Gruppen dieser Art beitreten, keine Ahnung, wer ihre Handlungen leitet.

Teil der Stadtguerilla zu werden, ähnelt in bemerkenswerter Weise dem Eintritt in eine Freimaurerloge, es ist eine Verpflichtung, die in blindem Vertrauen eingegangen wird, wie das Beispiel Italien gut zeigt. Während die Mehrheit der Individuen, die innerhalb der Roten Brigaden aktiven Dienst taten, wirklich linksradikalen Vorstellungen anhing, wurden ihre Aktivitäten in Wahrheit von Mitgliedern der Geheimdienste geleitet und vermischten sich perfekt mit rechtsradikalen Scheußlichkeiten wie dem Massaker am Bahnhof von Bologna, welches zunächst kommunistischen Terroristen zugeschrieben wurde. In Philip Williams Buch *Puppet Masters: The Political Use of Terrorism in Italy* (1991) werden die Roten Brigaden als ihrer Struktur nach dreigeteilt beschrieben: junge Fanatiker und Fanatikerinnen, Agenten des Ostblocks und weiter »drinnen«, im geheimsten Zirkel, die eingeschleusten Leute aus dem Innenministerium und den westlichen Geheimdiensten.

In der neuesten Ausgabe der kühnen Londoner Zeitschrift »perspectives« stellt jemand, der sich Peter Drew nennt, eine Reihe von Beobachtungen bezüglich verschiedener Geheimdienstaktivitäten vor und schreibt über die CIA-geleitete Operation »Gladio«, die in den letzten Jahren einigen Raum in der Berichterstattung der »besseren« britischen Presse einnahm. Nachdem er wiederholt hat, was bereits weithin über den Plan bekannt war, antikommunistische rechtsradikale

Gruppen als Freikorps-Guerilla gegen den Feind im Kalten Krieg einzusetzen, sagt Drew weiter, daß inzwischen »vermutlich einige dieser Gruppen, besonders in Deutschland, benutzt werden, um staats- und fremdenfeindliche Gewalt zu verbreiten und den neuen Feind der USA, ein geeintes Europa, zu destabilisieren«. Drew bezieht sich u.a. auf die Tatsache, daß Robin Ramsey, Redakteur der linken und im allgemeinen verläßlichen Verschwörungszeitschrift »Lobster«, erst neulich ein Statement, das einer frühachtziger Fernsehsendung über den britischen Geheimdienst entstammt, wiederabgedruckt hat. Es stammt von einem früheren BOSS-Agenten namens Gordon Winter und lautet folgendermaßen: »Es gibt einen Spruch im britischen Geheimdienst, der besagt, wenn es eine linke Bewegung in Großbritannien gibt, die größer ist als eine Fußballmannschaft, dann ist unser Mann der Mannschaftskapitän oder sein Stellvertreter, und wenn nicht, dann ist er der Schiedsrichter und kann jederzeit jeden vom Platz schicken und unsere Leute reinrufen.«

Der größte persönliche Triumph des Schakals war der Überfall auf das Opec-Hauptquartier in Wien im Dezember 1975. Sobald das Gebäude gestürmt war, wurden die Geiseln in vier Kategorien eingeteilt: Freunde, Feinde, Neutrale und Österreicher. Die »Freunde« waren die Libyer, Algerier, Irakis und Kuwaitis. Die Feinde waren die Vertreter der Staaten Saudiarabien, Iran, Abu Dhabi und Quatar. Auf diese Weise waren die Aktivitäten des »Terror International« natürlich prima geeignet, die Interessen des anglo-amerikanischen Establishments zu schützen. Die PFLP und ihre Verbündeten in Europa waren kein unwichtiger Faktor bei der Verfestigung jener Differenzen, die zwischen den Nahoststaaten bereits existierten. So halfen Carlos und seine Verbündeten dabei, die Chancen der Opec zu verringern, als effektives Ölkartell zu funktionieren.

Ich behaupte nicht, die PFLP sei ein Arm der CIA gewesen. Gewiß haben sich einige der politisch naiven Stadtguerillaleute, die bei »Terror International« aktiven Dienst taten, zu Beginn nur deshalb paramilitärischen Aktionen verschrieben, weil sie einem politischen Programm folgten, das den Zielen und Interessen des anglo-amerikanischen Establishments völlig fern liegt. Zu gewissen Zeiten mögen diese »Revolutionäre« vielleicht sogar in der Lage gewesen sein, in Übereinstimmung mit ihren »marxistischen« Prinzipien zu handeln. Die klandestine Natur der Organisationen, denen sie angehörten, bot jedoch genügend Möglichkeiten für Manipulationen sowohl durch Washington als auch durch Moskau. Wenn »Terror International« ein politischer Fußball war, dann ist es logisch anzunehmen, daß das anglo-amerikanische Establishment den Schiedsrichter stellte, denn diese Seite hat die meisten Tore während eines langen und hart umkämpften Spieles für sich verbuchen können.

Gleichwohl wird wenig Gutes aus der Gefangennahme des Schakals folgen. Das Äußerste, worauf wir hoffen können, ist die Rehabilitierung jenes klassischen Mode»items« des weißen Trenchcoats, den Carlos während des Überfalls auf die Opec trug. Als »Starterrorist« ist der Schakal der perfekte Aufhänger, um nicht nur Propaganda und Ideologien, sondern auch Whisky und Klamotten zu verkaufen.

Übersetzung aus dem Englischen: Dietmar Dath/Cordula Späth

Konkret 10/94, S. 20

ARCHIV FÜR SOZIALPOLITIK

Jeder ist uns der nächste 31

Montag, 8.8.1994 –

In Neuruppin/Ostprignitz-Ruppin werden mehrere Sinti und Roma von Unbekannten bedroht und bis zu ihrem Hotel verfolgt. Ihr Auto wird beschädigt.

Dienstag, 9.8. –

In Frankfurt/Oder überfallen zwei unbekannte Täter einen Polen, der auf einer Bank an der Oderpromenade schläft und schlagen mit einer Machete auf ihn ein. Das Opfer erleidet eine schwere Schnittverletzung am Arm. Die Polizei schließt einen fremdenfeindlichen Hintergrund aus.

Mittwoch, 10.8. –

Wie Sachsens Innenminister Heinz Eggert (CDU) mitteilt, wurden im ersten Halbjahr 1994 in Sachsen 34 Angriffe gegen Ausländer registriert. Im ersten Halbjahr 1993 waren es 60 derartige Delikte gewesen. Die durchschnittliche Aufklärungsquote der vor drei Jahren gegründeten Sonderkommission Rechtsextremismus liege bei 88 Prozent. Bisher bearbeitete die Sonderkommission 223 Fälle mit rechtsextremistischem Hintergrund.

Donnerstag, 11.8. –

Brandanschlag auf ein türkisches Vereinslokal in der Innenstadt von Singen. Das mehrstöckige Haus brennt völlig aus. Unklar ist, ob es sich um einen ausländerfeindlichen Anschlag handelt. –

Das Amtsgericht Kiel verurteilt einen 71jährigen Rentner aus München wegen Volksverhetzung und Beleidigung zu einer Geldstrafe von 7.200 Mark. Der Mann hatte mehrfach ausländerfeindliche und antisemitische Texte an die Zeitung eines Kieler Sportvereins geschickt und vergeblich um Veröffentlichung gebeten.

Dienstag, 16.8. –

Brandstiftung in einer Unterkunft für Aussiedler und Asylbewerber in Berlin-Schöneberg. Unter dringendem Tatverdacht steht ein ehemaliger Heimbewohner. Ein politischer Hintergrund wird von der Polizei ausgeschlossen.

Freitag, 19.8. –

In Magdeburg wird im Rahmen des Prozesses um die ausländerfeindlichen Ausschreitungen am Himmelfahrtstag ein 23jähriger Hooligan wegen Bedrohung eines Zeugen vorläufig festgenommen. –

Nach Mitteilung des bayerischen Justizstaatssekretärs Gerhard Merkl wurden in Bayern im ersten Halbjahr 1994 insgesamt 185 Personen wegen rechtsextremistischer oder fremdenfeindlicher Delikte verurteilt, in 21 Fällen zu Freiheitsstrafen. Insgesamt wurden 900 Ermittlungsverfahren eingeleitet. Im vorangegangenen Halbjahr waren es 142 Verurteilungen bei gut 1.000 Ermittlungsverfahren.

Samstag, 20.8. –

Brandanschlag auf ein von Aussiedlern aus Rumänien und der früheren Sowjetunion bewohntes Gebäude in Mitterfelden/Landkreis Berchtesgadener Land. Unbekannte Täter werfen zwei Molotowcocktails auf die Terrasse und auf einen Balkon im ersten Stock des Hauses. Der strömende Regen löscht die Brandsätze. –

In Egeln bei Staßfurt/Sachsen-Anhalt werfen Jugendliche mit Steinen die Scheiben eines Asylbewerberheims ein und beschädigen vor dem Haus geparkte Autos. Fünf der Täter im Alter zwischen 14 und 21 Jahren gestehen die Tat und geben ausländerfeindliche Motive an.

Sonntag, 21.8. –

In Gotha/Thüringen schlagen zwei Rechtsradikale einen Aserbeidschaner zusammen und treten ihn bewußtlos. Er wird schwer verletzt. –

Brandanschlag auf ein griechisches und ein chinesisches Restaurant in Dessau/Sachsen-Anhalt. Das Feuer in den beiden Lokalen, die im selben Haus untergebracht sind, setzt giftige Gase frei und richtet einen Schaden von 300.000 Mark an. Die Polizei schließt einen fremdenfeindlichen Hintergrund nicht aus.

Montag, 22.8. –

Das Landgericht Leipzig verurteilt den 24jährigen Polizisten Ronny K. wegen der Mißhandlung von vier Vietnamesen und einem deutschen Jugendlichen zu einer Freiheitsstrafe von drei Jahren und neun Monaten. Zwei weitere Angeklagte

erhalten Bewährungsstrafen von 21 bzw. neun Monaten, ein vierter Angeklagter wird zu einer Geldstrafe von 90 Tagessätzen zu je 50 Mark verurteilt. –

Das Landgericht Magdeburg verwirft die Berufung eines 45jährigen Rechtsextremisten, der in erster Instanz wegen Volksverhetzung und Aufstachelung zum Rassenhaß zu zehn Monaten Haft, auf drei Jahre zur Bewährung ausgesetzt, und 3.000 Mark Geldstrafe verurteilt worden war. In seiner Berufung hatte sich der Mann nicht gegen das Strafmaß, sondern vor allem gegen die Bewährungsauflage und gegen die Zahlung der Geldbuße an eine internationale Menschenrechtsorganisation gewandt.

Dienstag, 23.8. –

In Magdeburg wird ein Algerier in einer Straßenbahn von zwei falschen Straßenbahnschaffnern bedroht und geschlagen. Die zwei Männer verlangen die Zahlung eines Bußgeldes von 60 Mark, obwohl der Algerier einen Fahrschein vorweisen kann. Als er sich weigert zu zahlen, schlagen ihm die Männer mit der Faust ins Gesicht. Keiner der etwa 30 Fahrgäste greift in das Geschehen ein. –

Die Jugendkammer des Landgerichts Ulm verurteilt zwei 26 und 19 Jahre alte Brüder aus Geislingen/Baden-Württemberg wegen Volksverhetzung und Aufstachelung zum Rassenhaß zu Freiheitsstrafen von einem Jahr bzw. acht Monaten auf Bewährung. Der ältere Angeklagte muß zudem 25.000 Mark Geldbuße zahlen, der jüngere 300 Stunden gemeinnützige Arbeit leisten. Das Gericht wirft den Angeklagten vor, »eindeutig volksverhetzende« Lieder produziert und vertrieben zu haben. In den Texten heißt es, Asylbewerber seien »Parasiten« und »Abschaum«.

Donnerstag, 25.8. –

Brandanschlag auf ein türkisches Gebets- und Gemeindezentrum in Bebra/Hessen. Es entsteht ein Sachschaden von rund 60.000 Mark. Verletzt wird niemand. Die betroffene türkische Gemeinde macht die PKK für den Anschlag verantwortlich. –

Die Serie von Brandanschlägen auf türkische Einrichtungen in Südwestdeutschland wurden nach Erkenntnissen der Staatsanwaltschaft Stuttgart und des Landeskriminalamtes Baden-Württemberg von kurdischen Tätern verübt.

Freitag, 26.8. –

Das Bayerische Oberlandesgericht in München bestätigt das Urteil der Vorinstanz gegen einen Sachbearbeiter der Ausländerbehörde, der wegen Volksverhetzung zu einer Geldstrafe von knapp 6.000 Mark verurteilt worden war. Er hatte in einem Gedicht Asylbewerber als Faulenzer, Aids-Kranke und Betrüger verunglimpft.

Sonntag, 28.8. –

Auf einer Wahlveranstaltung in Hopfenau/Landkreis Dachau leugnet der Bundesvorsitzende der Republikaner, Franz Schönhuber, die Verantwortung von Rechtsextremisten für ausländerfeindliche Brandanschläge. 80 bis 90 Prozent aller in Deutschland bekanntgewordenen Anschläge seien »innertürkische Angelegenheiten«. –

In Berlin-Friedrichshain werden zwei Mongolen in einer Grünanlage von einer Gruppe deutscher Jugendlicher überfallen. Den beiden gelingt es jedoch, in die Wohnung eines Bekannten zu flüchten. Aus Wut demolieren die zehn bis 15 Schläger Türen und Fensterscheiben des Mietshauses. Die Polizei nimmt vier der Täter fest.

Das Archiv für Sozialpolitik Frankfurt/M. erstellt diese Chronik für KONKRET seit November 1991

Antisemitische Angriffe

Samstag, 13.8. –

Vor der Gedenkstätte Buchenwald nimmt die Polizei sechs Rechtsradikale fest, die verfassungsfeindliche Symbole und Aufkleber bei sich haben. –

In der KZ-Gedenkstätte Sachsenhausen werden zwei Skinheads festgenommen, die mit Messern und Hämmern ausgerüstet sind.

Dienstag, 16.8. –

Unbekannte Täter beschmieren die Gedenkstätte des früheren Konzentrationslagers Sachsenhausen mit Hakenkreuzen. Die Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten vermutet einen Zusammenhang mit der Abweisung rechtsradikaler Jugendlicher nach Schließung der Gedenkstätte am selben Abend.

Mittwoch, 17.8. –

Vor dem Amtsgericht Frankfurt/Main wird die Hauptverhandlung gegen einen 83jährigen pensionierten Beamten wegen des schlechten Gesundheitszustandes des Angeklagten abgesagt. Der Angeklagte soll sich in schriftlichen Stellungnahmen anläßlich der Wahl von Ignatz Bubis zum Vorsitzenden des Zentralrats der Juden in Deutschland diskriminierend über Juden geäußert haben.

Donnerstag, 18.8. –

Das Berliner Landgericht verurteilt einen früheren sogenannten Gauleiter »Berlin/Preußen« der rechtsextremen Wiking-Jugend wegen Nazi-Propaganda zu neun Monaten Haft. In seinem Besitz waren im Februar 1993 mehr als 100 Aufkleber mit Texten wie »Kauft nicht bei Juden«, »Rot Front verrecke« und »Jetzt NSDAP« gefunden worden.

Freitag, 19.8. –

Nach Mitteilung des bayerischen Justizstaatssekretärs Gerhard Merkl wurden im ersten Halbjahr 1994 in Bayern insgesamt 69 Ermittlungsverfahren wegen antisemitischer Bestrebungen eingeleitet, fast doppelt so viele wie im Halbjahr davor.

Samstag, 20.8. –

In Diemelsee nahe Korbach/Hessen beschmieren Unbekannte 14 Autos mit Hakenkreuzen, SS-Runen und dem Wort »Juden«. Sechs Autos werden außerdem aufgebrochen.

Dienstag, 23.8. –

Das Landeskriminalamt Baden-Württemberg und die Staatsanwaltschaft Stuttgart stellen in der Wohnung eines 28jährigen Chemikers im Kreis Böblingen volksverhetzende Schriften sicher. Nach Angaben der Behörden steht der Mann im Verdacht, an der Herstellung und Verbreitung von Schriften mitgewirkt zu haben, in denen der Massenmord an Juden während des Nationalsozialismus geleugnet wird. –

In Magdeburg wird ein 45jähriger Mann wegen Verbreitung der sogenannten Auschwitzlüge rechtskräftig zu einer Bewährungsstrafe von zehn Monaten verurteilt.

ca. Donnerstag, 25.8. –

Jugendliche schänden einen jüdischen Friedhof in Mühlhausen/Thüringen. Sie reißen 15 Grabsteine aus den Fundamenten und werfen sie um. Die Polizei nimmt drei verdächtige Jugendliche im Alter von 14, 15 und 16 Jahren fest. Die Täter haben nach Ansicht der Polizei kein politisches Motiv.

Sonntag, 28.8. –

In Hopfenau/Landkreis Dachau erklärt der Bundesvorsitzende der Republikaner, Franz Schönhuber, auf einer Wahlveranstaltung, es sei »bedauerlich«, daß der Zentralrat der Juden und linksgesteuerte Medien in Deutschland heute größeren Einfluß auf die Politik hätten als die Parteien.

Montag, 29.8. –

Der Vorsitzende des Thüringer Landesverbandes der Republikaner, Götz Rudloff, greift den Vorsitzenden des Zentralrats der Juden in Deutschland, Ignatz Bubis, mit den Worten an, Bubis sei ein »großer Hetzer« und habe die Republikaner in »sehr widerlicher Weise« angegriffen.

Mittwoch, 31.8. –

Der Bundesgerichtshof (BGH) hebt die Freisprüche im Prozeß um den Brandanschlag auf die Mahn- und Gedenkstätte Sachsenhausen im September 1992 auf. Das Potsdamer Bezirksgericht hatte die Angeklagten im Oktober 1993 aus Mangel an Beweisen freigesprochen. Nach der Entscheidung des BGH muß nun eine andere Jugendkammer des Potsdamer Landgerichts über die Anklage neu verhandeln.

Konkret 10/94, S. 22

Oliver Tolmein

Wahl der Waffen IV

Von Provinzposse bis Mordprozeß – in allen Varianten verfolgt der Staatsschutz die Antifa. Vierter Teil der KONKRET-Serie über antifaschistische Initiativen in der BRD

Oberstaatsanwalt Pfleiderer ist ein Mann, der auch mal Zeit zum Plaudern hat. Besonders über die Autonome Antifa (M), diese »jungen Leute, die die Tinte nicht halten können« und »eine Papierflut produzieren, in der alles und jedes erklärt wird«, spricht der Beamte gerne. Sein Arbeitsgebiet bei der Staatsanwaltschaft Celle ist die Bekämpfung radikaler Linker, und er kann nicht gerade über allzuviel Streß klagen. Pfleiderer muß sich, will er was zu tun haben, seine Arbeit schon selber erfinden. Dabei allerdings ist er ziemlich fleißig, wie die Göttinger Szene am 5. Juli diesen Jahres leidvoll erfahren mußte: Außerordentliche Sondereinsatzkommandos und gemeine BKA-Beamte stürmten da zusammen mit gewöhnlichen Stadt-, Land- und Wiesen-Polizisten Wohnungen von insgesamt 17 Personen, die angeblich Mitglieder der Antifa (M) (s. KONKRET 3/94) sein sollen. Gleichzeitig wurden auch Räume des Asta, des linken Buchladens Rote Straße sowie Arbeitsplätze und Wohnungen von Angehörigen in Hessen, Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen durchsucht. Bei dieser bislang massivsten Staatsaktion gegen Antifaschistinnen und Antifaschisten sollte Material gesichert werden, das die Struktur der Antifa (M) erhellt sowie die Mitgliedschaft und Funktion von Beschuldigten in dieser Organisation belegt.

Die Antifa (M) ist nämlich nach Auffassung von Oberstaatsanwalt Pfleiderer eine »kriminelle Vereinigung« gemäß Paragraph 129 des Strafgesetzbuches. Diese altmodische, etwas zahmere Variante des Paragraphen 129 a (der die Bildung »terroristischer Vereinigungen« unter Strafe stellt) wurde zu Beginn der guten alten 80er Jahre gegen Hausbesetzer ins Feld geführt – vergeblich, weil es den Staatsanwaltschaften nie gelang, den »Vereinigungscharakter« der chaotischen Strukturen nachzuweisen. Da sieht Oberstaatsanwalt Pfleiderer seine Erfolgsaussichten bei der Autonomen Antifa (M) besser: Die würde in ihren zahlreichen Papieren ja selber immer wieder auf Organisierung und verbindliche Strukturen dringen. »Insofern sind das eigentlich auch gar keine richtigen Autonomen«, weiß Pfleiderer. Noch fehlen dem engagierten Rechtsstaatler allerdings die zu den Erklärungen gehörenden Namen und genauen Funktionsbeschreibungen. »Aber dafür haben wir ja die Durchsuchungen gemacht.« Über deren Ergebnis hält er sich noch bedeckt. Viele der im Asta beschlagnahmten Materialien mußten bereits zurückgegeben werden – der Rest werde noch ausgewertet: »Aber«, versichert Pfleiderer optimistisch, »verschlechtert hat sich die Beweislage durch die Durchsuchung jedenfalls nicht.«

Eine Vereinigung ist nach Strafgesetzbuch unter anderem dann »kriminell«, wenn es zu ihren Zwecken gehört, bestimmte Straftaten zu begehen. Einen entsprechenden Katalog hat die Generalstaatsanwaltschaft Celle schon aufgestellt. Ganz oben steht dabei der »Verstoß gegen das Versammlungsgesetz«: Die Autonome Antifa (M) organisiert mit für die Polizei frustrierender Regelmäßigkeit einen, wie es im Durchsuchungsbeschluß heißt, »schwarzen Block, der bis zu 800 Personen umfaßt ... und den Eindruck einer Privatarmee erweckt«. Und das begründet den Verdacht eines Verstoßes gegen jene Vorschrift des Versammlungsgesetzes, die durch dessen höchsten Strafrahmen geschützt wird und dergegenüber ein Verstoß gegen das Vermummungsverbot geradezu harmlos erscheint: das Uniformierungsverbot. Sollte Pfleiderer mit dem Versuch scheitern, Lederjacke, Jeans, Anti-Nazi-Aufnäher und Palästinensertücher bzw. Sonnenbrillen zur Uniform zu erklären, hat er noch einen Trumpf und eine Hilfskonstruktion in der Hinterhand. Die »kriminelle Vereinigung« Antifa (M) soll nämlich auch für die »terroristische Vereinigung« RAF geworben haben: Es gebe da, so Pfleiderer, »ein ganz toll gemachtes, grafisch gesehen sehr plakativ wirkendes Plakat« aus dem Frühjahr 1993, das die zerbombte JVA Weiterstadt zeigt, sowie den ja schon bekannten »schwarzen Block« und den Text: »Zusammen gehört uns die Zukunft.«

Daß das bestenfalls ein 129a-Verfahren »minderer Bedeutung« ist, hat auch die Bundesanwaltschaft erkannt und deswegen die untergeordnete Celler Behörde mit der Strafverfolgung beauftragt. Aber auch die kann nicht schlüssig beantworten, ob das Plakat nicht auch eine Aufforderung an die RAF sein könnte, sich bei der Autonomen Antifa (M) einzureihen. Aber selbst für den Fall, daß das Gericht erkennen sollte, daß nicht die »kriminelle Vereinigung« für die »terroristische« wirbt, hat Pfleiderer noch ein As im Ärmel: Nötigung. So habe die Antifa (M) den rechtsextremen Europapolitiker Otto von Habsburg genötigt, nicht in Göttingen aufzutreten.

Seit mindestens drei Jahren ermittelt Pfleiderer. Das ist das Ergebnis. Eine Anklage ist es noch nicht. Man könnte das als Provinzposse abtun, würde sich darin nicht das Bestreben des Staatsapparates zeigen, antifaschistische Politik um jeden Preis und mit allen Mitteln zu kriminalisieren. Daß gerade die Göttinger Antifa, die den Aufbau einer Bundesorganisation massiv voran-, und in der Universitätsstadt erfolgreich Bündnispolitik ins bürgerliche Lager hinein betreibt, ins Visier genommen wird, erscheint, auch wenn man nicht der Meinung ist, daß der am härtesten kriminalisierte linke Widerstand politisch auch der sinnvollste ist, nachvollziehbar. Die Autonome Antifa (M) hat sich jetzt, weniger nachvollziehbar, entschlossen, den Repressionsapparat mit seinen eigenen Waffen schlagen zu wollen, und hat Strafanzeige gegen einen Verfassungsschützer, den niedersächsischen Innenminister, die Autoren des Verfassungsschutzberichtes und den Verfasser einer Presseerklärung der Generalstaatsanwaltschaft Celle gestellt, damit die mehrfach behauptete Verbindung von RAF und Autonomer Antifa (M) gerichtlich widerlegt wird.

Schwieriger liegen die Dinge beim zweiten großen Verfahren, das der Staatsapparat gegen Antifaschisten vor allem aus der Immigrantinnenszene betreibt: Der Prozeß wegen des Todes von Gerhard Kaindl. Kaindl, Schriftführer der Deutschen Liga, war am 4. April 1992 nach einem Treffen der NS-Kaderschmiede »Hoffmann von Fallersleben« von Antifas beim Essen mit anderen Nazis überrascht worden und bei den sich daran anschließenden Auseinandersetzungen zu Tode gekommen. Angeklagt sind bisher fünf Antifas aus der Migrantenszene wegen Mordes und sechsfachen Mordversuchs, zwei weitere, darunter einer mit deutschem Paß, haben sich im Juli gestellt, sie werden wahrscheinlich in den am 20. September eröffneten Prozeß einbezogen. Nach vier Leuten fahndet die Polizei noch.

Daß die meisten der Angeklagten keinen deutschen Paß haben, ist sicher ein Grund dafür, daß der Staatsapparat dieses Verfahren so hart und unnachgiebig führt. Es geht in dem Prozeß auch darum, jede Gegenwehr von rassistisch Verfolgten zu kriminalisieren. Gleichzeitig hat sich im Verlauf der Solidaritätsarbeit gezeigt, daß es auch Differenzen zwischen den von Migrantinnen gebildeten Solidaritätskomitees und weiten Teilen der deutschen antifaschistischen Unterstützerszene gibt. Dabei geht es vor allem um die Frage nach der Wahl der Mittel in Auseinandersetzungen mit Faschistinnen und Rassisten. Der Kaindl-Prozeß birgt aber noch andere schwerwiegende Probleme in sich: Tragende Stütze der Anklage sind Aussagen, die zwei der Angeklagten, der 17jährige E. und der 21jährige B., bei der Polizei gemacht haben. Damit ist zum einen eine »Verräter«-Debatte losgetreten worden, zum anderen wird, auch von Leuten aus dem Unterstützerspektrum, die Frage aufgeworfen, ob es Sinn macht, daß sich die anderen Angeklagten an das Prinzip halten, keine Aussagen gegenüber der Justiz zu machen. Die Anwälte aller Angeklagten halten sich, möglicherweise auch angesichts der vertrackten Lage, bedeckt. Die Verteidigungsstrategie ist demnach unklar. Andererseits hat sich eine respektable Solidaritätsbewegung gebildet, die zwei größere Demonstrationen im Frühjahr auf die Beine bringen konnte, so daß zumindest eine eigene Öffentlichkeit gewährleistet ist.

Parallel zu diesen beiden großen Verfahren hat die bundesdeutsche Justiz die Antifaszene nahezu flächendeckend mit kleineren Prozessen überzogen, in denen teilweise drakonische Strafen ausgesprochen worden sind. Das Mainzer Landgericht hat G. wegen Beteiligung an einer Aktion gegen die »Deutsche Alternative« zu einer Haftstrafe von zwei Jahren ohne Bewährung verurteilt. Tatvorwurf: schwerer Landfriedensbruch. In diesem Prozeß ist nicht nur der harte Kurs der Strafkammer gegen G. bemerkenswert, sondern auch, wie die Staatsaktion gegen Antifaschisten korrespondiert mit der bewußten Untätigkeit gegenüber dem Aufbau eines zentralen Nazistützpunktes in Mainz-Gonsenheim. Apart ist in diesem Zusammenhang ein ganzer Strauß von Verfahren, die sich um die Beleidigung des mittlerweile international bekannten Auschwitzleugners und NPD-Politikers Günther Deckert ranken. Deckert, der Rassist mit dem aktenkundig guten Charakter, ist gleich in mehreren baden-württembergischen Städten als Kandidat für das Amt des Oberbürgermeisters angetreten und hat den Wahlkampf jeweils zur Verbreitung seiner rassistischen Positionen nutzen können. Antifaschisten wie Rainer Schuldt (Schwäbisch-Gmünd), die auf die Verflechtung von NPD und kleineren Nazigruppen hinwiesen, wurden wegen Beleidigung vor Gericht gezerrt und verurteilt (Schuldt zu 40 Tagen Haft). Neben den Beleidigungsklagen, die gerne auch von den Reps angestrengt werden, sind auch Urteile wegen Raubes (z.B. von Bomberjacken und Nazistickern) ein beliebtes Mittel, Antifas zu kriminalisieren. Das Landgericht Gießen hat zwei Antifas deswegen zu Bewährungsstrafen von einem Jahr und drei bzw. einem Jahr und zehn Monaten verknackt. Regelmäßig wird in diesen Prozessen die rechtsextreme Gesinnung der »Opfer« ausgeblendet, der »politische Fanatismus« der Antifas dagegen als strafverschärfend bewertet.

Glücklicher verlaufen ist dagegen ein Verfahren wegen Landfriedensbruches gegen sechs kurdische und türkische Migranten, die kurz nach den Morden von Mölln bei einer Auseinandersetzung beteiligt gewesen sein sollen, in deren Verlauf ein FAPler verletzt wurde. Nebenkläger war der Nazianwalt Jürgen Rieger – den Freispruch für die Angeklagten, die betonten, für sie gebe es in diesem Land keinen Frieden, mithin könnten sie auch keinen brechen, konnte er mit seiner aggressiven Taktik aber nicht verhindern.

Der wohl skurrilste Prozeß läuft derzeit aber vor dem Amtsgericht in Magdeburg: Mitglieder der Antifa-Initiative »Bandiera Rossa« müssen sich dort gegen den Vorwurf der Volksverhetzung verteidigen. Während, wie der Bundesgerichtshof im Fall Deckert erklärte, die »einfache Leugnung der Vernichtung der Juden« keine Volksverhetzung darstellt, beharrt die Magdeburger Staatsanwaltschaft darauf, daß das Skandieren der einfach nachzuweisenden Wahrheit »Deutsche Polizisten schützen die Faschisten« und der zugegebenermaßen falschen Behauptung »Aufruhr, Widerstand, es gibt kein neues Großdeutschland« den Tatbestand des Paragraphen 130 Strafgesetzbuch erfüllen. Wir warten gespannt auf das Urteil.

Oliver Tolmein schrieb in KONKRET 8/94 über zwei neue Bücher von Karl Heinz Roth

Skeptische Liberale

Die bundesdeutsche Justiz fühlt sich mißverstanden. Deswegen hat sich Dr. Rudolf Wassermann, Oberlandesgerichtspräsident a.D. und Mitherausgeber der renommierten linksliberalen Alternativkommentare in der »Neuen Juristischen Wochenschrift«, zu einer Grundsatzerklärung aufgeschwungen. »Die Ansicht, wonach die deutsche Justiz eine Affinität zu fremdenfeindlichen und anderen rechtsextremistischen Auffassungen habe«, erklärt er, gehe »an der Wirklichkeit völlig vorbei«.

Daß Nazis so oft freigesprochen und wenn, dann eher zu sehr niedrigen Haftstrafen verurteilt werden, ist in Wassermanns Augen der schlagende Beweis dafür, daß das Gegenteil zutrifft: »Nicht weil die Richter auf dem rechten Auge blind waren, sondern weil es keine konservativen, schneidigen Richter waren, sondern skeptische Liberale«, bleiben Rechte von deutschen Gerichten ungeschoren. Die Richter huldigten nämlich dem Ideal, daß der Bürger vor dem Staat, also auch vor der Justiz, geschützt werden müsse. Daß sie diesen Schutz Linken nicht so recht angedeihen lassen wollen, blendet Wassermann aus, daß es so nicht weitergehen kann, sieht er aber auch ein. Und so fordert der einstige Doyen der kritischen Strafrechtler eine große Wende zum starken Staat in den Neunzigern: Das »neue große Thema muß der Schutz des Bürgers vor Gewalt und Verbrechen sein«.

Bürgerin und Wesen ohne deutschen Paß müssen künftig leider draußen bleiben. Lieber ein paar total, als alle nur ein bißchen schützen (»Neue Juristische Wochenschrift« 1994, Heft 13).

Konkret 10/94, S. 24

Johnny Norden

United Killers of Pentagon

Eine keineswegs vollständige Chronik der US-Interventionspolitik in Lateinamerika und der Karibik nach 1945

August 1947 –

Auf der »Interamerikanischen Konferenz über Probleme des kontinentalen Friedens und der Sicherheit« in Rio de Janeiro, an der 19 lateinamerikanische Staaten und die USA teilnehmen, setzt die US-Delegation die Gründung einer regionalen Sicherheitsorganisation (Rio-Pakt) durch, die im Artikel 6 ihrer Statuten den USA das Interventionsrecht in anderen Ländern einräumt.

1948 –

Die USA mischen sich offen in den Bürgerkrieg in Costa Rica ein. Die von ihnen unterstützten reaktionären Aufständischen stürzen die gewählte Regierung, welche eine Beschneidung der Privilegien der »United Fruit Company« ins Auge gefaßt hatte. –

Im April wird in Bogota die »Organisation Amerikanischer Staaten« (OAS) gegründet. In der Resolution XXXII der Gründungskonferenz heißt es: »Die politische Aktivität des internationalen Kommunismus oder jegliche totalitäre Doktrin ist mit dem Konzept der amerikanischen Freiheit unvereinbar.« Damit war der ideologische Rah-men für US-Interventionen in Lateinamerika gegeben. –

Unter direkter Leitung des US-Militärattachés in Venezuela stürzt im November eine Militärrevolte den Präsidenten Romulo Gallegos. Unter Gallegos, einem weltbekannten Schriftsteller, war mit einer schärferen Besteuerung der Gewinne von US-Gesellschaften in Venezuela begonnen worden. –

Die USA gründen in der von ihnen besetzten Panama-Kanalzone das »Karibikkommando« und legen damit den Grundstein für den größten Militärstützpunkt außerhalb ihres eigenen Territoriums.

1950 –

Die USA unterdrücken mit Waffengewalt einen Volksaufstand für nationale Unabhängigkeit in Puerto Rico. Puerto Rico stand seit 1898 unter Kolonialverwaltung der USA.

März 1952 –

Mit direkter Unterstützung der CIA putscht sich in Kuba General Batista an die Macht.

1954 –

Im Juni dringt eine von den USA organi-sierte Söldnerarmee in Guatemala ein und stürzt den Präsidenten Arbenz. Die Arbenz-Regierung hatte brachliegende Ländereien der »UnitedFruit Company« gegen Entschädigung enteignet und die Erdölausbeutung nationalisiert. Beide Gesetze werden von der neuen Militärregierung annulliert. –

Im August begeht der brasilianische Präsident Vargas Selbstmord. In seinem »Politischen Testament« dokumentiert er seinen erfolglosen Kampf gegen die Einmischungspolitik der USA.

September 1957 –

Francois Duvalier (Papa Doc) ergreift mit Hilfe der Armee und direkter Unterstützung der US-Botschaft die Macht in Haiti. Die USA entsenden Instrukteure zur Ausbildung der Armee. Während Duvaliers Herrschaft werden 50.000 Menschen ermordet, 1,5 Millionen verlassen das Land (ein Viertel der Bevölkerung).

1959 –

Nach der Bodenreform auf Kuba richtet die US-Administration im Mai eine dem Präsidenten zugeordnete Arbeitsgruppe zur Wahrung der US-Interessen auf Kuba ein.

1959 –

Im Juni protestieren die USA in scharfer Form gegen die Enteignung US-amerikanischen Grundbesitzes auf Kuba und fordern »eine schnelle und angemessene Entschädigung«. Zwei Monate später propagiert Nixon im Vorwahlkampf gegen Kennedy die Idee einer vollständigen Blockade Kubas.

1960 –

Eine von den USA organisierte und finanzierte Terror- und Sabotagekampagne gegen Kuba beginnt: Zuckerrohrplantagen werden in Brand gesetzt, Elektrizitätswerke zerstört, im Hafen von Havanna wird der belgische Frachter La Coubre

gesprengt (über 100 Tote). Der Import von Zucker wird gestoppt. Mit Ausnahme von Medikamenten und Nahrungsmitteln dürfen keine US-Produkte mehr nach Kuba exportiert werden.

1961 –

Anfang des Jahres brechen die USA die diplomatischen Beziehungen zu Kuba ab. –

Im April endet eine Invasion von 1.500 Söldnern in Playa Giron nach 3 Tagen mit ihrer Zerschlagung durch die kubanische Armee und Volksmilizen. Kennedy übernimmt öffentlich die Verantwortung für die Aggression. Die US-Regierung muß an Kuba 500 Traktoren für die angerichteten Schäden liefern, daraufhin können die gefangenen Invasoren nach Miami zurück. –

Der brasilianische Präsident Quadros verurteilt die von den USA inspirierte Aggression gegen Kuba. Die amerikanische Regierung friert daraufhin alle Kontakte mit ihm ein, vier Monate später wird Quadros vom Militär gestürzt. –

Im Mai wird der dominikanische Diktator Trujillo mit tatkräftiger Unterstützung der CIA ermordet: Er hatte zu seinem persönlichen Vorteil die Gewinne US-amerikanischer Konzerne in der Zuckerindustrie der Dominikanischen Republik geschmälert. –

Im August verkünden die USA auf der OAS-Konferenz von Punta del Este die »Allianz für den Fortschritt«: Mit jährlichen Hilfeleistungen von 1 bis 2 Milliarden US-Dollar an die lateinamerikanischen Staaten (außer Kuba) soll weiteren Revolutionen vorgebeugt und Lateinamerika als Rohstoff- bzw. Absatzmarkt für die USA abgesichert werden (nach 2 Jahren ist das Projekt praktisch bereits gescheitert, weil die USA ihre versprochenen Leistungen nicht bringen bzw. ihre eigennützigen Ziele zu offensichtlich geworden sind).

1962 –

Auf der 8. Konsultativersammlung der OAS-Außenminister im Januar beschimpft der US-Vertreter Fidel Castro als »Agenten Moskaus«. Es wird auf Drängen der USA eine Resolution verabschiedet, die den Marxismus-Leninismus für unvereinbar mit dem interamerikanischen System erklärt und deshalb Kuba aus dem System ausschließt. Zur gleichen Zeit übernehmen US-Militärmissionen in mehreren Staaten die Ausbildung von Armeeinheiten zur Bekämpfung der Partisanenbewegung (Argentinien, Brasilien, Peru, Bolivien, Kolumbien, Mittelamerika). –

Im März dehnt die US-Regierung das Kuba-Embargo auf alle Güter aus, die kubanische Rohstoffe enthalten. Weiterhin werden Schiffe, die kubanische Häfen anlaufen, vom US-Handel ausgeschlossen. –

Im September läßt Kennedy sich durch eine Resolution des US-Kongresses das Recht geben, in Kuba zu intervenieren, wenn er von dort eine Gefahr für die Sicherheit der USA ausgehen sieht. In diesem als »Kennedy-Doktrin« bekannten Konzept wird »das Eindringen einer offensiv-bedrohlichen fremden militärischen Macht in Kuba ... als unmittelbare Bedrohung der Sicherheit der USA und Amerikas angesehen«, die beseitigt werden muß. –

Im Oktober verhängen die USA eine totale Blockade über Kuba, um den Abzug sowjetischer Atom-Raketen von der Insel zu erzwingen. Die Sowjetunion demontiert die Raketen und verlangt gleichzeitig von den USA einen Interventionsverzicht gegenüber Kuba. Kennedy hebt zwar die Blockade auf, bekräftigt jedoch den Willen der USA, die anti-kubanische Politik der vergangenen Jahre fortzusetzen. Bis Anfang der siebziger Jahre unternimmt die CIA acht Mordanschläge auf Fidel Castro.

1964 –

Im Januar versuchen panamaische Studenten, in der von den USA kontrollierten Kanalzone die Nationalfahne zu hissen. Sie werden von US-Soldaten zusammengeschossen: 21 Tote, 300 Verletzte. –

In Chile sponsern die USA mit 20 Millionen Dollar den siegreichen Präsidentenwahlkampf des Christdemokraten Eduardo Frei gegen Salvador Allende. –

In Kolumbien beginnt im Juni die von der US-Militärmission ausgearbeitete Anti-Guerilla-Aktion »Lazo«. 16.000 Soldaten zerschlagen die »Unabhängige Republik Marquetalia«. –

Im Juli setzen die USA auf der OAS-Außenministerkonferenz in Washington durch, daß sich die Mitgliedsstaaten dem Embargo gegen Kuba anschließen und alle Beziehungen zur Insel abbrechen. Mexiko widersetzt sich dem Beschluß. –

Die USA installieren den zentralamerikanischen Verteidigungsrat CONDECA, bestehend aus Guatemala, Honduras, Nicaragua und El Salvador. Mit ihm sollen die Armeeorganisationen in ihrer Ausbildung und Bewaffnung unter US-Aufsicht standardisiert werden.

1965 –

Im April fallen 30.000 US-Soldaten in der Dominikanischen Republik ein, um die Machtübernahme des legitimen Präsidenten Juan Bosch zu verhindern. Der Botschafter der USA hatte die Truppenentsendung gefordert, weil »eine

kommunistische Machtübernahme« drohe. Als Vorwand für die Invasion mußte die Sicherheit der US-Bürger auf der Insel herhalten. 3.000 dominikanische Bürger kommen um, es wird ein US-höriges Regime installiert. –

Im Mai erklärt US-Präsident Johnson: »Die amerikanischen Nationen können, dürfen und werden die Etablierung eines weiteren kommunistischen Staates in der westlichen Hemisphäre nicht zulassen.« –

Im Dezember erhalten die USA von General Stroessner, dem Diktator Paraguays, die Genehmigung, im Chaco-Gebiet einen Raketenstützpunkt zu errichten.

1966 –

Die US-Botschaft in Argentinien ist in den Sturz des Präsidenten Illia verwickelt, der die nationalen Erdölquellen vor der Ausbeutung durch internationale Monopole sichern wollte. Das neue Regime hebt die antimonopolistischen Gesetze der Illia-Regierung auf.

1967 –

Im Oktober wird mit Unterstützung von US-Beratern die Partisanenbewegung in Bolivien zerschlagen. Ernesto Che Guevara wird ermordet.

1969 –

Die Nixon-Regierung gibt den »Rockefeller-Bericht« in Auftrag, der Empfehlungen für die Lateinamerika-Politik der USA erarbeiten soll. Er kommt zu dem Schluß, daß zur Aufrechterhaltung der gesellschaftlichen Ordnung und der traditionellen interamerikanischen Beziehungen die von den USA ausgebildeten »neuen Militärs die letztmögliche beste Option« sind.

1970 –

Obwohl die USA seit 1961 1,3 Milliarden Dollar Auslandshilfe nach Chile gepumpt haben, um ein »neues Kuba« zu verhindern (weit mehr, als in jedes andere lateinamerikanische Land), wird der Sozialist Salvador Allende im September zum Präsidenten gewählt. –

Mit der vom CIA im Oktober organisierten Ermordung General Schneiders, des Oberbefehlshabers der Streitkräfte in Chile, soll in letzter Minute der Amtsantritt Allendes verhindert werden. –

Im November bezeichnet US-Präsident Nixon die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen Chile-Kuba als »Herausforderung des interamerikanischen Systems«. Der Vorstand der ITT (International Telephon and Telegraph Corporation) bietet der US-Regierung einen siebenstelligen Betrag an, um die Allende-Regierung zu stürzen.

1971 –

Nach der Verstaatlichung der von US-Monopolen kontrollierten Kupferindustrie beginnt die USA eine Destabilisierungskampagne gegen Chile. Die Kreditlinien werden abgeschnitten, auch die Weltbank gibt keine Unterstützung mehr. Das chilenische Militär erhält jedoch einen Kredit von 5 Millionen, 1972/73 sogar von 14,5 Millionen Dollar.

1972-1973 –

Die Finanzblockade Chiles durch die USA verursacht zunehmende Versorgungsmängel. Die USA drücken den Kupferpreis auf dem Weltmarkt, was für Chile zu Devisenverlusten von mehreren hundert Millionen Dollar führt. Die Erdrosselungsstrategie von außen wird durch Terror- und Sabotageakte und Streiks der Transportunternehmer im Innern ergänzt. Im September stürzt und ermordet das Militär Allende. Dem Pinochet-Regime, das sich als »Retter der Nation vor dem kommunistischen Chaos« aufspielt, fallen 30.000 Menschen zum Opfer, ca. eine Million Chilenen verlassen ihre Heimat.

1974 –

Gegen die Regierung von Michael Manley, die in Jamaica einen »demokratischen Sozialismus« probiert, beginnt eine von den USA gesteuerte Sabotage- und Destabilisierungskampagne nach chilenischem Vorbild.

November 1978 –

US-Präsident Carter läßt die zeitweilig ausgesetzten Spionageflüge der Luftaufklärung über Kuba wieder aufnehmen.

1979 –

Im Oktober installieren die USA in Key West/Florida, 90 Meilen von Kuba entfernt, die »Schnelle Eingreiftruppe für die Karibik«; außerhalb des eigenen Territoriums unterhalten die USA in der Karibik 20 Militärbasen, auf Stützpunkten in Antigua, den Bahamas und Puerto Rico sind Atomwaffen stationiert. –

Die erste Gruppe von 25 US-Militärberatern nimmt im November offiziell ihre Arbeit in El Salvador auf.

1980 –

Die CIA organisiert einen Bombenanschlag gegen Maurice Bishop, den Premierminister von Grenada.

1981 –

Im März beginnt US-Präsident Reagan mit einem 3-Punkte-Programm der Regierung den Kreuzzug gegen Nicaragua: 19,5 Millionen US-Dollar werden zur Finanzierung der antisandinistischen Opposition und für »verdeckte« militärische Maßnahmen bereitgestellt. Es folgen: Sperrung aller Kredite seitens der USA, der Weltbank und des IWF, Einschleusen von Falschgeld, Sabotageanschläge auf Brücken, Betriebe und Versorgungseinrichtungen, Stopp des Zucker- und Bananenimportes, Einstellung der Getreidelieferungen. –

Die USA verdreifachen die Militärhilfe für El Salvador und erhöhen die Zahl der Militärberater auf 45.

1982 –

In 10 Trainingscamps im Grenzgebiet von Honduras und Nicaragua werden von ca. 100 US-Spezialisten die Einheiten der Contra-Armee aufgebaut. –

Im Januar beschließt die US-Regierung, der Junta in El Salvador alles schwere Kriegsgerät zu ersetzen, das von der FMLN zerstört wird, und gewährt zusätzlich 82 Millionen US-Dollar Militärhilfe. –

Im August läßt Reagan sich durch den »Symms-Zusatz« vom Senat die mögliche Anwendung von militärischer Gewalt gegen Kuba bestätigen.

1983 –

Im Februar beginnt »Big Pine I«, ein Manöver von tausenden Soldaten der USA und Honduras unmittelbar an der Grenze zu Nicaragua. –

September/Oktober: Terroranschläge auf den Flugplatz von Managua und die Häfen Nicaraguas; durch die Aktivitäten der Contra-Einheiten befindet sich die gesamte Nord-Hälfte Nicaraguas im Bürgerkrieg. –

Im Oktober beenden 6.000 US-Soldaten mit Gewalt das sozialistische Experiment auf Grenada; kurze Zeit nach dem Überfall erhält Grenada vom amerikanischen Amt für Entwicklung 80 Millionen Dollar Hilfe. –

Im Dezember verminen Spezialabteilungen der CIA die Häfen Nicaraguas.

1984 –

Die Kissinger-Kommission veröffentlicht ihren Bericht: Miltärdiktaturen und Menschenrechtsverletzungen würden langfristig die US-Interessen in Lateinamerika bedrohen, die USA sollten gezielt zivile Regierungen fördern und die Länder stärker an die US-Wirtschaft binden. –

Die USA verhelfen in El Salvador dem Christdemokraten Duarte zum Wahlsieg gegen den rechtsextremen Kandidaten, gleichzeitig wird die Militärhilfe erhöht.

1985 –

Im Januar weigern sich die USA, den Beschluß des Internationalen Gerichtshofes von Den Haag anzuerkennen, der die Einstellung der bewaffneten Aktionen gegen Nicaragua verlangt hatte. –

Im Mai verkünden die USA eine umfassende Wirtschaftsblockade gegen Nicaragua.

Juni 1985 –

Kongreß und Senat der USA verabschieden weitere 27 Millionen Dollar »nichtmilitärischer Hilfe« für die Contras; die US-Regierung verabredet mit der Contra-Führung die Aufstockung der bewaffneten Kräfte auf 35.000 Mann.

1986 –

»Irangate« wird publik: Hohe US-Beamte haben illegal Waffen an den Iran verkauft, um mit den Erlösen (10-30 Millionen Dollar) die Bewaffnung der Contras in Nicaragua zu finanzie-ren. –

Nach Unruhen in Haiti, »überzeugen« die USA im Februar den Diktator Jean Claude Duvalier, das Land zu verlassen. Die Macht geht an die Armee über. –

Im selben Monat ruft Reagan »alle demokratischen Kräfte Amerikas« auf, dem nicaraguanischen Volk »bei der Befreiung von der kommunistischen Tyrannei« zu helfen. –

Der US-Kongreß bewilligt 70 Millionen Dollar Militärhilfe für die Contras; die 6 Jahre Krieg haben Nicaragua Schäden in Höhe von 3 Milliarden Dollar verursacht.

1987 –

Die USA stellen die ökonomische und militärische Hilfe für Panama ein; eine Resolution des US-Senates fordert Panama auf, eine Demokratisierung durchzuführen, die Menschenrechte zu achten und eine Untersuchung gegen den

Oberbefehlshaber Noriega einzuleiten. –

Die USA haben El Salvador seit 1982 3 Milliarden Dollar Militär- und Wirtschaftshilfe geleistet, die Armee wurde auf 52.000 Mann aufgestockt.

April 1988 –

Reagan verhängt Wirtschaftssanktionen gegen Panama: Die Guthaben der Regierung in den USA werden eingefroren, Zahlungen an offizielle Stellen Panamas eingestellt, Zuckerimporte aus Panama gestoppt.

1989 –

Im Mai erklärt sich das von den USA zusammengezimmerte Anti-Noriega-Bündnis zum Sieger der Wahlen. Noriega läßt die Wahl annullieren. –

Im Dezember erobern 30.000 US-Soldaten Panama. Luftangriffe auf die Hauptstadt, die zwei Arbeiterbezirke zerstören, fordern insgesamt 3.000 Tote. Die neue Regierung wird aus dem Anti-Noriega-Wahlbündnis gebildet.

1990 –

Im Februar siegt das von den USA gesponserte antisandinistische Bündnis UNO bei den Wahlen in Nicaragua gegen die FSLN. –

Bei den Wahlen in Haiti (Dezember) siegt Aristide haushoch über seinen konservativen Gegenkandidaten, dessen Koalition finanzielle Hilfe im Wahlkampf von US-Institutionen erhielt.

September 1991 –

Die Regierung Aristide wird vom Militär Haitis gestürzt.

1992 –

In den USA wird das »Toricelli-Gesetz« (»Gesetz für Demokratie in Kuba«) verabschiedet: Es verbietet unter anderem Tochtergesellschaften von US-Unternehmen im Ausland jegliche Beziehungen mit Kuba.

Juni 1993 –

Ein Beschluß des US-Kongresses macht die Höhe der Auslandshilfe der USA abhängig von dem Grad der Beziehungen des jeweiligen Empfängerlandes mit Kuba.

1994 –

Nachdem die USA umfangreiche Entwicklungshilfe-Projekte in El Salvador gestartet haben, gewinnt im März die rechte ARENA-Partei die Wahlen gegen die FMLN. –

Im August verbieten die USA die Geldüberweisungen von Exilkubanern an ihre Verwandten in Kuba; alle Charter-Flüge aus den USA nach Kuba werden gestoppt; die Ausfuhr von Medikamenten wird untersagt; die weitere Einreise von Kuba-Flüchtlingen ohne Visa wird unterbunden.

Johnny Norden war zur Zeit der Allende-Regierung Botschaftssekretär der DDR in Chile

Konkret 10/94, S. 27

Geoffrey B. Demarest

Der Fall Kuba

Oberstleutnant Geoffrey B. Demarest, US-Armee

Die Zeitschrift »Military Review«, ein offizielles Organ der Armee der Vereinigten Staaten, soll der Armeeführung ein »Forum für den offenen Austausch über militärische Fragen« bieten. In der Januarausgabe 94 widmet sich die Zeitschrift »Operations Other Than War«, die als zukünftige Hauptaufgabe der US-Army eingeschätzt werden. Als mögliche nichtkriegerische Einsätze werden genannt der Kampf gegen das organisierte Verbrechen, eine US-Intervention auf Haiti und: »The Cuba Contingency« – der Fall Kuba. KONKRET dokumentiert den etwa um die Hälfte gekürzten Artikel

(...) Wenn Fidel Castro die Macht verliert, dann wegen seiner eigenen politischen Gebrechlichkeit und weil die in Kuba lebenden Kubaner es so wollen, oder es wird an seinem Alter liegen. Freilich könnte es Kuba in einen Zustand des Chaos stürzen, wenn das Castroregime die effektive Kontrolle verliert. Dieses Chaos wiederum könnte eine Entscheidung der US-Regierung bewirken, für Stabilität zu sorgen und Hilfe für den Übergang zur Demokratie zu leisten. Armeeaktivitäten würden gemeinsam mit anderen Diensten (oder diese unterstützend) und möglicherweise mit ausländischen Partnern, vielleicht unter der Führung oder unter dem Dach der UN oder der Organisation Amerikanischer Staaten, erfolgen. (...)

Der Charakter und die Gefährlichkeit der Unordnung nach einem Zusammenbruch und damit Art und Ausmaß eines möglichen militärischen Eingreifens hängen davon ab, wie die letzten Tage des Castroregimes aussehen. Laut den veröffentlichten Erwartungen von Kubabeobachtern kann dieses Ende auf hundert verschiedene Arten geschehen. Dieser Artikel postuliert kein Szenario, dessen Wahrscheinlichkeit die größte sei, es werden jedoch nachfolgend einige genannt als typische Beispiele von Situationen, die militärische Aktivitäten erforderlich machen könnten.

1. Szenario

Fidel und Raul Castro werden von abtrünnigen Armeeoffizieren erschossen. Die Gruppe der Mörder hat nicht genug Einfluß, um die Kontrolle über den Regimeapparat zu erlangen und flüchtet. Andere ambitionierte und frustrierte Gruppen sehen die Möglichkeit, die Überreste des Regimes mit Gewalt herauszufordern. Mächtige erst- und zweitrangige Kader weichen zurück und fliehen (oder versuchen zu fliehen) bei der Nachricht vom Tod des Diktators und lassen drittrangige Apparatschiks zurück. (...)

2. Szenario

Castro stirbt unter fragwürdigen Umständen eines natürlichen Todes. Sein Bruder Raul kontrolliert noch den Apparat. Totenwache und großartiges Begräbnis finden statt unter Beteiligung der ganzen Nation, aber einige Tage nach dem Begräbnis beginnen Kubaner, offen gegen das Nach-Fidel-Regime zu demonstrieren. Raul beschleunigt die Liberalisierungspolitik und konsolidiert vorsichtig die Vorzugsbesitzrechte der kubanischen Kommunistischen Partei, einschließlich des Eigentums an Informationssystemen und Schlüsselbetrieben im Bereich der Devisenerwirtschaftung, wie etwa Touristenhotels. Diese zynische Preisgabe der Revolution zugunsten des Überlebens der Privilegierten ist für Bürokraten auf niederer Stufe sowie für außenstehende Rivalen durchsichtig. Zwischen größeren Institutionen mit historischem Groll aufeinander kommt es zu gewaltsamen Auseinandersetzungen, und der Streit wird angeheizt, als exilierte Führer mit ihrem Geld angezogen werden. Es werden Hebel angesetzt, um die Migrations-, Investitions-, Banken- und Eigentumsbedingungen zu ändern. Sobald dies passiert, verliert das Regime effektiv die politische Kontrolle.

3. Szenario

Castro schätzt Kubas Perspektiven neu ein und liberalisiert die kubanische Politik im Zusammenhang mit einer Lockerung des US-Wirtschaftsembargos. Verstärkter Kontakt mit Ausländern ermutigt kubanische Menschenrechtsgruppen, und Risse in der Hierarchie des Regimes vergrößern sich im Zusammenhang der Frage, wie mit wachsenden öffentlichen Demonstrationen umgegangen werden soll. Übertriebene Gewalt wird angewandt. Dieses fördert das Ausbrechen von großen Aufständen, die zum Teil von militärischen Einheiten von Dissidenten unterstützt werden. Castro, der die Zerstörung der Legitimität der Revolution sieht, bereitet einen möglichen Rückzug ins Exil vor, und es beginnt ein gewaltsamer Kampf um die Kontrolle über den Staat.

Diese Szenarien sind nicht verwegen. Sie reflektieren anerkannte akademische Vorhersagen, aber sie werden nicht als die wahrscheinlichsten angesehen. Sie werden nur als logisch und möglich vorgestellt. Die Frage, wann irgendeines dieser Szenarien eintreten könnte, ist Stoff für noch müßigere Spekulationen. (...) Angesichts dieser Vorgaben und unter Berücksichtigung der Wirkung, die Kubas Zusammenbruch auf die Vereinigten Staaten haben kann, macht sich die Armee verständlicherweise Gedanken darüber, wie sie in Kubas nahe Zukunft involviert werden könnte.

Während des Lesens der folgenden Beschreibungen (...) sollte man im Kopf behalten, welches wahrscheinlich der wichtigste unklare Faktor für die Perspektive eines militärischen Erfolges ist. Diese unsichere Größe ist der Grad der Akzeptanz, den die Einmischung der US-Regierung und besonders ein militärisches Eingreifen der USA in kubanisches Chaos bei den Kubanern genießen wird. Die Breite und Intensität, mit der die Kubaner die Armee ablehnen, sind reine Spekulation, aber die Armee wird sich Mechanismen schaffen müssen, um die Haltung der Kubaner einzuschätzen und zu überwachen. Der schmale Grat zwischen Erfolg und Mißerfolg in jeglichem gegebenen Einsatzgebiet kann von subtilen Änderungen des Gefühls der Kubaner gegenüber der Armeepräsenz abhängen. (...)

Ökologisches Reinemachen

(...) Energische Aktivitäten beim direkten Säubern und das Erarbeiten von Schutzkriterien für verschmutzende Industrien dienen direkt US-Interessen. Indirekt ist die Beschäftigung im Umweltschutz eine sichtbare Dienstleistung für das kubanische Volk. Es könnte ein wichtiges quid pro quo bedeuten für härtere Aspekte der US-Präsenz. (...)

Öffentliches Gesundheitssystem

Es könnte sich herausstellen – wie einige prophezeien – daß das kubanische Gesundheitssystem entweder nicht so gut ist, wie behauptet wird, oder daß es seit dem Zusammenbruch der Unterstützung durch den Warschauer Pakt ernsthaft beeinträchtigt ist. Außerdem könnte kubanisches medizinisches Personal Kuba verlassen wollen. (...) Gleichzeitig ist die sozialisierte kubanische Medizinversorgung eine Quelle nationalen Stolzes und eine Seite des Systems, die in den Köpfen vieler Kubaner anderes wettmacht. Sichtbare Abhängigkeit vom US-Militär in der Aufrechterhaltung des öffentlichen Gesundheitssystems kann eine bittere Pille sein. (...)

Gefängnismanagement

Zu den unangenehmsten Objekten gehören die Gefängnisse. Das Wachpersonal kann zu den ersten gehören, die fliehen, um Vergeltungsaktionen zu entgehen. Sie werden wahrscheinlich ein ausgedehntes, vernachlässigtes Gefängnissystem samt Insassen hinterlassen. Es wird im Interesse der Vereinigten Staaten und Kubas sein, so schnell wie möglich die Kontrolle darüber zu erlangen. (...) Während des Todeskampfes eines zusammenbrechenden Regimes ist das Leben der politischen Gefangenen wahrscheinlich in größerer Gefahr. Es ist anzunehmen, daß die Armee um Unterstützung anderer Institutionen beim Ausfindigmachen und beim Schutz dieser Personen gebeten wird. (...)

Regelung von Eigentumsübergaben

Wie auch bei Regelungen über den Grundbesitz, kann es einen Zusammenbruch im allgemeinen System der Registrierung von Besitztiteln für Grund und Boden geben. Die Geschichte und Kontrolle der Landregistrierung ist in Lateinamerika anders als in den Vereinigten Staaten. Sie ist wieder anders in Staaten, die kommunistische Regierungen erlebt haben. Aufgrund des Fehlens realer Besitztitel wird ein Klima der Anarchie auf dem Gebiet der Landtitel wahrscheinlich alle Arten von widerstreitenden Ansprüchen und lärmenden Betrugsschemata hervorrufen. Diese Registrierungsprobleme könnten eine enorme Quelle von Gewalt bedeuten. In gewissem Sinne wird ein Großteil der Auseinandersetzungen in einem Kuba nach Castro sich um Eigentumsrechte drehen, sei es um die Kontrolle vorherigen Staatsbesitzes, Präferenzen bei der Privatisierung von Industrien, Rückgabe von Besitztiteln aus vorrevolutionärer Zeit oder die Kontrolle über formale Wahlmechanismen, die mit der politischen Kontrolle von Landfragen verbunden sind. Die Kubaner werden sich sofort mit der Frage der Besitzansprüche der vorrevolutionären Besitzer konfrontiert sehen. Einige von ihnen werden Nichtkubaner sein, die versuchen werden, sich auf internationale Gesetze zu stützen, um einen Ersatz für früher besessenes Eigentum zu bekommen. Für viele Kommentatoren steht diese Frage des Besitzes aus vorrevolutionärer Zeit an vorderster Stelle unter den kubanischen Problemen, die Möglichkeit eines Zugriffs der Kommunisten noch vor ihrem Fall könnte jedoch ihr ärgerlichster Aspekt sein. Die nicaraguanische Erfahrung nach der Wahl von Präsidentin Violeta Barrios de Chamorro liefert einen Hinweis auf das Gewaltpotential zwischen vorrevolutionären Ansprüchen auf konfiszierten Besitz und der Beschlagnahme durch die Kommunistische Partei. Die Armee könnte gebeten werden, Expertisen zu erstellen und für ein Polizeimanagement zwecks Kontrolle von Eigentumsansprüchen in einer emotional besonders aufgeladenen Situation zu sorgen. (...)

Abwehr von krimineller Organisierung

Interne politische Umwälzungen und die Unfähigkeit zu anspruchsvollen polizeilichen Untersuchungen werden kriminelle Gelegenheitstäter anlocken. Ebenso können einige Schlüsselpersonen des vorhergehenden Regimes bereits bei US-Gerichten unter Anklage wegen Drogenhandels oder ähnlichen Vorwürfen stehen. Die Gefangennahme dieser Individuen kann ein vordringliches Ziel darstellen, bevor andere Organismen als die Armee genügend Stärke entwickeln, um diese

Aufgabe wahrzunehmen.

Frieden erhalten und Frieden schaffen

Es ist durchaus denkbar, daß die Armee gebeten wird, an friedenerhaltenden oder friedenschaffenden Maßnahmen zwischen sich bekämpfenden kubanischen Splittergruppen teilzunehmen. Dieses wird wiederum verkompliziert durch die Möglichkeit, daß einige der Mitglieder dieser Splittergruppen US-Bürger sein können. Die in der Einführung dieses Artikels benutzten Szenarien zeigen Möglichkeiten, in denen ein darniederliegendes Kuba US-Unterstützung benötigt. Die gleichen Szenarios könnten fortgeführt werden, um Ereignisse zu beschreiben, die zu einer US-Militärinvasion während eines Bürgerkrieges führen. Wenn sich die kubanische Führung spaltet und keine neue Elite das Land schnell unter Kontrolle bringen kann, dann ist es wahrscheinlich, daß US-Bürger mit starken Bindungen zu Kuba ihre Lobby in Washington, D.C., einsetzen, damit interveniert wird, um fortgesetzte Gewalt zu verhindern. Einige würden sich selbst bewaffnen, um im Kampf Partei zu ergreifen, ein Kampf, der über die Meerenge von Florida nach Norden schwappen könnte.

Militärische Antwort auf Angriffe oder Provokationen

Einige Kommentatoren haben über die Möglichkeit spekuliert, daß ein in die Enge getriebener Castro in einer letzten fatalen Herausforderung einen militärischen Angriff auf die Vereinigten Staaten oder gegen den US-Marinestützpunkt in Guantanamo startet. Solch eine Bewegung muß nicht völlig fatalistisch sein, da Castro nationalistische Unterstützung für eine bombastische gewaltsame Herausforderung der USA mobilisieren kann. Auch wenn er scheitert, könnte er seine revolutionäre Glaubwürdigkeit steigern, bevor er in ein halb zurückgezogenes Exil im Ausland geht. (...)

Rassismus

Beobachter merken an, daß die kubanische Rassendemographie heute anders ist als vor 35 Jahren. Zum Beispiel wird die exilkubanische Gemeinde von vielen Kubanern als vorwiegend weiß angesehen, während man annimmt, daß die Zahl der »schwarzen« Kubaner auf der Insel von 20-30 Prozent vor der Revolution auf 50 Prozent heute gestiegen ist. Die Rassenaufteilung in Kuba ist tatsächlich kaum definiert und oft politisch motiviert. Die Natur des kubanischen Schwarz-Weiß-Rassismus ist aus US-Perspektive schwer einzuschätzen, die mögliche Bedeutung kubanischer Rassenunterschiede für eine Armeepräsenz ist nicht völlig klar. Es gibt jedoch eine deutliche Warnung, daß Gruppen, die ihre Interessen mit interner Gewalt durchsetzen wollen, diese anhand rassistischer Ängste entfachen könnten, seien sie begründet oder nicht. Die Projektion rassistischer Befangenheit auf die Teilnehmer eines Einsatzes von US-Militär wird jedoch vermutlich nicht solch ein Problem wie in Somalia. Trotzdem könnte die Armee in Angelegenheiten verwickelt werden, die z. T. in rassistischen Begriffen verpackt sind, und sie sollte sich gegen schädliche Interpretationen kubanischen Rassismus' im Training vor ihrem Einsatz besonders vorbereiten.

Ausländischer Opportunismus

Unternehmertum sollte meistenteils willkommen sein. Es könnte jedoch Widerstand gegen eine anvisierte Invasion durch ausländisches Kapital geben, besonders, wenn es um die Ausnutzung von Möglichkeiten in Industrien geht, die von den Kubanern mit nationalem Erfolg verbunden werden. Politischer Opportunismus könnte in Form von internationaler Unterstützung für die Organisierung politischer Parteien, wie Christdemokraten, Sozialdemokraten usw. wirksam werden. Während dieses für die Ausstattung von Wahlen mit Kapital und Ideen willkommen wäre, könnte dieser ausländische Einfluß gleichzeitig die Quelle zusätzlicher Probleme für einen bereits angeschlagenen Staat sein.

Religiöse Konkurrenz

Castro hat einige Besuche von offensichtlich politisierten internationalen Kirchenorganisationen inszeniert, er hat aber organisierte Religion intern unterdrückt. Castro soll einige afrokubanische Kulte, einschließlich der einflußreichen Santería, Palo Monte und Abakuá-Gruppen, in den letzten Jahren umworben haben. Dies könnte zur Folge haben, daß diese das Regime ein bißchen zu lange unterstützen, was dazu führen könnte, daß Gläubige von ihnen abfallen, sobald andere religiöse Gruppen vom Festland einströmen. (...)

Selbstbewußtes Vorgehen übrigbleibender/vagabundierender Militäreinheiten

Wenn es Castros Militärhierarchie aufzulösen gilt, könnte das Auftauchen von potenten unabhängigen kleineren Militäreinheiten die hauptsächliche Aufmerksamkeit der US-Armee in Anspruch nehmen. (...) Eine vagabundierende Armee könnte es leicht haben, verwirrte, durch rassistische Ängste angespornte Kubaner, die Vergeltung verlangen oder

befürchten, wütend sind über den Verlust von Eigentum, abstraktem ideologischen Fanatismus anhängen oder eine Mischung aus dem Vorgenannten empfinden, zu rekrutieren. Die Ablehnung eines imperialistischen militärischen Besatzers aus den USA ist ein offensichtlich erfolgversprechendes Konzept, das vom ernsthaften bis zum zynischen Kubaner alle vereinigen kann.

Welche Lehren kann diese Präzisierung des kubanischen Problems für Armeeplaner liefern? Erstens: Es gibt noch genügend Zeit für die Vorbereitung. Diese Analyse hat einen panischen Tonfall vermie-den. Castros Revolution mag noch viele Jahre überleben, oder Kuba kann seine kommunistische revolutionäre Erfahrung mit einem enttäuschten Wimmern fahren lassen. (...)

Die zweite Lehre liegt auf organisatorischem Gebiet. (...) Der Einsatz von schweren Einsatztruppen kann nicht ausgeschlossen werden. Trotzdem, auch wenn eine anfängliche Kampforientierung notwendig ist, auf lange Sicht werden polizeiliche, geheimdienstliche, legale, medizinische Aufgaben, Transport, zivile Angelegenheiten, psychologische Operationen und Beratungsaufgaben ausschlaggebend für den Erfolg sein. (...)

Übersetzung: Inken Müller

Oberstleutnant Geoffrey B. Demarest ist militärischer Analytiker am Foreign Military Studies Office,Fort Leavenworth, Kansas, USA

Einflüsse auf kubanische Instabilität nach einem Zusammenbruch

Die Instabilität nach einem Zusammenbruch auf Kuba wird durch das Gewicht und die Reihenfolge der Wanderungen auf die Insel und von der Insel weg beeinflußt. In vielleicht noch nie dagewesener Zahl werden Gruppen entweder dem Chaos entfliehen, davon profitieren oder an der Bestimmung seines Ausgangs mithelfen wollen. Wer wird der erste sein, der nach dem Zusammenbruch in Kuba ankommt, und wer wird die Insel als erster verlassen? Dieser voraussagbare schnelle Wechsel in der Mischung von Gruppen, die auf der Insel sein werden, betrifft das Zentrum des kubanischen Tumults. Jede mögliche Aufgabe der Armee wird von dem Wechsel dessen, wer sich wo befindet, beeinflußt sein.

Die ersten, die nach einem Zusammenbruch in Kuba ankommen werden (die Reihenfolge ist zufällig): Nachrichtenmedien, Bodenspekulanten, Vertreter von Interregierungsorganisationen, Vertreter von Nichtregierungsorganisationen, Exilanten mit Eigentumsansprüchen, Exilpolitiker, Scouts und Promoter für Sport und Kunst, Religiöse Missionare, Hobby-Guerrilleros (Ideologische Störenfriede, Söldner), nichtkubanische Regierungsbürokraten und Planer, z.B. Aid-Investoren, Touristen, Akademiker, kriminelle Investoren/Opportunisten/Organisierer. Die ersten, die Kuba nach einem Zusammenbruch verlassen werden (die Reihenfolge ist zufällig): Kommunisten mit politischem Gepäck (nach Mexiko, Nicaragua, Spanien?), Kriminelle, Verwandte von Familien in Florida und anderswo, ältere Teenager, junge Erwachsene, Experten.

Konkret 10/94, S. 30

Carlos Tablada, Olaf Berg

Koloniale Logik

Abhängigkeit und Entwicklung: Die Einbindung Kubas in den RGW hat der kubanischen Ökonomie nicht nur genutzt. Ein Gespräch mit dem kubanischen Wirtschaftswissenschaftler Carlos Tablada

Frage: *Welche Auswirkungen hatte die Einbindung in den RGW auf die Ökonomie Kubas?*

Tablada: Vielfältige. 1959, als die Revolution triumphierte, hatten wir praktisch keinen Handel mit den Ostblockländern. Er fand zu mehr als 70 Prozent mit den USA statt. Als wir dann begannen, Maßnahmen im Interesse des Volks zu ergreifen, den Bauern Land zu geben, die Fabriken den Arbeitern, die Schulen und Universitäten den Schülern und Studenten, fingen die nordamerikanischen Aggressionen an, darunter, bis heute, die Wirtschaftsblockade, die den Handel nicht nur der nordamerikanischen Unternehmen mit den kubanischen Betrieben unterband. Die US-Amerikaner schrieben auch den anderen westlichen Unternehmen vor, den Handel mit und die Kreditvergabe an uns einzustellen.

Zu diesem Zeitpunkt traten der sowjetische Block, China, Nordkorea und Vietnam auf den Plan, sie begannen an uns zu verkaufen und von uns zu kaufen, was uns der Westen verweigerte. Diesen Völkern werden wir auf ewig dankbar sein, weil sie uns davor bewahrten, an Hunger und Krankheiten zu sterben. Die entstehenden Wirtschafts-, Handels- und Kreditbeziehungen mit diesen Ländern ermöglichten uns eine stetige Entwicklung im Laufe der Jahre.

Aber es gab auch Schwierigkeiten. Ein Beispiel: Die DDR hatte einen Überschuß an Milch. Und wir produzierten nicht genug davon. Vor dem Sieg der Revolution, unter dem Kapitalismus, trank nur ein Drittel der kubanischen Kinder Milch. Mit der Revolution begannen wir, die Milchviehhaltung auszudehnen, um mehr Milch zu produzieren, und wir entwickelten einen Plan für die Selbstversorgung in Milchprodukten. Als wir in den RGW eintraten, begingen wir jedoch die Dummheit, dieses Projekt der Selbstversorgung einzustellen. Wir verfügten über ein Nebenprodukt des Zuckerrohrs namens Torula, eine Art Melasse, die sich sehr gut zur Schweinemast eignet, und fingen an, diesgegen jene Milchüberschüsse der DDR auszutauschen, die bis dahin dort an die Schweine verfüttert worden waren. Es war richtig, diesen Austausch zu machen, aber wir hätten nicht unser eigenes Projekt der Selbstversorgung mit Nahrungsmitteln stoppen dürfen.

Das Resultat: 1989 fiel die Berliner Mauer, Monate später verschwand die DDR, die BRD erkannte die Verträge Kubas mit der ehemaligen DDR nicht an, fordert von uns allerdings, daß wir die Kredite eines verschwundenen Staates zurückzahlen – und wir sind ohne Milch geblieben. An diesem Beispiel zeigt sich sowohl der positive Effekt der kubanischen Beziehungen zu den Staaten des RGW als auch der negative. Ähnliche Erfahrungen machten wir mit anderen sozialistischen Ländern, wobei aber insgesamt für uns der Nutzen überwog. Schließlich waren zur selben Zeit Organisationen wie die Weltbank, der IWF und andere Institutionen sowie kapitalistische Händler damit beschäftigt, aus Lateinamerika Kapital und Reichtümer rauszuziehen. Sie erlaubten den unterentwickelten Ländern Lateinamerikas keine Entwicklung, wie wir sie durch den Austausch mit dem RGW hatten. Unterm Strich war der RGW-Handel also trotz unserer Fehler positiv.

Wurden Entscheidungen wie die, die Milchproduktion zurückzunehmen, von Kuba eigenständig getroffen?

Ich kenne andere Entscheidungen, die nicht originär kubanisch waren. Zum Beispiel machten wir eigene erste Schritte in der Entwicklung der Informatik und der Biotechnologie – 1970 baute man in Kuba schon Minicomputer mit eigener Hard- und Software. Als wir 1972 in den RGW eintraten, hatten die sozialistischen Ländern bereits unter sich eine weitgehende Arbeitsteilung vereinbart. Im Rahmen dieser internationalen Arbeitsteilung war Bulgarien für Minicomputer zuständig, und wir wurden gebremst. Es war eine Entscheidung des RGW, uns nicht in das Programm der Entwicklung der Informatik einzuschließen. Wir waren einige Jahre lang so dumm, dies zu akzeptieren. Ende der 70er Jahre beendeten wir diese Politik.

Auch eine eigenständige Entwicklung der Biotechnologie wollten sie uns nicht zugestehen, aber das haben wir nicht hingenommen. Dank dieser Weigerung zählt Kuba heute zu den vier oder fünf in der Biotechnologie führenden Ländern der Welt. In einigen anderen Bereichen, etwa in der Maschinen- und Autoindustrie arbeiteten wir ebenfalls an eigenen Projekten. Wenn es die Blockade nicht gegeben hätte, hätten wir sogar einige westliche Produktionsanlagen bekommen können, um Lastwagen und Busse auf Kuba herzustellen. Aber diese Produktion hatte Ungarn zugewiesen bekommen, auch die DDR und die CSSR.

In gewisser Weise besaß der RGW eine ähnliche Logik wie die englischen Kolonialisten des 19. Jahrhunderts, wonach Kuba als das industriell und technologisch weniger entwickelte Land vor allem den Bedarf an Rohstoffen – Zucker, Nickel und Zitrusfrüchten – befriedigen sollte; darin verhielten sich die sowjetischen Brüder wie die Nordamerikaner. Kuba hat die größte Nickelreserve der Welt. Die Nordamerikaner installierten zur Zeit des zweiten Weltkriegs auf Kuba zwei Nickelwerke, eines davon war das weltweit modernste. Aber das wichtigste am kubanischen Nickel sind seine

Verbindungen mit anderen Mineralien, zum Beispiel Kobalt. Vor ungefähr drei Jahren kostete eine Tonne Kobaltpigment 900.000 Dollar, war also viel teurer als das eigentliche Nickel. Und was machten die Nordamerikaner? Sie bauten eine Förderanlage auf Kuba, aber die Trennung des Nickel von Kobalt und anderen Mineralien fand in Florida statt. Die sowjetischen Brüder machten das gleiche. Sie bauten eine Produktionsanlage im Kaukasus und nahmen unser Nickel. Sie bezahlten uns nur für den Nickel und nahmen sich den Rest gratis.

Aber ich wiederhole: Unterm Strich haben sich die Beziehungen zum RGW positiv für uns ausgewirkt, weil die Kredite der UdSSR uns erlaubten, eine Infrastruktur zu entwickeln und die Zuckerindustrie zu modernisieren, die völlig veraltet war, als die Revolution siegte. Die letzte kapitalistische Investition hatte im Jahre 1929 stattgefunden, und bis zum Jahr 1972, als wir in den RGW eintraten, hatte man nur 19 Prozent der veralteten Anlagen erneuern können. Zehn Jahre später hatten wir schon 90 Prozent der Zuckerindustrie erneuert. Wir konnten auch den Anbau von Zitrusfrüchten verbessern, was unserem Volk sehr zugute kam. Aber all das gehorchte dennoch einer Logik, die der Beziehung zwischen einem Land des Nordens mit dem Süden entsprach.

Wie wurden die Preise im Austausch festgesetzt? Wie wurden die entsprechenden Verträge gestaltet?

Als die US-Amerikaner und die übrigen westlichen Staaten aufhörten, mit uns Handel zu treiben, uns blockierten, beruhten unsere ersten Verträge mit den sozialistischen Ländern auf Weltmarktpreisen. Bekanntlich werden die Weltmarktpreise durch die Gesetze der Monopolpreise bestimmt, die den Wert der in den Industrieländern gefertigten Produkte ständig erhöhen und den Wert der Produkte der Dritten Welt, die hauptsächlich Rohstoffe sind, absenken. Ein konkretes Beispiel: In den 60er Jahren konnten die Kolumbianer mit x Tonnen Kaffee einen japanischen Traktor der Marke Komatsu kaufen, der 30.000 Dollar kostete. Zehn Jahre später kostete derselbe Traktor, wenn die Kolumbianer ihn von Japan kauften, dreimal soviel. Das bedeutet, daß sie das Dreifache an Kaffee hergeben mußten, um dasselbe Produkt zu erhalten.

So waren auch die Preise, die der RGW uns anfangs vorgab. Wir begannen daraufhin politische Diskussionen mit der sowjetischen Führung und den anderen sozialistischen Ländern und sagten ihnen, daß sie uns ausbeuteten; daß sie, wenn sie Marxisten wären und sich auf Karl Marx bezögen, dies nicht zulassen dürften. Marx erklärt im 3. Band des *Kapital*, wie zwei Nationen einen Austausch von gleichwertigen Produkten haben können und trotzdem eine die andere ausbeutet aufgrund der unterschiedlichen Höhe der Arbeitsproduktivitäten. In gewisser Weise beuteten die sowjetischen Arbeiter, ohne es zu wollen, das kubanische Volk aus. Ergebnis dieser politischen Diskussionen war, daß man unsere Argumentation akzeptierte.

Sie begannen also, gerechte Preise einzuführen. Schon im Jahr 1971, als wir in den RGW eintraten, wurde ein entsprechendes Preisniveau festgesetzt. Durch diese gerechten Preise wurde in Kuba verhindert, was in Lateinamerika überall geschah und immer noch geschieht: Aufgrund des ungleichen Austauschs kaufen die westlichen Länder nicht nur ein Produkt, sondern sie entkapitalisieren diese Länder.

Der Handel mit dem RGW war für beide Seiten vorteilhaft. Ein Pfund Zucker, das in der Sowjetunion produziert wurde, hätte fast 60 Centavos gekostet, während sie uns bis zu 42 bezahlten. Die EU zahlt den AKP-Staaten ungefähr 25. Auf jeden Fall profitierte die UdSSR vom Zuckerhandel mit Kuba, weil für sie die Produktion des Zuckers deutlich teurer gewesen wäre.

Jahre später, Ende der 80er Jahre, als die sowjetische Ökonomie und die Entwicklung der anderen Ostblockstaaten ihre Grenzen erreichte und diese Länder auch vom politisch-ideologischen Standpunkt aus sich immer weiter von dem entfernt hatten, was mit der russischen Revolution angestrebt worden war, kam das, was kommen mußte: Sie änderten die Handelsverträge.

Schon Mitte der 80er Jahre hatte es eine Zeit gegeben, in der uns die Preise zu unseren Ungunsten von oben diktiert worden waren. Man muß bedenken, daß wir etwa der Sowjetunion Produkte lieferten, die man auf dem Weltmarkt gegen Dollar tauschen konnte, weil diese Produkte, auch auf dem Weltmarkt hätten verkauft werden können. Das war uns durch die Blockade verwehrt. Andererseits waren viele der sowjetischen und RGW-Produkte auf dem Weltmarkt unverkäuflich, weil sie aufgrund einer veralteten Technologie, mangelnder Qualität oder wegen ihres hohenTreibstoffverbrauches nicht konkurrenzfähig waren. Zum Beispiel Bulgarien: Wir kauften eine Reihe von Maschinen in Bulgarien; wir hatten große Probleme mit ihrer Funktionsfähigkeit, wir mußten sie auf Kuba beinahe neu erfinden – und dafür gaben wir unseren Zucker. Wenn die Bulgaren diese Maschinen auf dem Weltmarkt angeboten hätten, wären sie sie nicht los geworden. Tatsächlich haben sie profitiert, weil sie Produkte erhielten, wie Zucker, Nickel, Zitrusfrüchte, Medikamente und eine Reihe anderer Produkte, die sie ohne Kuba nicht bekommen hätten, weil sie sie auf dem kapitalistischen Markt mit Dollar hätten bezahlen müssen, die sie nicht hatten.

Welchen Einfluß hatte der RGW auf die Produktionsstruktur und die Organisation der Arbeit in Kuba?

Diese Frage betrifft einen weiteren Fehler Kubas, einen fast strategischen Fehler, den wir begingen. Mitte der 60er Jahre kamen Ernesto Che Guevara und Fidel Castro zu dem Schluß, daß der Weg der ökonomischen Reformen, den das sozialistische Lager in den Jahren 63/64 eingeschlagen hatte, in Richtung Kapitalismus führte. Als wir uns dann einige

Jahre später dem sowjetischen Block anschlossen, ignorierten wir diese Einsicht. Meiner Ansicht nach hätten wir alle Kredite, alle Ressourcen, die uns der sowjetische Block gab, nutzen müssen, um eine ökonomische Struktur zu entwickeln, die die extreme Abhängigkeit von der Außenwirtschaft verringert hätte, die die kubanische Ökonomie vom Kapitalismus geerbt hat. Wir begingen den Fehler, zu denken, daß die Sowjetunion, das sozialistische Lager samt seinem Markt ewig bestehen würden. Auf diese Weise akzeptierten wir nicht nur unsere Abhängigkeit von der Außenwirtschaft, sondern ließen zu, daß sie sich noch verstärkte.

Dennoch: Wir haben die Infrastruktur des Landes entwickelt. Dieser Fortschritt bleibt, aber wir bauten ein industrielles System auf, ein Geflecht von Industriezweigen, die sehr stark von Importen abhängen, die wir aus der Sowjetunion und den Ostblockländern erhielten. Wir bekamen während vieler Jahre sowjetisches Öl und träumten davon, daß das auf Dauer so bliebe, und wir verwandten diese Energie nicht, um alternative Energiequellen zu erschließen, um den Ölverbrauch verringern oder sogar durch unsere eigenen Energiequellen ersetzen zu können. Wenn es im RGW zu dieser Zeit kommunistische Revolutionäre gegeben hätte und nicht nur Händler, hätte man unsere Unwissenheit ausgeglichen, sie hätten uns unzweifelhaft eine günstige Alternative vorgeschlagen, um unsere Abhängigkeit zu verringern. Aber dem war nicht so. Sie richteten sich eine industrielle Struktur ein, die ihnen zugute kam, das heißt, es begann eine Entwicklung, in der unsere Abhängigkeit wuchs und damit die Notwendigkeit, sich auf dem Markt zu halten.

Wie hätte denn eine zum sowjetischen Modell alternative sozialistische Ökonomie aussehen können?

Das ist ein Problem, das nicht gelöst wurde, weder auf Kuba, noch in irgendeinem der anderen sozialistischen Staaten. Meiner Meinung nach beruhen die ökonomischen Systeme, die sich seit der Russischen Revolution entwickelten, auf den gleichen Prinzipien wie die kapitalistische Wirtschaft. Die Besitzverhältnisse änderten sich, was unter dem Kapitalismus der Eigentümer war, wurde im Sozialismus der Staat, der das Eigentum zum Besitz des ganzen Volkes erklärte. Die eigentliche Organisation der Arbeit, die Organisation des Fabrikationsprozesses und die Mechanismen der Anreize zur Arbeit aber änderten sich nicht.

Zu Beginn der kubanischen Revolution hatte Ernesto Che Guevara damit begonnen, eine sozialistische Alternative zum sowjetischen Modell zu entwerfen. Die kubanischen Revolutionäre hatten eine antiimperialistische Revolution gemacht, die nicht nur wegen ihrer marxistischen Perspektive, sondern auch aufgrund kubanischer Traditionen seit José Marti zu einem eigenen Sozialismus führte. Aber sie fanden kein fertiges Modell vor, sie mußten es erst entwickeln, und wie schon erwähnt, dachten einige, wie Guevara und Castro, daß das sowjetische System sich vom sozialistischen Geist entfernte, daß Produktion und Reproduktion des sowjetischen Wirtschaftsmodells zum Kapitalismus führen würden. Sie haben sich nicht geirrt.

Wir Kubaner aber waren nicht fähig, ein sozialistisches, d.h. ein zum Kapitalismus alternatives ökonomisches Modell zu entwickeln. Wir waren zu Zeiten Guevaras immerhin ein Stück weit damit gekommen, was uns ein politisches Erbe hinterließ, welches auch das sowjetische ökonomische Modell überdauerte und dabei einige Prinzipien bewahrte, die den kubanischen Sozialismus dann wiederum davor bewahrten, ebenfalls zu verschwinden, als die Berliner Mauer fiel.

Welche Chancen siehst du für Kuba?

Wir wollen weder in die Vergangenheit noch in den Kapitalismus zurückkehren. Wir schauen auf Lateinamerika, und unglücklicherweise hat keines der lateinamerikanischen Länder erreicht, was wir in den 34 Jahren unserer sozialistischen Erfahrung geschafft haben: bezogen auf den Lebensstandard ein Niveau, das dem der 15 am weitesten entwickelten Länder durchaus vergleichbar ist. Die Menschen in Lateinamerika, die erst Militärdiktaturen, danach den Neoliberalismus der partizipativen Demokratie ertragen mußten, leben in schlechteren Verhältnissen als wir. Das kubanische Volk will nicht dahin zurück.

Wenn wir auf die Ex-Sowjetunion schauen, wo die Bürokratenkaste, die sich einst kommunistisch nannte, jetzt versucht, einen wilden Kapitalismus hochzuziehen, mit Bürgerkriegen und anderen Problemen: Auch die Völker der alten Sowjetunion leben jetzt in schlechteren Verhältnissen als das kubanische Volk. Wir wollen nicht dahin zurück.

Ist es denkbar, daß Kuba unabhängig vom Weltmarkt existiert? Würde das nicht bestenfalls nur bedeuten, auswählen zu können, von wem man abhängig ist: von den USA, von Europa oder von Japan?

Nicht unbedingt. Als wir die Unabhängigkeit erreichten, gab es den Kalten Krieg, und es existierte der sowjetische Block, auf den wir uns stützten, um die Entwicklung zu erreichen, die wir erreicht haben. Wir mußten einen hohen Preis dafür bezahlen; die Sowjets schmückten sich mit der Schönheit, der Jugend und der Frische der kubanischen Revolution, und wir mußten manchmal schweigen, wenn sie Sachen machten, mit denen wir nicht übereinstimmten, wie die Invasion in Afganistan z.B., mit der wir nicht einverstanden waren.

Aber jetzt, wo der Kalte Krieg beendet und die Russen domestiziert und eingebunden sind, wie der Golfkrieg und nun auch der Krieg im ehemaligen Jugoslawien gezeigt haben, gibt es verstärkte Konflikte zwischen den drei imperialistischen Blöcken: Europa mit Deutschland an der Spitze, Asien mit Japan und die westliche Hemisphäre mit den USA.

Hier haben wir eine kleine Chance, ein wenig zu balancieren und unseren geopolitischen Nachteil durch die Konkurrenzsituation in der westlichen Welt auszugleichen. Wir sind dabei, in schnellem Tempo Handels- und Kulturbeziehungen mit dem Westen und mit Asien zu entwickeln. Das kann möglicherweise verhindern, daß wir von neuem in die nordamerikanische Einflußsphäre fallen.

Im übrigen glauben wir nicht, daß wir außerhalb des Weltmarkts existieren können. Wir haben nicht vor, Kuba in ein zweites Kambodscha nach dem Muster Pol Pots zu verwandeln und uns von der ganzen Welt abzuschließen. Deshalb brauchen wir internationalen Handel. Und in der Weise, wie wir diesen Handel betreiben werden, wird der Schlüssel für unseren zukünftigen Erfolg liegen.

Übersetzung: Marianne Metze

Carlos Tablada ist Professor für Ökonomie an der Universität Havanna. Mit ihm sprach Olaf Berg

Konkret 10/94, S. 34

Gerhard Scheit

Jahns Schüler

Waren Österreichs Sozialdemokraten lange bekennende Deutschnationale, so haben die rotweißroten Kommunisten die österreichische Nation erfunden

Österreich ist kein Staat, keine Heimat, keine Nation. Es ist eine Religion ... Die Sozialdemokraten haben verkündet, daß Österreich ein Bestandteil der deutschen Republik sei; wie sie überhaupt die widerwärtigen Entdecker der sogenannten Nationalitäten sind. Die christlichen Alpentrottel folgen den Sozialdemokraten.

Joseph Roth:
Die Kapuzinergruft (1938)

Im Burgenland, dem östlichsten Bundesland Österreichs, an der Grenze zu Ungarn, wo einstmals die Bürger der DDR in den Westen strömten, patrouillieren heute Soldaten des österreichischen Bundesheeres, um den illegalen Grenzübertritt nichtdeutscher Flüchtlinge zu verhindern. Seit einiger Zeit tragen sie auf ihren Uniformen und Fahrzeugen besonders deutlich sichtbar das rotweißrote Emblem ihrer Nation. Dem österreichischen Bürger soll dies gewiß Vertrauen einflößen: Hier lauert kein Krieg, wie am allzunahen Balkan, hier ist kein Militärstaat, hier ist bloß die Grenze deiner Nation, die von deinesgleichen geschützt wird.

Bald nachdem die Ostdeutschen in volkseigenen Shorts und Shirts via ehemalige Ostmark heim ins Reich gefunden hatten, veranlaßte der österreichische Innenminister Franz Löschnak, die Soldaten an die bewußte Grenze zu schicken, um dem nachsetzenden Flüchtlingsstrom, der eben in kein Reich mehr finden konnte, Einhalt zu gebieten. Löschnak ist vermutlich jener Politiker der derzeitigen Regierung, dem Jörg Haider mit seinen verbalradikalen Attacken am wenigsten anzuhaben vermag. Dabei folgt der sozialdemokratische Innenminister durchaus den nationalstrategischen Überlegungen des Austromarxismus. Otto Bauer, der wichtigste Theoretiker der österreichischen Sozialdemokraten, betrachtete bereits 1907 den »internationalen Klassenkampf« als das »Mittel, dessen wir uns bedienen müssen, um unser nationales Ideal zu verwirklichen«. In seiner Broschüre *Deutschtum und Sozialdemokratie* von 1907 formulierte Bauer unmißverständlich: »Wir wollen, daß das deutsche Volk groß und mächtig sei, daß seine Volkszahl wachse. Zu diesem Zweck brauchen wir eine energische Sozialpolitik.« Nicht der sozialpolitische Zweck heiligt also die nationalen Mittel, sondern umgekehrt, die sozialpolitischen Mittel heiligen den nationalen Zweck. »Sind wir wirklich Verräter am deutschen Volke?« fragte Otto Bauer: »Sind wir wirklich national unverläßlich?« Nein, sie waren es gewiß nicht mehr, die so beratenen Sozialdemokraten. »Jeder Sieg der Arbeiterklasse« galt Bauer als »ein Erfolg der deutschen Nation«.

Bauer definierte die Nation, wie über 80 Jahre später Wolfgang Schäuble, als »Schicksalsgemeinschaft«. Die Formel klingt nicht nur romantisch, sie mystifiziert effektiv den Staat, den sie nicht beim Namen nennt. Statt ums Schicksal geht es in Wahrheit um die Funktionen, die der Staat bei der Durchsetzung kapitalistischer Warenproduktion übernimmt; ohne sie läßt sich Nation historisch nicht denken. Darauf kam es Bauer eben nicht an, denn er verstand Nation »als Naturgemeinschaft«: Das Ziel, das von den marxistischen Mitteln geheiligt wird, projizierte der romantische Arbeiterführer in die Vergangenheit, wenn er von der »nationalen Kulturgemeinschaft der Germanen im Zeitalter des Sippschaftskommunismus« phantasierte (*Die Nationalitätenfrage und die Sozialdemokratie*, 1907). »Marx nimmt Turnunterricht bei Vater Jahn«, schrieb Karl Kraus 1932 rückblickend über die deutschnationale Orientierung der österreichischen Sozialdemokratie.

»Nun einmal« lauten die würzenden Partikel dieser nationalen Politik: Das Vaterland zu schützen gegen den Einbruch des äußeren Feindes – das war, schrieb Otto Bauer in einer weiteren Broschüre, »da der Krieg nun einmal ausgebrochen war, auch nach unserer Meinung das Recht und die Pflicht der Arbeiter aller Länder« (*Die russische Revolution und das europäische Proletariat*, Wien 1917). Der SPÖ-Politiker Karl Renner, der nach beiden Weltkriegen die Trümmer einsammelte und Regierungschef wurde, schrieb 1915 (im theoretischen Organ der Partei »Der Kampf«): »Der fremde Imperialismus ist ein größeres Übel als der eigene Imperialismus« – der, wie Renner später erkennen sollte, auch eine Wohltat sein kann.

Mit der Orientierung auf Großdeutschland, die mit besonderer Konsequenz nach der Auflösung der Habsburgermonarchie weiterverfolgt wurde, knüpfte die Linke in Deutschösterreich im Grunde an die Forderungen der 1848er Bewegung an. Victor Adler, der alte Führer der österreichischen Arbeiterbewegung, war ja ursprünglich ein Deutschnationaler und in derselben Bewegung engagiert wie Schönerer und Lueger – zwei Politiker, die, als Adler selbst bereits an der Spitze der Sozialdemokratie stand, zu den wichtigsten Vorbildern des jungen Adolf Hitler wurden.

Die Zauberformel zur Verharmlosung der Vaterlandstreue war mit dem Kulturbegriff gefunden: Von deutscher Kultur, die es zu verbreiten, zu verteidigen usw. gelte, sprach man, nannte Goethe, Schiller, Beethoven und Marx – und meinte doch nichts anderes als die sozialen Privilegien der deutschsprachigen Bevölkerung. Deutschland, so der besonders idealistisch

denkende Max Adler, sei – nun einmal – das Land der »höchsten geistigen Kultur«, und darum sei es eine Selbstverständlichkeit, dorthin zu gehen, wohin die Deutschen in Österreich »nach Nation, Gefühl und ökonomischer Notwendigkeit gehören, zu ihren Brüdern im Deutschen Reich« (»Zum 12. November«, »Der Kampf«, 1919). Dabei war das Proletariat ursprünglich von dieser Selbstverständlichkeit nicht so sehr überzeugt und offenbar internationalistischer gesinnt als seine Führer; so erinnert sich Bauer 1920, daß die deutschösterreichischen Arbeiter zunächst »keinerlei Sympathie für den Anschluß an das ihnen verhaßte imperialistische Deutschland« aufbrachten.

Nach dem Zusammenbruch der Monarchie beteuerten die Sozialdemokraten, für die Deutschösterreicher nur das »gleiche« Recht zu verlangen, das sie auch den anderen Nationen der Habsburgermonarchie zugestanden: das Recht auf nationale Selbstbestimmung. Die Deutschösterreicher betrachtete man eben als ein gleich Tschechen, Polen und Italienern von den Habsburgern unterdrücktes Volk und bestritt damit den Charakter des »Herrenvolkes«, den sie als das Staatsvolk der Habsburgermonarchie ökonomisch und kulturell behauptet hatten. Der deutsche Nationalismus gerierte sich nunmehr in Österreich als Befreiungsnationalismus: Die Ententemächte galten ihm als die herrschenden Nationen, während Deutschland samt Restösterreich zu den unterdrückten gezählt wurde.

Otto Bauer war Jude. In seinem deutschnationalen Engagement liegt ein tragisches Moment, das bei aller Polemik nicht übersehen werden sollte. Der überhitzte Einsatz für die deutsche Nation – »Wenn Herr Otto Bauer warm wird, geht mich ein Frösteln an« (Karl Kraus) – ist auch als ein letzter verzweifelter Assimilationsversuch zu sehen. Auch bei Victor Adler selbst und ebenso bei Friedrich Austerlitz, dem enthusiastischen Kriegshetzer von 1914, dürfte ein solcher Assimilationswunsch den Deutschnationalismus nicht unwesentlich befördert haben.

Als der Anschluß an das Dritte Reich vollzogen war, ließ das »Nun einmal« der Sozialdemokraten – als Partei bereits verboten – nicht lange auf sich warten, wobei nun ein »Obschon« hinzugefügt wurde: »Obschon«, äußerte Karl Renner 1938 in einem Interview – als Privatmann und Nicht-Juden drohte ihm keine Gefahr – , »obschon nicht mit jenen Methoden, zu denen ich mich bekenne, errungen, ist der Anschluß nunmehr doch vollzogen, ist geschichtliche Tatsache, und diese betrachte ich als wahrhafte Genugtuung für die Demütigung von 1918 und 1919, für St. Germain und Versailles.«

Nachdenklicher, weniger freudig klang das »Nun einmal«, mit dem Otto Bauer, der ins Exil flüchten mußte, den »Anschluß« kommentierte. Über die Gegenwart der unmittelbaren Bedrohung half er sich mit historischen Vergleichen und Theorien hinweg: Er verglich den »Anschluß« mit der Einigung des Reichs unter Bismarck, um selber die Position von Engels einnehmen zu können, der gemeint hatte, man dürfe sich zum neuen Reich »nicht simplement negativ, das heißt reaktionär, sondern müsse sich kritisch verhalten«. Diese Einstellung übertrug Bauer umstandslos auf den Nationalsozialismus und meinte, man dürfe sich heute »der vollzogenen Tatsache der gewaltsamen Begründung des großdeutschen Reiches gegenüber nicht reaktionär« verhalten (»Österreichs Ende«, »Der Kampf«, April 1938).

Gesamtdeutsche Revolution, so lautete das Ziel Otto Bauers. Es richtete sich explizit gegen die Konzeption einer österreichischen Nation, die von den Kommunisten seit 1936 vertreten wurde. Im Zusammenhang mit der Volksfronttaktik entwickelt, sollte das neue nationale Konzept der Kommunisten dazu dienen, ein breites Bündnis gegen den deutschen Faschismus zu schaffen, ein Bündnis, das auch Katholiken und Monarchisten einbegreifen konnte; Schriftsteller wie etwa Joseph Roth, ein großer Verehrer der Habsburger, und Karl Kraus, der bekanntlich in den letzten Lebensjahren mit dem Austrofaschismus als dem »kleineren Übel« sympathisierte, sollten darin Platz finden. In den Artikeln, die Alfred Klahr – der wenig später von den Nationalsozialisten ermordet wurde – hierzu 1937 in »Weg und Ziel«, dem theoretischen Organ der Kommunisten, veröffentlichte, wurde der »Pangermanismus« von Otto Bauer scharf kritisiert; auch die unhistorische Auffassung des Begriffs der Nation wies Klahr zurück. Aber obwohl die mystifizierende Rede von der Schicksalsgemeinschaft desavouiert wurde, übernahm man doch deren geheimen Sinn: die stillschweigende Abstraktion vom Staat. Klahr stützte sich auf die nichtssagende Definition, die Stalin 1912 (in *Marxismus und nationale Frage*) gegeben hatte und die doch nichts anderes war als eine Dublette der Bauerschen Schicksalsgemeinschaft: »Die Nation ist eine historisch entstandene, stabile Gemeinschaft der Sprache, des Territoriums, des Wirtschaftslebens und der in der Kulturgemeinschaft zum Ausdruck kommenden Geistesart.«

Der Begriff der Nation zielt stets auf einen Staat, der bereits geschaffen oder noch zu schaffen ist; er interpretiert alle Ereignisse in Geschichte, Ökonomie und Kultur in Hinblick auf diesen realen oder imaginären Zielpunkt. Ist es bei Bauer Großdeutschland, unter dessen Maßgabe er etwa die Germanen beschreibt, so ist es bei Alfred Klahr oder dem KPÖ-Theoretiker Ernst Fischer Kleinösterreich, auf das die Fluchtlinien aller Ereignisse, die jemals auf dem Boden des heutigen Österreichs stattfanden, ausgerichtet werden. Die geographische Ausdehnung des Staats der Gegenwart oder der erhofften Zukunft wird also auf die historischen Landkarten projiziert: Eva Priester beginnt ihre im englischen Exil geschriebene *Kurze Geschichte Österreichs* darum mit der Römerzeit: Die ersten Österreicher, die sie sich ausmalt, lebten in den Provinzen Pannonien, Noricum und Illyrien – nicht in Germanien, wie Otto Bauer meinte – , und jedes reaktionäre Schulgeschichtsbuch der Zweiten Republik wird der Kommunistin darin folgen.

Da aber die Betrachtung der wirklichen Geschichte eine solche Teleologie ohne phantastische Verzerrungen kaum zuläßt, konzentrierte man sich mit Vorliebe auf die Kultur: Symphonien (Schuberts »Unvollendete«), Theaterstücke (Hofrat Grillparzer und Hanswurst Nestroy) und Architektur (namentlich die Barockkirchen, die überall im Lande wie Gluckhennen herumsitzen) bildeten jene knetbare Masse, aus denen die unentbehrlichen Nippesfiguren für die Ausstattung der Nation geformt wurden. Wir haben, schrieb Alfred Klahr, »die eigene, spezifisch österreichische Kultur, die aus den besonderen österreichischen Lebensverhältnissen erfließt und ihrer Verwurzelung im Volke nach stark ins Gewicht fällt. Es gibt auf allen Gebieten der Kunst eine Reihe von Männern, die auf keinem anderen als österreichischem Boden denkbar sind, die in ihrem Schaffen spezifische österreichische und keine andere Eigenart des nationalen Charakters verkörpern« (»Weg und Ziel«, April 1937).

Unbewußt der nationalen Eingebung gehorchend, überging man dabei etwa die Tatsache, daß sich Mozart durchaus als Deutscher verstand und Grillparzer und Nestroy sich als Wiener und nicht als Österreicher fühlten. Mitunter verhalf die Orientierung auf eine österreichische Nation tatsächlich zu einem besseren Verständnis einzelner Perioden und Werke, ja bildete sogar den Anstoß, manches überhaupt erst zu entdecken, das der Ignoranz des Agitprop und des Deutschnationalismus zum Opfer gefallen war. Was das Konzept einer österreichischen Nation überdies politisch akzeptabel erscheinen läßt, ist wohl auch, daß es die Rassenideologie gleichsam ausdünnt: Die Abkunft von einer »germanischen, arischen Rasse« wird systematisch dementiert und niemand konnte sich offenbar dazu versteigen, daß die Österreicher eine eigene »Rasse« wären.

Vielleicht hat die österreichische Volksfront überhaupt nur einmal wirklich existiert: am Grab Joseph Roths. Auf einem Pariser Friedhof versammelten sich im Mai 1939 tatsächlich Monarchisten und Kommunisten, Ostjuden und Katholiken – und es wird berichtet, daß sowohl das Zusammentreffen der Delegierten Otto von Habsburgs mit Kommunisten wie Bruno Frei und Egon Erwin Kisch, als auch das der hebräisch betenden Juden mit dem das Begräbnis zelebrierenden katholischen Geistlichen nicht ohne Spannungen verlief. Für die ins Exil Getriebenen mußte der Gedanke an eine Nation jedenfalls etwas Tröstliches haben; die Erinnerung an das Verlorene wurde darin, wenn auch ungenau, zusammengefaßt, das Gefühl des Verlustes erhielt einen politischen Namen, der sich bei jeder Gelegenheit aussprechen ließ, der Glaube an eine mögliche Rückkehr und das Vertrauen auf die Anti-Hitler-Koalition wurden gefestigt.

Fatal an der Taktik der Nation war zunächst, daß sie einer falschen oder verfälschenden Einschätzung der Lage in Österreich Vorschub leistete: Der Widerstand der Bevölkerung gegen den »Anschluß« wurde maßlos überschätzt, die aktive Teilnahme am Nationalsozialismus der Mehrheit der österreichischen Bevölkerung systematisch ignoriert. Kurz nachdem Hunderttausende Wiener am Heldenplatz gejubelt hatten und in ausgelassener Stimmung die Juden dazu gezwungen worden waren, die Gehsteige mit Säure aufzuwaschen, schrieb der Vorsitzende der KPÖ, Johann Koplenig, in der »Basler Rundschau« (24. März 1938): »Das österreichische Volk ist brutal vergewaltigt worden. Das Dritte Reich hat das österreichische Volk nicht gewonnen, sondern es hat ihm durch die Gewalt der Bajonette, Kanonen und Bombenflugzeuge seine Fremdherrschaft aufgezwungen.«

Diese unsagbar wohlmeinende Haltung gegenüber dem »österreichischen Volk« änderte sich auch kaum während der siebenjährigen nationalsozialistischen Herrschaft in Österreich: Noch 1945 postulierte Ernst Fischer in seiner Schrift *Die Entstehung des österreichischen Volkscharakters*: »Das österreichische Volk stand Deutschland mit frostiger Gleichgültigkeit gegenüber. Diese Gleichgültigkeit wurde zur leidenschaftlichen Abneigung, als Hitler zur Macht kam. Die Volksmassen waren bis zum Einmarsch der deutschen Panzerarmee bereit, Österreich mit der Waffe in der Hand gegen Hitlerdeutschland zu verteidigen.« Als das Selbstbestimmungsrecht des österreichischen Volks durch die Fremdherrschaft der Alliierten endlich realisiert werden konnte, wurde zwar bald spürbar, wem die frostige Gleichgültigkeit und schließlich leidenschaftliche Abneigung galt: Die Kommunisten erhielten bei der ersten Wahl knappe fünfeinhalb Prozent. Die nationale Ideologie aber sponnen sie fort. Je weniger Einfluß sie hatten, desto blumiger ihr Pathos: »Unser vollkommenstes österreichisches Werk war bisher eine Unvollendete Symphonie. Vollenden wir in Freiheit, Frieden und nationaler Entschlossenheit die Symphonie des Österreichertums«, schrieb Ernst Fischer.

Vollendet aber wurde die Verharmlosung des österreichischen Anteils am nationalsozialistischen Massenmord, und zwar durch die Integration der Nazis ins neue Gemeinwesen: »Politik der Rache ist immer schlechte Politik ... Eine unabänderliche Spaltung des Volkes in österreichische Vollbürger und gebrandmarkte Mitläufer der Nazipartei wäre verhängnisvoll« (»Neues Österreich«, 20. Juni 1945). – »Die verbitterten Opfer des Faschismus müssen verstehen, daß es ein Wahnsinn wäre, 500.000 ehemalige Nationalsozialisten aus Österreich zu verjagen oder sie dauernder Verzweiflung preiszugeben« (»Neues Österreich«, 27. März 1946). Es ging natürlich um die Stimmen der »Ehemaligen«, die von Fischer hier gekeilt werden sollten, wobei anzumerken ist, daß er und die KPÖ im Vergleich zu den anderen Parteien – einzelne Politiker ausgenommen – gewiß noch am entschiedensten für die Entnazifizierung eintraten. So entgingen also die österreichischen Nazis der dauernden Verzweiflung und erklommen überall in den Ämtern und Universitäten, an den Dirigentenpulten und auf der Theaterbühne, in den Unternehmen und Parteien die von ihnen angestrebten Positionen.

Jahrzehnte später vereinigten sich in merkwürdigen Affären das österreichische und das deutsche Nationalgefühl aufs Neue – zum Schrecken des Auslands, das an die Rolle Österreichs als erstes Opfer des Nationalsozialismus fest geglaubt hatte. Die Leiche im Keller begann zu stinken. In den Diskussionen um Kurt Waldheims Wahl zum Bundespräsidenten flog auf, was die Freundschaft des ehemaligen Widerstandskämpfers und damaligen Bundeskanzlers Bruno Kreisky mit dem ehemaligen Waffen-SS-Mann und damaligen FPÖ-Obmann Friedrich Peter noch verstecken konnte: daß Österreich immer eine deutschösterreichische Nation geblieben ist. Der wahrhafte Österreicher, mit dem die Mehrheit sympathisierte, hatte vor 1945 seine Pflicht als Deutscher erfüllt und war sichtlich stolz darauf. Die kommunistischen Patrioten waren nur die Stuntmen im nationalen Filmepos, dessen Hauptrollen mit Männern wie Kurt Waldheim besetzt wurden.

Die Leiche im Keller, die mittlerweile diskret und mit einem unnachahmlichen Grinsen aus dem österreichischen Haus entfernt wurde, hatte die Linke in der nationalen Frage noch nicht wirklich gespalten, obwohl die Stellungnahme der Sowjetunion – der eigentlichen Schutzmacht der österreichischen Nation – für Waldheim als befremdlich registriert worden ist. Erst nach dem Zusammenbruch dieser Schutzmacht wurde die Nation zum Zankapfel der Linken, wobei sich die Fronten anläßlich der Diskussionen um das EU-Referendum deutlich abzeichneten. Der Riß geht quer durch die winzig gewordene KPÖ, deren Führung wieder einmal einen taktischen Eiertanz vollführen muß; hier stehen sich die alten patriotischen Widerstandskämpferinnen und -kämpfer sowie meist junge linksradikale Studentinnen und Studenten gegenüber. Die einen sind mit Recht stolz auf ihre heroische Vergangenheit und fühlen sich plötzlich als »nationale Wurzelseppen« hingestellt; die anderen wollen mit guten Argumenten zu Rosa Luxemburgs Internationalismus zurückkehren und werden dafür von den Patrioten als »weise linke Edelknaben« verspottet.

Denkbar wäre in diesem Land allenfalls eine Art negativer Verfassungspatriotismus – ein Staatsvertragspatriotismus, der die Parteinahme für den österreichischen Staat einzig und allein aus der Schwächung Deutschlands ableitet. Die für das übernächste Jahr angedrohten 1.000-Jahr-Feiern (vor 1.000 Jahren wurde der Name »Ostarrichi« zum erstenmal erwähnt) werden ohnehin alles der Lächerlichkeit preisgeben, was nicht mit dem Widerstand gegen den Nationalsozialismus zu tun hat – im Sinn etwa von Rudolf Burgers Aperu: »Seit noch nicht einmal fünfzig Jahren gibt es ein tausendjähriges Österreich.«

Gerhard Scheit schrieb in KONKRET 7/94 über die philosophischen Grundlagen der PC-Bewegung

Konkret 10/94, S. 37

Horst Tomayer

Tomayers ehrliches Tagebuch

Oktober 74. Eine im Besitz eines Zuhälters von dessen Dirne ausgeführte Dobermännin schlägt ihre Schnauze, mit der sie sich vorher durch einen Müllcontainer gewühlt hat, in meinen Arsch und verletzt mich zutiefst. Wie jedes Jahr so auch heuer eine wenn schon nicht der Eliminierung, so doch der Vererträglichung des Traumas dienende Endreimabrechnung mit der Scheißbeißerhalterei.

Votum contra Canem

Nur der ichschwache, in den unbeatmeten BefehlGehorsamFilz verwobne Zwangscharakter hält sich den **Hund**

Für einen blödsinnsresistenten Menschen gibt es hiefür nicht geringsten **Grund**

Der freie, aus der Ewigkeit in die Nanosekunde seiner einmaligkostbaren Existenz glücklich gefallne Mensch verachtet diesen trinitinen **Stuß**

a) Ja wo isser denn b) Da geh her c) Bei **Fußßß**

Für den niemand untertanen Autonomen, der sich selbst **bestimmt**

Kommt nicht in Frage, daß sich da andauernd was mit eingezognem Schwanze vor ihm **krümmt**

Der freie Mann blickt furchtlos gerne in die Augen einer seelisch tiefgefrornen **Frau**

Jedoch er haßt des Hundes hündisches **Geschau**

Filetrind, Schnitzelkalb und Babysteinbutt, Lederkroko, Schenkelfrosch und **Honigbiene**

So manches Tier schlägt aus dem Menschen zum **Gewinne**

Und reichlich dies und nicht zu **knapp**

Der Hund jedoch, er liefert nur Geräusche, Flöhe, Bisse, das Verdaute und – das unterm Himmel Schäbigste: Gehorsam **ab**

Es gibt sehr viel zu sehen auf dem Erdenrunde, das das Bild vom Ebenbilde Gottes nicht grad **ziert**

Doch keines gleicht dem schwachen Bilde jenes Menschen, der einen Köter an der Endlosleine über eine zugeschissne Wiese **führt**

Statt mit Wasserfarben zu malen, die Gefängnispatenschaft für eine Gattenmörderin zu übernehmen oder an der FernuniversitätHagen/Westfalen die Weltkrieg-I-Schuld-Frage zu **studiern**

Einen Köter zwomal täglich **»gassiführn«**

Ist gewißlich nun doch über alle **Maßen**

Nicht zu **fassen**

Aber erst die auf allen **Fernsehkanälen**

Wi der lich sabbelnden Züchterkreaturen, die einen mit ihrem dosengepäppelten Welpenlaich aufs sentimentalischste **quälen**

Runden die **Schande**

In diesem **Kindertotschlagshundehalterlande**

Was sei der Hund, freilaufend oder **angeleint**

Im Sturme gar – des Menschen bester **Freund**

Es singt und klingt nichts Dämlicheres weit und **breit**

Als solche sprichwörtliche **Dämlichkeit**

Neinnein, es gilt der Satz, der mich noch nie **gereut**

Der beste Freund des Menschen ist die **Einsamkeit**

Er ist auf den weltbedeutenden Brettern wie auf dem Cinema- und TV-Serien-Set zuhaus. Er singt wie Sinatra, stept wie Astaire, reitet wie der Teufel, fährt einen Stiefel wie rasant. Als Todfeind von Schnaps und Tabak gilt all seine Liebe (seine Hobbies sind der verordnete Antifaschismus und die Quantenphysik) den Fraun, dem Tannheimer Tal und der Göppinger Hütte. Und – er ist KONKRET-Abonnent der ersten Stunde: der Stuttgarter Douglas Fairbanks junior – Christoph Hofrichter.

In der vorzüglichen, von Felix Huby und Marlies Brommund geschriebenen und von den Spielleitern Wolfgang Panzer und Manfred Stelzer kongenial inszenierten Maultaschen-Saga »Der König von Bärenbach« gibt er an der Seite großer Volksschauspieler wie Walter Schultheiß, Dieter Eppler, Hanns Zischler und Mutter und Sohn Wackernagel den karrieristischen Kleinstadtpolitiker Manfred Schnell zwischen tumb und tough und tückisch, eine Darstellung, die anrührt und überzeugt. Der SDR strahlte den 13-Teiler vor Jahresfrist im regionalen Vorabendprogramm aus und bunkerte die Kassetten danach im Archiv.

Nun spielte Hofrichter seine zweite »Bärenbach«-Rolle, die des Serienanwalts. Ihn dünkte die folklore Beschränkung des Sendegebietes angesichts der in »Bärenbach« investierten künstlerischen Leistungen sowie der acht Millionen Mark Produktionskosten eine TV-betriebswirtschaftliche Beschränktheit. Mit Kohlhaasscher Intendenz drang er, unterstützt von der von ihm argumentativ munitionierten Vierten Gewalt, auf die Intendanz des SDR ein und erreichte, daß die »Bärenbach«-Geschichten nun im Herbst (Start: 31. Oktober, 21 Uhr 45) im 1. Programm zu sehen sind. Verf. d. Zeilen gibt (mit Verlaub) in der Serie einen Blättlejournalisten, der sich so vorstellt:

Ich bin der Journalist Hannes Schäfer // Ich hatte das Zeug zu Enzensbergers »Kursbuch« und zu Egon Erwin Kisch // Doch die Verhältnisse führten mich und mein Pathos // An den Bärenbacher Honoratiorenstammtisch // Hier sitz ich und sorg mich bei Rotem hiesiger Lage wie die Investigationsvorbilder von der »Washington Post« // Bis tief in die Nacht um die Mysterien der Streckenführung der Umgehungsstraße und den Ausschreibungsunterschleif betreffend die Renovierung des Bushaltehäuschens // (Ach, das ist ja intressant, Herr Gemeinderat, Prost!) // Wasserrohrbruch, Bauchtanzkursus an der VHS, Maultaschenwettessen zugunsten geistig Behinderter // Goldene Hochzeit und Elfpfünderhecht // Apotheken- und Zahnarztnotdienst // Jedwedem Geschehen vor Orte // Werd ich zweispaltig mit Bild gerecht // Bärenbach ist mein Kosmos // Der »Bärenbacher Anzeiger« ist mein Brot // Hölderlin und Schubart // Litten größre Not

Sex-Aufklärer Oswald Kolle *(65) erklärte in BILD: »Ich will die Todesspritze.«*

Der Star-Autor (jetzt: »Sylter Geschichten« für RTL) sagt sehr ernst: »Sterbehilfe ist doch das Normalste von der Welt ...« Oswald Kolle war der Sex-Apostel der 60er Jahre (»Das Wunder der Liebe«). Ist er jetzt ein Todesengel? Er sagt: »... In Deutschland ist Sterbehilfe verboten. Hier herrscht immer noch das große Mißverständnis mit dem Begriff ›Euthanasie‹. Er wird für Hitlers Mordmethoden an den Juden gleichgesetzt. Das ist Quatsch. Euthanasie ist nicht Mord, sondern bedeutet das freiwillige Ausscheiden aus dem Leben.« Oswald Kolle plädiert für die Todesspritze, wie sie in Holland verabreicht wird.

Hallo Oswald! Du hast uns in den fünfziger Jahren Scheide und Rohr als Quellen der Körperkultur erschlossen. Vermittelst der von dir uns beigebrachten Kernschmelze der Sinne versetzten wir dem AdenauerElternReschiem den entscheidenden Schlag und wurden, was wir heute sind: freie Geile. Eingeschreint warst du in unser dankbares Herz, aus dem du dich nun selber herausreißest mit diesem kropfüberflüssigunerträglich kindischen, durch alle Sommerlöcher dieser Welt gejagten Dünnpfiff von der euthanasen Dooodesschpriddse. Es ist, als ob der Ochse sich zum Milchen entschlösse, Mona Lisa für Corega Tabs würbe, die Gerade sich krümmete, das Bad das Kind flöhe, ja, Gott, besoffen rauchend und derbei einschlafend, einen Universumsbrand verursachete: Wenn du, Oswald, du großer Ja!Sager zum F....., P....., R....., M....., V..... uns allnun mit der euthanasen Dooodesschpriddse weckerst, nervst und kekst. Oswald! Wir, deine Fäns, warrrnen dich! Laß soffort nach!! Stell augenblicks ein!!! Noch *ein*mal auch nur das Tönchen vom Böhnchen zur euthanasen Dooodesschpriddse, und du brauchst keine; denn *wir* kommen. Und erschlagen dich. Vor deiner Zeit. Dooodesschpriddse. Quatschkopf. Dämlicher.

Konkret 10/94, S. 38

Helmut Ridder, Georg Fülberth

Juristische Weltanschauung und deutsche Lebenslüge

KONKRET-Gespräch mit Helmut Ridder

Prof. Dr. Drs. hc. Helmut Ridder, emeritierter Professor für Öffentliches Recht und Politische Wissenschaft an der Universität Gießen, ist der Weiße Rabe unter den Verfassungsrechtlern seiner Generation. Während er in den fünfziger Jahren mühelos in der Ordinarienuniversität aufstieg, geriet er in gleichem Tempo in Gegensatz zur herrschenden Politik. Die Linke – Gewerkschaften, Kommunisten, Außerparlamentarische Oppositionen – hatte fortan in ihm einen zuverlässigen Partner, aber keinen Kumpan. Wenn er Denkfaulheit, Illusionen, Staatsfrömmigkeit und Sprachschlampereien auch in ihren Reihen kritisierte, hörte man gern höflich weg – aus Bündnisräson. Doch er meinte es ernst. KONKRET hat mit Helmut Ridder ein Interview geführt, das wir in zwei Teilen im Wortlaut veröffentlichen

Zur Person: Geboren 1919 in Bocholt. 1952-1959 Professor in Frankfurt/Main; 1959-1965 in Bonn, seit 1965 in Gießen.

Veröffentlichungen u.a.: Die verfassungsrechtliche Stellung der Gewerkschaften, *1960;* Aktuelle Rechtsfragen des KPD-Verbots, *1966;* Die soziale Ordnung des Grundgesetzes, *1975. Helmut Ridder ist Mitbegründer und Mitherausgeber der »Neuen Politischen Literatur«, Mitherausgeber der »Blätter für deutsche und internationale Politik«, des Alternativkommentars zum Grundgesetz (2. Aufl. 1989) und eines Kommentars zum Versammlungsrecht (1992).*

Politische Tätigkeit: Kuratorium Notstand der Demokratie; 1972-1974 Engerer Vorstand des Bundes demokratischer Wissenschaftler; Auseinandersetzung mit den sog. Berufsverboten; Krefelder Appell. Helmut Ridder war langjähriger Vorsitzender der deutsch-polnischen Gesellschaft der BRD e.V.

konkret: Vor einiger Zeit hat KONKRET von Ihnen einen Korb bekommen. Wir hätten damals gerne von Ihnen gewußt, wie Sie die Kontakte des Grundgesetz-Kommentators Theodor Maunz zu Gerhard Frey, dem Herausgeber der »Deutschen Nationalzeitung« und Chef der Deutschen Volksunion, beurteilen. Sie hielten dieses Thema für unergiebig. Weshalb?

Ridder: Ich hielt es für unergiebig, weil Sie meines Erachtens bei der Fragestellung Opfer bestimmter Spekulationen zur Person und zum Werk von Maunz geworden sind, die nicht zutreffen. Kurz gesagt: Sie glaubten wohl, einem in der Wolle gefärbten Nazi, der bis zu seinem Tod ein verkappter Nazi geblieben ist, postum auf die Schliche gekommen zu sein. Als das Blatt des Herrn Frey seine Enthüllungen lancierte, wurde auch daran erinnert, daß Maunz in den 60er Jahren als bayerischer Kultusminister zurückgetreten ist, nachdem gegen ihn Vorwürfe wegen seiner Publikationen im Dritten Reich erhoben worden waren. Vergessen worden ist dabei, daß Maunz erst eineinhalb Jahre oder vielleicht noch mehr nach diesen Angriffen zurückgetreten ist. Er ist erst dann zurückgetreten, als in der Springer-Presse gegen ihn eine ganz andere Kampagne gestartet worden war. Gegenstand dieser Kampagne war, daß Maunz in seinem Kurzlehrbuch *Deutsches Staatsrecht* (viele Auflagen!) als einziger der Verfasser entsprechender Lehrbücher für Studenten auch das Recht der DDR behandelte. Erst mit diesem Vorwurf, daß er von dem Gänsefüßchenstaat überhaupt handelte (ganz egal, wie), war die berühmte Wellenlänge Rechts gleich Links, also Braun gleich Rot usw. hergestellt und Maunz dann so richtig im Visier, daß er von beiden Seiten her durch die »Mitte« herausgeschossen werden konnte aus seinem Amt. Das gehört zur Vorgeschichte dieses Falles, wie es auch gerade zum Selbstbildnis der BRD in der politischen Rhetorik paßte.

Maunz selbst ist ein völlig unorigineller Kopf gewesen, außerordentlich emsig, karrierebewußt und beflissen, der überhaupt keinen ihn persönlich kennzeichnenden Standpunkt gehabt hat. Ich habe im Jahre (38 als Student bei ihm in Freiburg gehört. Studenten, die ungeniert und unabgehört ihre Meinungen über ihn untereinander austauschen konnten, sagten damals: Maunz, das ist der Fall eines »treuen Hüters der jeweiligen Verfassung«. Das ist eine Adaption nach einem bekannten Thema von Carl Schmitt, das seinerzeit viel erörtert wurde. Ob von dem, was Herr Frey behauptet hat, alles stimmt, scheint mir außerordentlich zweifelhaft zu sein. Wir haben seither nichts gehört. Irgend etwas wird da dran sein, aber daß da ein regelmäßiges Montagskränzchen stattgefunden haben soll, jahraus, jahrein, das halte ich für höchst unwahrscheinlich.

Die Stellung dessen, was Maunz in der staatsrechtlichen Literatur der Bundesrepublik Deutschland geschrieben hat, im Spektrum der »herrschenden Lehre«, könnte man fast als etwa mittel-halblinks bezeichnen. Das entspricht der Herkunft: ein gewisser Positivismus, sogar auf einer gewissen demokratischen Grundlage nach seinem Lehrer Hans Nawiasky, und Maunz hat sich dann jeweils grenzen- und bedenkenlos opportunistisch angepaßt. Im Jahre (44 erreichte er seine stärkste Anpassung an die Position der SS (oberste »Rechtsquelle« ist der »Führerbefehl«, d.h. praktisch auch der vom Apparat bloß behauptete Führerbefehl etcetera). Und nach dem Jahre 1945 kam dann die Anpassung an das, was in der späteren Bundesrepublik der Mainstream wurde. Aber zu seinen ersten lavierenden Anpassungsversuchen gehört beispielsweise eben auch, daß er im Zusammenhang mit dem Verfassungsstreit um Artikel 41 der Hessischen Verfassung, also den Sozialisierungsartikel, für die Hessische Landesregierung ein Gutachten zugunsten der Verfassungsmäßigkeit eben dieses

Artikels 41 gemacht hat. Maunz lag immer richtig. Doch fehlte ihm die Witterung für das Kommende, im Gegensatz zu Carl Schmitt, der der Entwicklung häufig um genau eine Nasenlänge voraus war.

konkret: Maunz lag immer richtig. Aber wie liegen Sie? Solange es ein Grundgesetz gibt, haben Sie den größeren Teil Ihrer Arbeitszeit und Arbeitskraft darauf verwenden müssen, dem Publikum zu erläutern, was in diesem Grundgesetz wirklich steht und was eben nicht drinsteht. Ihre Arbeiten lesen sich wie ein jahrzehntelanger Kampf gegen allerlei Projektionen, die von rechts und links in die Verfassung hinein vorgenommen worden sind. Ist das nicht ein sehr frustrierendes Geschäft?

Ridder: Das ist oft ein frustrierendes Geschäft. Aber es ist auch ein lehrreiches Geschäft, das mich vor dem Ausruhen auf naiven Positionen bewahrt hat. Frustrierend ist es vor allem dann, wenn ich mit denjenigen, die in einem ersten Ansatz, wie man meinen könnte, die Rechtslage so sehen, wie ich sie sehe, in kurzer Zeit über Kreuz komme. Ich meine damit diejenigen Linken, die der juristischen Weltanschauung verfallen sind. Das ist etwas typisch Deutsches. Die Amerikaner haben eine soziologische Weltanschauung, die Deutschen haben eine juristische Weltanschauung. Und diese juristische Weltanschauung wird am meisten kultiviert von den Nichtjuristen. Sie wissen, soweit sie von links herkommen, daß natürlich Recht und Politik stets aufs engste zusammenhängen. Dann gehen sie aber einen Schritt weiter und können Recht und Politik nicht mehr voneinander unterscheiden. Von da an ist der Weg für sie gedanklich frei zur Instrumentalisierung des Rechts und zur Verkennung der zivilisatorischen Kraft des Rechts überhaupt. Daß das Recht diese zivilisatorische Kraft nur haben kann, wenn es wirklich qua Recht nur Form ist und nicht Inhalt, das haben diese Linken nicht begriffen. Methodisch machen sie dasselbe wie die Rechten, nur daß sie die »Stoßrichtung« – ein sehr beliebtes Wort – ändern. Und damit tragen sie dazu bei, daß sie in die Messer hineinfallen, die sie selbst aufgestellt haben.

konkret: Können Sie bitte ein Beispiel geben?

Ridder: Ein großes Beispiel: Der Streit um die sogenannten Berufsverbote. Ich selbst habe in dem Zusammenhang, um den es hier geht, den Begriff »Berufsverbote« nicht gebraucht, der ja durchaus seinen Sinn hat; so kann zum Beispiel einem wegen schwerer schuldhafter Kunstfehler verurteilten Arzt auch die weitere Berufsausübung strafgerichtlich untersagt werden.

Die sogenannten Berufsverbote nach dem Ministerpräsidentenbeschluß von 1972 hingegen machten die Berufsausübung im Öffentlichen Dienst »nur kostenpflichtig«. Die wegen legaler politischer Betätigung zu »Verfassungsfeinden« gemachten Opfer konnten sich durch Verzicht auf jedermann gratis zustehende demokratische Grundrechte »loskaufen«. Die Betroffenen, das war im wesentlichen die DKP und ihr Umfeld, haben nicht grundsätzlich und vor allen Dingen nicht theoretisch gekämpft. Es wurde das dahinterstehende Theorem von der freiheitlich-demokratischen Grundordnung nicht auf die Hörner genommen und in Frage gestellt, durchaus auch wohl aufgrund der Überlegung: »Aber wenn wir dran wären, dann würden wir die andere Seite dieses Berufsverbot schon spüren lassen. Warum? Wir sind doch schließlich viel bessere freiheitliche Demokraten als die.« Schließlich hatten auch die auf eine andere »Stoßrichtung« hoffenden KPD-Grundgesetzväter nichts gegen »streitbare« Aufrüstungen der Verfassung einzuwenden gehabt (an denen die Demokratie zugrundegeht, wenn sie langfristig eingesetzt werden).

Was ist freiheitliche Demokratie? Nichts Liberales. Freiheitliche Demokratie ist weniger Demokratie. Im Namen der freiheitlichen Demokratie werden bestimmte demokratische Institute verkürzt. Im Namen der freiheitlichen Demokratie wird legales Verhalten so behandelt, als ob es illegal wäre. Und das alles wird gestützt auf einige Fundstellen im Grundgesetz, wo die ›freiheitliche demokratische Grundordnung‹ vorkommt und in einem sehr engen Bereich (»Parteiverbot« und »Grundrechtsverwirkung«) und gebunden an strikte verfassungsprozessuale Voraussetzungen Eingriffe erlaubt wurden, was aber alles – ich kann das jetzt nicht näher ausführen – bei der Berufsverbotswelle 1972 ff. nicht gegeben war. Diese Welle diente der auf Bundesebene »regierungsfähig« gewordenen und mehr denn zuvor unter Abgrenzungsneurosen leidenden SPD bei der Bewachung ihres linken Rands.

konkret: Na und? Sie können ja schlecht leugnen, daß die »freiheitliche demokratische Grundordnung« im Grundgesetz drinsteht. Sie ist also ein Teil des Grundgesetzes. Hier handelt es sich eben gerade mal nicht um eine Projektion, die von rechts oder links in die Verfassung hinein vorgenommen wird.

Ridder: Richtig. Da muß man dann aber genauer untersuchen, was das denn überhaupt heißen soll: freiheitlich-demokratische Grundordnung als normatives Verfassungsgebot. Das könnte doch nur dann einen Sinn haben, wenn man in der Lage ist, der freiheitlich-demokratischen Grundordnung eine unfreiheitliche demokratische Grundordnung gegenüberzustellen. Dann ist die Frage, ob es eine unfreiheitliche demokratische Grundordnung geben kann. Daß mit diesem unglückseligen »Freiheitlich« etwas nicht in Ordnung sein kann, das merkt doch schon der mit einem normalen Intelligenzquotienten ausgestattete Grundschüler. Freiheitlichkeit hat mit Freiheit so viel oder so wenig zu tun wie Schönheitlichkeit mit Schönheit. Oder versuchen Sie einmal, einen bayerischen Patrioten davon zu überzeugen, er wäre mit einem Reinheitlichkeitsgebot für Bierbrauen besser bedient als mit dem Reinheitsgebot. Freiheitlichkeit ist eine

pragmatische Freiheit, in der es so viel Unfreiheit geben kann, wie die Staatsräson fordert, um die Sache auf den Punkt zu bringen.

Dieses »freiheitlich« stammt aus der politischen Rhetorik der Nationalliberalen, die sich mit wendehalsiger Fixigkeit an der Ernte aus der bellikosen Reichsgründung von 1871 beteiligen wollten. Den geradlinig Konservativen – eine in Deutschland längst ausgestorbene species – war es wegen seiner Schmuddeligkeit zuwider; im *Stechlin* (1899!) läßt Theodor Fontane den in Rechtschaffenheit verarmenden Dubslav von Stechlin sagen, »freiheitlich«, das sei ihm doch »ein zu dolles Wort«. Es ist in das Grundgesetz hineingekommen durch polemische Auseinandersetzungen schon während der Entstehung dieses Grundgesetzes. Das geschah im Hinblick a) auf die NS-Vergangenheit und b) auf das, was sich abzuzeichnen begann in der SBZ. So heißt es in den ersten Kommentaren auch sinngemäß: Freiheitliche demokratische Grundordnung sei alles das, was wir haben und was sich unterscheidet von dem, was früher bei uns gewesen ist, und von dem, was jetzt drüben sich in der SBZ/DDR entwickelt. Und damit wird aus der fdGO bald ein Synonym für den besitzständischen Status quo des Systems. Ich darf nicht verhehlen, daß mir das erst allmählich aufgegangen ist (wofür ich auch den intelligenten Grundschülerfragen meiner Studenten zu danken habe).

konkret: Da fragt sich aber doch: Wie demokratisch ist denn dann das ursprüngliche Grundgesetz, unabhängig von allem, was nach 1949 daraus gemacht worden ist?

Ridder: Auf jeden Fall ist auch schon dieses ursprüngliche Grundgesetz vom Mai 1949 weniger demokratisch als die ihm seit 1946 vorausgegangenen west- und ostdeutschen Landesverfassungen. Was in Bezug auf die Grundrechte oder in Bezug auf die Wirtschaftsverfassung etwa in der Hessischen Verfassung stand (und übrigens noch steht, aber toter Buchstabe geworden ist), das sind ja Riesenkataloge von Demokratisierungen in Auseinandersetzung mit der Verfassung und der politischen Praxis von Weimar, die sich allerdings noch kaum hatten entfalten können, als das Grundgesetz ihnen wie eine Zwangsjacke übergestülpt wurde, unter der sie erstickten.

konkret: Es markiert also nicht einen hoffnungsvollen Neuanfang, der erst in der Folgezeit vergeigt worden wäre?

Ridder: Nein. 1945 war die Verfassungsfrage offen, weil durch die mit der militärischen Niederlage verbundene Beseitigung des NS-Regimes auch die Chance eines Neubeginns gegeben war. Sie wurde verpaßt. Das Grundgesetz besiegelte die Rückwärtsentwicklung zu der Verfassungswirklichkeit hin, die mit der restaurierten Wirtschaftsordnung gekommen ist. Das ist auch der Sinn des Grundgesetzes. Die Gründung der Bundesrepublik mit dem Grundgesetz war ein sehr erfolgreicher Rettungsversuch für Westdeutschland gegenüber dem, was an demokratischen »Gefahren« in den Landesverfassungen drin war. Ich spreche wohlgemerkt von einem Trend, der im Rückblick immer deutlicher erkennbar wird.

konkret: Sie meinen also, daß schon mit der Schaffung des Grundgesetzes unter den Bedingungen, unter denen sie geschehen ist, eine Gesellschaft, die rechts von den Landesverfassungen von 1946 ff. stand, wieder angefangen hat, Verfassungsrecht zu sich herüber nach rechts zu holen?

Ridder: Ja. Natürlich braucht man auch eine Verfassungsentwicklung, das ist ganz klar. Aber bei uns ist das so verderblich u.a. deswegen, weil bestimmte Dinge im Grundgesetz drinstehen, die eigentlich nicht oder allenfalls ohne rechtsnormativen Rang in einer Präambel stehen dürften, weil es sich um Einfallstore für den Zeitgeist handelt. Die aber deswegen drinstehen, weil die Deutschen erstens (ich wiederhole mich) eine juristische Weltanschauung haben. Vor allem die Politiker, die keine Juristen sind, denen die Jurisprudenz aber zur Hand geht. Und weil die Deutschen zweitens auch noch schulmeisterlich lehrhaft sind. Davon waren übrigens auch diese Landesverfassungen nicht ganz frei, die ich nicht über den grünen Klee gelobt haben möchte. Schauen Sie sich beispielsweise in der Hessischen Verfassung nur mal an, was da steht über die Verabschiedung von verfassungswidrigen Gesetzen. Da steht an einer Stelle der Satz, daß die Errichtung einer Willkürherrschaft, welcher Art auch immer, verboten ist. Da faßt man sich doch an den (hoffentlich erwachsenen) Kopf.

konkret: Wieso?

Ridder: Weil sowas genau so kindsköpfig und geschichtslos konzipiert ist wie ein verfassungsrechtliches Verbot von Revolutionen. Ich bringe jetzt gleich ein einschlägiges grundgesetzliches Beispiel: In dem berühmten Artikel 20 des Grundgesetzes, das habe ich früher etwas positiver gesehen, als ich es heute sehe, steht drin, daß die Bundesrepublik ein demokratischer Bundesstaat ist (=sein soll). Wo finden Sie ein normatives Demokratiegebot in anderen Verfassungen? Wir wollen unseren offenkundigen Demokratiebedarf, dem nur durch demokratische Bewußtseinsbildung grundlegend abzuhelfen ist, also grundlegend durch eine justiziell (= »rechtsstaatlich«) überwachte Erfüllung staatlicher Gebote gerecht werden. Das ist natürlich alles ganz fürchterlich. Und bei der Kontrolle hat dann auch noch die Verfassungsgerichtsbarkeit das praktisch normsetzende letzte Wort. Sie tut das »Demokratieprinzip« in einen großen Topf mit immer mehr Heiligtümern; und dann geht es los: »Ja, das demokratische Prinzip sagt dies, aber das rechtsstaatliche Prinzip sagt das« undsoweiter. Je nach den Erfordernissen des Einzelfalles kann man das eine oder das andere oder noch ein anderes im übergrundgesetzlichen Kosmos der Heiligtümer enthaltenes »Prinzip« siegen lassen. Oder, noch schöner: Es siegt das

Verhältnismäßigkeitsprinzip, das ja auch sprachlich schon ein tolles Stück ist; es siegen die Verhältnisse, die so sind, wie sie sind.

konkret: Jetzt sind Sie inzwischen vom Text des Grundgesetzes zur Tätigkeit des Bundesverfassungsgerichts gekommen.

Ridder: Sicher, geradezu zwangsläufig, denn es spielt in diesem Prozeß der restaurativen Verfassungsveränderung längst eine zunehmend wichtiger werdende Rolle. Seine Methode der Versöhnung von Verfassungsrecht und sogenannter Verfassungswirklichkeit ist ein Erbstück aus der schon vor 1933 kreierten illiberalen »Integrationstheorie« von Rudolf Smend. Das läuft dann so: Zunächst wird immer zwischen Verfassung und Verfassungswirklichkeit eine Mitte gesucht. Auf diese Mitte einigt man sich, man erklärt sie zum Verfassungsrecht. Und im selben Augenblick, wo man sie zum Verfassungsrecht gemacht hat durch die Rechtsprechung, hat sich die gesellschaftliche Entwicklung schon weiter nach rechts verschoben, und schon ist ein neuer Spannungsbogen da. Dann wird von diesem neuen Verfassungsrecht zu dem, was sich weiterentwickelt hat, wieder eine neue Mitte gesucht, undsoweiter. Auf diese Weise entwickelt sich das ganze um die beiden großen »Volksparteien« zentrierende Verfassungswesen, die »Mitte der Verhältnisse«, von links nach rechts. Die Judikatur des Bundesverfassungsgerichts hat dahin geführt, daß wir nach einer Periode sehr zahlreicher förmlicher Grundgesetzänderungen seit einem Vierteljahrhundert nur noch wenige Grundgesetzänderungen gehabt haben. Die restaurativen Verfassungsänderungen organisatorischer Art schließen mit den Notstandsartikeln von 1968 ab. Dann ist das vorbei. Alles das, was organisatorisch änderbar war, ist bis dahin geändert worden im Sinne der weiteren Rechtsentwicklung.

Jetzt hätte man nur noch an die Grundrechte gehen können. Das brauchte man aber gar nicht. Denn die Grundrechte, wie Grundrechte überhaupt, insbesondere aber dann, wenn sie so kurz und allgemein formuliert sind wie im Grundgesetz, die sind ja durch Interpretation relativierbar. Und diese Relativierung der Grundrechte, das ist ein Geschäft, das die unanfechtbare Judikatur des Bundesverfassungsgerichtes übernommen hat, ohne daß das Parlament zu einer in den Text eingreifenden Verfassungsänderung bemüht werden mußte.

Dieses Bundesverfassunggericht ist heute die Inkarnation des Monarchen. Das ist die Fortsetzung des monarchischen Legitimationsprinzips. Das hat doch mit Demokratie nichts zu tun, weil es die Dialektik von richterlicher Gesetzesunterworfenheit und aktueller Weisungsfreiheit beseitigt.

Wenn ich das sage, bin ich mir natürlich darüber im klaren, daß es nicht wünschenswert sein könnte, daß das Bundesverfassungsgericht von einem Moment zum anderen entschwindet. Aber man müßte, wenn man Demokratie will, die Kompetenzen des Bundesverfassungsgerichtes mindestens auf einen Normalstand von Verfassungsgerichtsbarkeit bringen – wie in den USA. Die sind nämlich insofern ein Normalstaat. Da greift das Verfassungsgericht, der Supreme Court, der ein Bestandteil der normalen Gerichtsbarkeit ist, mal ein in wirklich ganz, ganz wichtige, die Nation bewegende Fragen, also z.B. in puncto Rassentrennung, und trifft ad hoc eine Entscheidung, nach der man sich in künftigen Fällen auch faktisch richtet. Und damit hat es sich dann auch. Aber niemals behauptet jemand, daß diese Entscheidung rechtlich mehr als die Entscheidung des vorliegenden Falles ist. Bei uns dagegen gehört das Bundesverfassungsgericht mittlerweile zum täglichen Geschäft des politischen Betriebs, den es einerseits an seine Vorgaben bindet und der andererseits zu ihm seine Zuflucht nimmt, um politische Verantwortung Richtern zuzuschieben, die als solche ja nicht politisch verantwortlich und die unabsetzbar sind.

Erst wenn man diese Alltagspräsenz der Verfassungsgerichtsbarkeit durchlöchert, gelockert, beseitigt hat, kann das parlamentarische Prinzip sich durchsetzen. Wir sind eben keine parlamentarische »bürgerliche« Demokratie. Wir sind es nicht, solange wir diese praktisch allzuständige und immer zuständige Verfassungsgerichtsbarkeit haben.

konkret: Das heißt, was politisch passiert, kann immer wieder mitgesteuert werden durch einen Ersatzsouverän?

Ridder: Ja, und für jede Sache findet sich schließlich jemand, der sie mit der Verfassungsbeschwerde nach Karlsruhe bringt. Es ist etwas anders als in Weimar. In Weimar hatten wir im gleichen Text eine Hauptverfassung und eine monarchische Nebenverfassung. Die Nebenverfassung bestand in dem »Diktaturartikel« 48. Das war immerhin klar und übersichtlich, wurde aber, langfristig eingesetzt, zur Gleitschiene ins Dritte Reich. Diese Nebenverfassung ist bekanntlich für etwa die Hälfte der Zeit von Weimar eingeschaltet gewesen. Da war die Hauptverfassung abgeschaltet. Von einem normalen amerikanischen Rechtsliberalen wie David Riesman kann man lernen, daß Durchbrechungen der Verfassungsnormalität in extremis mal, aber wenn, dann nur ganz kurzfristig, geschehen dürfen. Erfolgen sie permanent, dann ist es mit der Normalität für immer aus. Bei uns nun ist die Verfassungsgerichtsbarkeit, der juristisch-klinische Ersatz für den Diktaturartikel von Weimar, permanent und permanent widersprüchlich mit den grundgesetzlichen Vorkehrungen für eine parlamentarische Demokratie verschraubt. Sie ist sicher ungleich milder als die Notverordnungsdiktatur von Weimar und baut natürlich auch einer Reprise von 1933 vor. Aber sie verrammelt auch das Tor zur lebendigen Demokratie und verschafft dem monarchischen Legitimationsprinzip apokryph die Oberhand.

konkret: Das heißt, das Bundesverfassungsgericht tritt an die Stelle des Reichspräsidenten mit seinem Artikel 48?

Ridder: Ja, das kann man in einer gewissen Weise sagen.

konkret: Was macht in einer solchen Situation eigentlich ein demokratischer Verfassungsrechtler? Ist er nicht mit seinem Latein am Ende und müßte demokratischer Revolutionär werden?

Ridder: Naja, also erstens bin ich ja Lehrer. Als Lehrer bin ich hinreichend mit Aufklärung beschäftigt und mit dem Nachweis, wie weit dieselbe hinter der Postmoderne der »FAZ« zurückgeblieben ist. Ich bleibe lieber präpostmodern. Ich lasse mich nicht von der Ansicht berauschen, daß die Dinge deswegen, weil sie so sind, wie sie sind, deswegen auch rechtens so sind. Ich bestreite, daß es zu der vorhandenen Realverfassung, wie sie gerade ist, keine Alternative geben kann, die auch verfassungsmäßig wäre. Das zu zeigen ist jetzt wieder sehr schwierig. Denn es gab und gibt im Bannkreis der Juristischen Weltanschauung viele Gutmeinende, die, wie einst schon Adolf Arndt, der große Advokat in den frühen Jahren der BRD, meinen, das Grundgesetz müsse »erfüllt« werden. Was heißt denn das? Was zum Beispiel das Verhältnis von sogenannten Arbeitnehmern und Arbeitgebern angeht, gilt Art 9 Abs. 3 GG als »erfüllt«, wenn die Tarifautonomie gewahrt ist, die in Art. 9 Abs. 3 mit diesen Worten übrigens nicht einmal drinsteht. Basta. Darf man über eine alternative »Erfüllung« nicht einmal mehr nachdenken? Dann tritt die »Erfüllung« (auch »Konkretisierung« genannt) definitiv an die Stelle der Norm; aber Normen müssen befolgt, jedoch nicht »erfüllt« werden. Da werden Alternativen verhindert – ein Vorgang, dem die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts immer wieder Vorschub leistet.

konkret: Das heißt, Sie interessiert das Grundgesetz als Form, in der man sich frei bewegen kann, und nicht, was innerhalb dieser Form passiert.

Ridder: Sagen wir so: Für mich bleibt auch das Grundgesetz, wie noch 1929 für meinen väterlichen Freund Otto Kirchheimer die Reichsverfassung, ein »Buch der Möglichkeiten«, die nicht obsolet werden müssen, aber nicht wahrgenommen werden können, wenn a-historische Revolutionsphobie den Blick dafür verstellt, daß die »klassischen«, »bürgerlichen« Demokratien des Westens auf dem revolutionären Bruch mit dem monarchischen Legitimationsprizip gründen.

konkret: Der Zusammenhang von Eigentumsordnung und Demokratie beschäftigt Sie offenbar wenig, oder irre ich mich da? »Kapitalismus muß weg« – so skandierte der SDS im Mai 1968 in Ihrer Anwesenheit im Bonner Hofgarten. Ihr Ding war das offensichtlich nicht, oder?

Ridder: Das interessierte mich unter anderem deswegen wenig, weil diese Perspektive aus einem Wolkenkuckucksheim kam. Da hielt ich es doch für sinnvoller, mir Gedanken über die Voraussetzungen von Demokratie unter den Bedingungen einer kapitalistischen Wirtschaft zu machen. Demokratie kann es nur geben in einer Gesellschaft, aus deren Kollektivbewußtsein eine Größe ausgeschaltet ist, die bei allen Deutschen, Linken und Rechten, ihr verhängnisvolles Unwesen treibt. Das ist der Staat. Das ist die Idee von einem zeitlos und kontinuierlich auch den wechselnden politischen Systemen vorgegebenen und somit nach innen »souveränen« Staat, dessen Gewalt (oder »Prärogative«) von den Verfassungen nur begrenzt, aber nicht konstituiert wird. Typisch deutsch ist also das antirevolutionäre Märchen vom sogenannten Gewaltmonopol des Staates. Herr Schily hat sich bei den Grünen so lange unwohl gefühlt, weil die in dieser Frage keinen klaren Standpunkt hatten, und landete folgerichtig bei den Sozialdemokraten, die das Gewaltmonopol des Staates bejahen, deshalb mit Recht zu den »staatstragenden« Parteien gezählt werden und sich schon in Weimar zu Tode geschämt hätten, wenn der 9. November 1918 als revolutionärer Beginn der Republik gefeiert worden wäre – wie der Sturm auf die Bastille in Frankreich, die gewaltsame Trennung der USA von der kolonialistischen Metropole und die Kapitulation der Monarchie in England vor der »Glorreichen Revolution« parlamentarischer Kräfte.

Das ist doch ein ungeheuerliches Ding, dieses Gewaltmonopol des Staates. Wo steht denn das? In der Rechtsordnung steht nur, daß bestimmte Instanzen und bestimmte Personen unter bestimmten Voraussetzungen Gewalt anwenden dürfen. Jeder darf Gewalt anwenden, zum Beispiel als Notwehr. Eltern dürfen gegenüber ihren Kindern in einem bestimmten Umfang Gewalt anwenden. Wenn mir jemand was wegnimmt, dann darf ich den auf frischer Tat verfolgen, um ihm das wieder abzunehmen, was er mir weggenommen hat, auch dann übe ich eine Form von Gewalt aus. Und das sind alles Fälle von rechtlich erlaubter und in ihrem Umfang rechtlich geregelter Gewaltausübung. Aber hinter der erpresserischen Gretchenfrage nach dem Gewaltmonopol des Staates steckt, der ideologischen Inquisition meist nicht einmal bewußt, der monarchische Mythos von einem über dem Recht stehenden Staat. Und der steckt zum Beispiel dahinter, wenn die Deutschen mit dem Phänomen des Individual-Terrorismus umgehen. Da hat also ein Individualterrorist irgendeine Gewalttat begangen wie Mord, Totschlag, räuberische Erpressung oder was sonst. Was wirft man dem vor? Dem wirft man nicht nur vor, Mord, Totschlag und so weiter begangen zu haben. Die dröhnende politische Rhetorik wirft ihm zusätzlich vor, einen »Angriff auf den Rechtsstaat« geführt zu haben, als ob nicht schließlich jeder, der sich dem Gesetz nicht fügt, also das Gesetz bricht, eo ipso einen Angriff auf den Rechtsstaat führte. Dem Individualterroristen wirft man (ohne es zu artikulieren) in Wahrheit vor, daß er dem Staat das Gewaltmonopol streitig macht. Aber diese politische Sünde ist kein Delikt des deutschen Strafgesetzbuches, das gibt es in keinem Strafgesetz als Delikt. Der Individualterrorist tritt als Rivale des Staates auf und wird damit rechnen können, daß ihm das einen Zuschlag beim Strafmaß einträgt. Was ist das für ein »Rechtsstaat«, zu dessen Staatsgütern das rechtlich gerade nicht geschützte staatliche Gewaltmonopol gehört?

konkret: Seit Jahrzehnten sind Sie auch ein praktischer Politiker. Aber Sie blieben immer in außerparlamentarischen Bewegungen, die allesamt ihr jeweils aktuelles Ziel nicht erreicht haben. Sie sind ein Abweichler im Verhältnis zur offiziellen Politik. Wann begann für Sie diese Abweichung? Was trieb Sie, und was treibt Sie?

Ridder: Die Abweichung beginnt erst nach der Gründung der Bundesrepublik und fällt unter die ersten vier Jahre einer bundesrepublikanischen Regierung. Mich empörte am meisten die kühle, zynische und hinterhältige Hinwendung Adenauers zur Wiederbewaffnung, die alsbald vom »Korea-Schock« profitieren konnte. Hintenrum, über die Bonner und Pariser Verträge, auf einem trickreichen Weg der Annahme dieser Verträge, ist die Wiederbewaffnung als »Wehrbeitrag« zu einem Bündnissystem zustandegekommen, welch letzteres zwar von der oppositionellen SPD, die jedoch ihre prinzipielle Zustimmung zur Wiederaufrüstung auch schon 1950 durch Kurt Schumacher verklausuliert kundgetan hatte, abgelehnt wurde. Theodor Maunz, um noch einmal auf ihn zurückzukommen, schrieb übrigens damals – wie viele andere hatte er die »Erdrutschwahlen« des Jahres 1953 nicht vorausgesehen – , man müsse angesichts der zur Wiederbewaffnung praktizierten Methodik »schamrot« werden.

Ihre Bemerkung, daß das Meiste von dem, wo ich mitgewirkt habe, keinen Erfolg hatte, ist falsch. Das Meiste hat Erfolg gehabt, und oft sogar sehr großen. Ich nenne nur die Kampagne gegen die Notstandsgesetze und die Notstandsverfassung in den sechziger Jahren. Da hat die Opposition schon gleich am Anfang Erfolg gehabt. Die 1958 erstmals publizierte ursprüngliche Absicht von Gerhard Schröder, dem damaligen Innenminister, war nämlich eine Neuauflage von Artikel 48 WRV, die wiederum, während das Kriegsgespenst an die Wand gemalt wurde, ein handliches Mittel zur Bekämpfung innerer Notstände im Frieden werden sollte. Bündniskonstellationen, die der Aufmerksamkeit anderer zu verdanken waren, wurden mir sehr hilfreich, so etwa eine Verbindung mit der Vereinigung Deutscher Wissenschaftler. Von ihr bin ich damals darauf gestoßen worden, was da anlief; ich selbst hatte das Heraufziehen der Gefahr geradezu verschlafen. Und siehe da: Die ursprüngliche Idee Schröders war alsbald tot. Alles andere, was danach von Regierungsseite kam, diese immer neuen »Formulierungshilfen« aus dem Innenministerium, das waren über Jahre sich hinziehende Rückzugsgefechte, defensive Versuche, die Scharte auszuwetzen, die dadurch entstanden ist, daß die Idee, einfach den Artikel 48 in einer modischen Verkleidung wieder herzustellen, schon gescheitert war. Die erste Etappe des aktiven Widerstands gegen den reaktionären Vorstoß war damit, noch bevor es mit Unterstützung der Gewerkschaften und der akademischen Jugend zu Massendemonstrationen hatte kommen können, erfolgreich abgeschlossen.

In der zweiten Etappe, an deren Ende die von Ihnen erwähnte Kundgebung im Bonner Hofgarten liegt, mußte versucht werden, den Ersatz für die torpedierte Erneuerung des Art. 48 unschädlich zu machen, dem zuzustimmen die in eine Bundesregierung der Großen Koalition integrierte SPD wild entschlossen war, um letzten Zweifeln an ihrer »Regierungsfähigkeit« auf Bundesebene zu begegnen. Auch das ist gelungen, und zwar, wie wenig bekannt ist, u.a. mit Hilfe der parlamentarischen Opposition in Gestalt der FDP, deren Existenz unter der Koalition der beiden »Volksparteien« zeitweilig am seidenen Faden hing, gab es doch Pläne, ihr das Lebenslicht durch ein auf Personenwahl umgestelltes Wahlrecht auszublasen. Es hat sich für sie gelohnt, sie konnte die Gefahr hinter sich lassen und sich in Kürze zum Kippschalter zwischen den »Volksparteien« entwickeln. Aber es hat sich auch sub specie der Demokratie gelohnt. Denn der Ersatz war nur noch ein »Verteidigungsfall«, für den er im übrigen wegen seiner Kompliziertheit unbrauchbar ist und für den vorzusorgen nicht das primäre Anliegen der Befürworter gewesen war. Kann man das Ganze nicht einen Erfolg nennen? Auch wenn es den Protestierenden nicht gelungen ist, das ganze Thema vom Tisch zu kriegen? Der Erfolg einer Widerstandsbewegung bemißt sich nicht nach der Differenz zwischen den von ihr proklamierten aktuellen Zielen und dem am Ende Erreichten, sondern zwischen dem Erreichten und dem, was ohne Widerstand mit hochgradiger Wahrscheinlichkeit eingetreten wäre.

Teil II erscheint im nächsten Heft

Konkret 10/94, S. 44

Kunst & Gewerbe

Just Shoot It

Nachdem er zu seinem Achtzigsten denn doch noch ins Pantheon der bedeutenden Schriftsteller des 20. Jahrhunderts aufgenommen worden ist, tat er wiedermal genau das Richtige: Der amerikanische Schriftsteller William Burroughs hat sein Image an die coolste Erscheinungsform des Kapitalismus verkauft. Das nennt man Synergie. Nike wirkt dadurch noch cooler, und Burroughs bringt sich bei der MTV-Generation ins Gespräch, wo er er besser aufgehoben ist als bei den alternden Nonkonformisten, die zwar nie inhaliert haben, aber im Ausnahmezustand zu Hause sein wollen. Just Shoot It.

Aus der Pißrinne

Unter der Überschrift »Die Schlechtwetterpartei« wußte im Feuilleton der »Frankfurter Allgemeinen« einmal mehr Peter »Der Kronzeuge« Schütt Neuestes von der Deutschen Kommunistischen Partei zu berichten. Das Beruhigende an Schütts Stück Scheiße ist dabei der Nachweis, daß Schütt in dieser schnellebigen Zeit eine der wenigen verläßlichen Größen ist.

Saß er früher auf dem Schoß von Herbert Mies, so sitzt er heute auf dem seiner momentanen Ernährer, und wie einst den Chefideologen, so plappert er heute dem Herausgeber nach: »In seinem Beitrag ›Neuestes Deutschland. Die Linke triumphiert im Kulturkampf‹ (F.A.Z., 22. Juli 1994) hat sich Frank Schirrmacher detailliert mit der kulturpropagandistischen Offensive der PDS auseinandergesetzt.« Das ist – mutatis mutandis – ein lupenreiner Einstieg für einen Grundsatzartikel im »kürbiskern«.

Das Verhältnis von KONKRET zur DKP allerdings wird Schütt wohl nie kapieren. In der »FAZ« behauptete er nun, KONKRET operiere »stramm auf Parteilinie« der DKP. Eine Blitzumfrage im Hause ergab freilich, daß niemand auch nur so ungefähr wußte, wo die denn zur Zeit verläuft. Daß die Redaktion dennoch weniger Grund als Schütt sieht, sich von dieser Partei zu distanzieren, mag auch damit zu tun haben, daß KONKRET ihre weisen Ratschläge bereits früher zurückgewiesen hat: Etwa 1976, als das Mitglied des Parteivorstands der DKP, Peter Schütt, uns ins Stammbuch brabbelte: »KONKRET kann nur dann zu einer Plattform der Linken werden, wenn es die DKP gleichberechtigt in die Auseinandersetzung einbezieht ... In der DKP gibt es keine Tabus, da zählen keine Glaubensbekenntnisse und Kunstdruckbroschüren, sondern die besseren Argumente.«

Mitteilung

Unter der Schirmherrschaft des Zeichners und Professors für Karikatur F.W. Bernstein fand am 21. August 1994 im Hotel »Ambiente«, 07973 Greiz, die öffentliche Gründungssitzung der Internationalen Eugen-Egner-Gesellschaft (IEEG) im Beisein Eugen Egners statt. Gründungsmitglieder sind u.a. Michael Sowa (Berlin) als künstlerischer Berater, Gotthard Brandler (Greiz) als Ausstellungsberater, Gerhard Henschel (Frankfurt) als Schatzmeister, Susanne Fischer (Hohne) als Pressesprecherin, Friedrich Forssman (Kassel) als Schriftwart, Axel Scheffler (London) als Repräsentant für das Commonwealth, Rotraut Susanne Berner (Heidelberg) als Protokollchefin sowie Dieter Steinmann (Pirmasens) und Bernd Rauschenbach (Eldingen) als Semi-Präsidenten.

Die Gesellschaft betrachtet es als ihre Aufgabe, das Werk des Wuppertaler Zeichners, Cartoonisten und Schriftstellers Eugen Egner (geboren 1951) durch Publikationen, Vorträge, Symposien und Ausstellungen zu fördern und zu verbreiten.Anfragen und Beitrittsgesuche sind zu richten an die Kanzlei der IEEG, c/o Wave, Höfelsgasse 7, 66953 Pirmasens.

Gemeingefährliche Grüne

Pünktlich zu den Wahlen zum Deutschen Bundestag bringt der Fiu-Verlag ein Buch heraus, das sich mit den Grünen Petra Kelly, Gert Bastian und Joseph Beuys beschäftigt. Die Diskussion um die national-sozialdemokratische PDS brachte es mit sich, daß über die Ökopartei in jüngster Zeit nicht allzu viel gesagt wurde. Umso mehr Dank gebührt den Herausgebern von *Diese Nacht, in die die Menschen...* (Fiu-Verlag 1994, 148 Seiten, 28 Mark) dafür, noch einmal auf die Gemeingefährlichkeit der Grünen hinzuweisen.

Anhand von vier Texten und diversen Bildern wird bewiesen, daß die »geistige Verbundenheit« mit jener Partei oder gar eine Mitgliedschaft stets ärgerliche Spätfolgen zeitigt: Als hätten es die Grünen darauf abgesehen, den Kadaverameisen genügend Vollwertkost aufzutischen, brachten sie zunächst ihren Genossen Joseph Beuys und ein paar Jahre später ihre Kameraden Petra Kelly und Gert Bastian unter die Erde.

Im Beitrag »Die Symmetrie« schreibt Johannes Stüttgen über das Ableben Petra Kellys: »Petras Ideal der reinen Menschlichkeit war identisch mit ihrer eigenen Person; dies machte ihre Glaubwürdigkeit, ihre Wärme und ihr Charisma aus. Das strahlte weltweit.« War die reine Menschlichkeit erst einmal abgemurkst, ging auch die Strahlung flöten. Stüttgen resümiert: »Aus dem Blickwinkel des Todes erscheint alles für einen Moment als überschaubare Form.« Philosophie ist, wenn sich alle liebhaben. Grün ist, wer Mitmenschen umschießt: »Gert Bastian war ein Held. Er hatte an der Spitze einer glänzenden militärischen Laufbahn seine Existenz umgestülpt und versucht, das äußere Soldatentum in ein inneres, geistiges zu wenden.«

Es muß die übermäßige Lektüre der Werke Rudolf Steiners gewesen sein, die der Fiu-Verlag ebenfalls vertreibt, welche die Autoren zur Abfassung derart fataler Prosa bewog.

Carsten Otte

Doggy's tale

Nun hat sich Snoop Doggy Dog, umstrittener L.A.-HipHopper endgültig in die Nesseln gesetzt. Auf seiner LP »Doggystale« reimt er nämlich dreist »I used to shoot hoop«, was sich als Basketballspielenkönnen übersetzen läßt, und untermauert diese Behauptung gegenüber der Zeitschrift »Spin« mit dem Hinweis, die Universitäten von North Carolina und UNLV hätten ihm Basketball-Stipendien angeboten. Nun kann man zwar Frauen als Hunde abbilden oder sich in Schießereien verwickeln lassen, ohne befürchten zu müssen, ernsthaft gedisst zu werden, mit Prahlereien über angebliche Dunk-und Dribbelkünste sollte man allerdings vorsichtig sein. Zumal wenn man dabei die Nationalheiligtümer des amerikanischen College-Basketball als Kronzeugen anführt. Von den *Tarheels* und den *Running Rebels* werden nämlich nur die besten, respektive fiesesten Talente rekrutiert, und weder in North Carolina noch in Las Vegas konnte man sich erinnern, jemals eine Einladung an einen gewissen Calvin Broadus abgeschickt zu haben. Schlimmer noch: Sein Sportlehrer an der Long Beach Polytechnic Highschool, der sich immerhin an den schlaksigen Snoop erinnerte, wußte zu berichten, daß Klein Calvin zwar ständig mit dem Schulteam rumgehangen hatte, aber noch nicht einmal einen Freiwurf verwandeln konnte. Wuff.

»KONKRET kann nur dann zu einer Plattform der Linken werden, wenn es die DKP gleichberechtigt in die Auseinandersetzung einbezieht«»FAZ«-Kronzeuge Peter Schütt in KONKRET 12/76

»Stramm auf (DKP-)Parteilinie operiert auch das Kampfblatt KONKRET«Peter Schütt in der »FAZ« v. 30.8.94

Konkret 10/94, S. 46

Georg Seeßlen

Die verigelte Zeit

»Mecki« – Geschichte und Mythologie eines deutschen Archetyps

Mecki war einfach süß und beinahe überall. Einfach süß waren damals alle jene Dinge, die einen seltsamen Schleier von Niedlichkeit und altkluger Modernität über das Aufbaufieber der Nachkriegszeit und die Schatten der nazistischen Vergangenheit legten. Das Wirtschaftswunder war möbliert mit Dingen, die einfach süß waren: Wuschelbären, Gartenzwerge, Schlagersänger, Petticoats und Taschengelderhöhungen um 50 Pfennig. Eine Mecki-Figur von Steiff in der Standard-Ausführung (28 cm) kostete 14,50 Mark, was 1951 eine Menge Geld war, um es für Kinder auszugeben. Aber mindestens eine Mecki-Figur mußte in jedem Kinderzimmer und in vielen Wohnzimmern zu sehen sein; wer eine ganze Mecki-Familie besaß – Mecki, seine Frau Micki, ihren Sohn Macki und ihre Tochter Mucki – , hatte reiche Verwandte und war wahrscheinlich einfach süß. Andere mußten sich mit einer Mini-Ausgabe zufriedengeben, aber ganz ohne Mecki-Figur zu sein, das wäre am Ende der fünfziger Jahre nur in subproletarischer Depravation oder, noch bizarrer, intellektueller Dissidenz denkbar gewesen. Mecki war das Totemtier der Wiederaufbauzeit; wie mußte uns vor jemandem grauen, der den knubbeligen Igel und seine Familie nicht einfach süß fand!

Ein Wettlauf im Lichte des Klassenkampfes

Seinen Ursprung hat die Gestalt des Igels im zerlumpten Gewand, wie wir wissen, in einem der Märchenfilme der Gebrüder Diehl, die in den dreißiger Jahren entstanden. Ob die Geschichte vom Wettlauf zwischen dem Hasen und dem Igel in der Tat, wie die Grimms behaupteten, einem Volksmärchen entstammt, oder ob sie eine Erfindung aus der Zeit der deutschen Kleinstaaterei und des Vormärz ist, sei dahingestellt. Ihre Ikonographie jedenfalls erhielt sie in der Zeit des Biedermeier, und in dieser Bilderwelt steckte keineswegs nur die »zeitlose« Geschichte von der List des Volkes, die sich gegen die Kraft und Anmaßung der höheren Stände durchsetzt, sondern eine, wenn auch undeutliche und fragmentarische, politische und gar sexuelle Metaphorik.

Denn es geht in Wahrheit nicht nur um den Wettkampf zweier Archetypen (zweier Welt-Entwürfe in nicht-revolutionärer Zeit), sondern auch um den Wettkampf zweier Klassen. Der Hase ist Vertreter des in Massen modernisierten Bürgertums, das seine Legitimationen immer noch aus dem Adel schöpft: leistungsfähig und eingebildet, immer schneller, immer weiter, immer höher strebend, aber ohne ein eigentliches Ziel, und übrigens stets geckenhaft übergekleidet, nach englischer Mode gar. Der Igel dagegen repräsentiert das zufrieden arme Landvolk, schon früh geschildert als in recht zerlumpten (aber offensichtlich bequemen) Kleidern, mit Hang zu Korpulenz und Branntwein und eher träg denn eifrig seinen Vorteil suchend. Wie sich der Hase auch anstrengt, der Igel bezwingt ihn im Wettlauf, weil er seine ihm völlig gleiche Frau am Ziel postiert und sie sich als Sieger ausgibt. Die Familie Igel siegt zu keinem anderen Zweck als dem, ihr eigenes, von Branntwein getränktes Leben fortzusetzen, ohne also aus dem Sieg einen historischen oder moralischen Sinn zu gewinnen.

Die Sympathieverteilung war in der Entstehungszeit der Geschichte keineswegs eindeutig; der Wettlauf zwischen dem Hasen und dem Igel konnte noch ebenso gelesen werden als Siegergeschichte des beharrend-schlauen Volkes wie als Warnung für das aufstrebende Bürgertum vor einem Stand, vor dem es sich in jeder Hinsicht zu hüten galt. Die Geschichte der Bearbeitungen des Stoffes verschiebt die Identifikation beharrlich auf den Igel, während gleichzeitig die Klassen-Identifikation zugunsten eines vagen Gegensatzes von »Volk« und »Dekadenz« umgedeutet wurde. Am Ende, und so auch in dem Märchenfilm der Gebrüder Diehl, bezwingt das ganz buchstäblich der Scholle nähere Tier dasjenige, das sich schon in der Kleidung als von ihr entfremdet erweist (denn wer geht schon im Frack übers Rübenfeld?). Und damit ähnelt auch dieser Film der mythischen Grundaussage des Märchenfilms »Die Stadtmaus und die Feldmaus«, in der in noch deutlicherer Verwandtschaft zu faschistischen Mythemen die Kraft von Heimat und Boden gegen die städtische Kultur ausgespielt wird.

Eine der direkten ikonographischen Inspirationen für den Igel in dem Puppenfilm der Diehls bilden gewiß die Illustrationen, die Ludwig Richter gestaltete. Auch hier ist der Igel noch Prototyp eines biedermeierlichen Landproletariats, das gleichwohl in seinem Kleinhäuslertum bürgerliche Idyllen produziert. Die Hosen sind geflickt, die Pfeife ist stets im Mund, der Garten ist bestellt, der Schornstein, von einem Bastkorb bedeckt, raucht – ein sardonisches Grinsen sieht auf eine Welt, die nur ein Ziel zu haben scheint, nämlich sich überschaubar zu gliedern. Dieser Igel ist zugleich Subjekt einer individuellen Revolte, wie er als Objekt eines tiefgreifenden Wandels verworfen wird. Und noch in den Illustrationen von Richter ist er keineswegs rundum sympathisch. So erscheint er erst in dem Film der Gebrüder Diehl, unter anderem durch den einfachen Trick, die »Schweinsäuglein« des listigen Tieres so zu vergrößern, daß sie ins »Kindchen-Schema« passen und dem rundlichen Helden eine Unschuld verleihen, die ihm keine Verbildlichung zuvor zugestand.

Genau besehen hat sich also in der Geschichte des Igels und seiner Bilder nicht nur die Identifikation des »Völkischen« aus der politischen Situation ergeben, sondern auch eine Nationalisierung seines Mythos. Mecki steht am Ende eines Idealisierungsprozesses für eine unsterbliche, mythische und nicht-revolutionäre Klasse, und die Ikonographie seiner Gestalt ist über die Jahre und Jahrhunderte hinweg in immer neuen Nuancen verändert worden zu einer deutschen, vornationalen Gestalt. Und wenn man ihn später, im »Spiegel«, als Variation des urdeutschen »Gartenzwerges« definiert hat, so ist er nicht weniger eine verigelte Fassung des »deutschen Michel«; und daß sich eine merkwürdige kleine Gestalt aus der deutschen Kulturgeschichte der sozialen Kämpfe, die ins Nationale kippen, in einer medial multiplizierten Puppe der Sinnindustrie wiederfindet, spricht weniger vom »kollektiven Unterbewußten« als von sehr konkreten Traditions- und Wahrnehmungslinien, die durch Schulen, Texte, Bücherschränke und Köpfe voller Erinnerungen führen. Wir wußten, vermutlich, mehr über Mecki, als wir wußten.

Medienmultiplikationen

Bemerkenswerterweise hatte Mecki seinen Nachkriegserfolg unter anderem dem Bemühen der amerikanischen Kultur um die Demokratisierung der nachfaschistischen deutschen Gesellschaft zu verdanken; ein gewisser Sam Winston suchte für die »Neue Deutsche Wochenschau« unterhaltsame und belehrende Kurzfilme und verfiel dabei auf die Figur des Igels, die ihm offensichtlich zugleich sehr deutsch und sehr harmlos vorkam. So entstanden die Mecki-Kurzfilme, deren erster 1949 in den deutschen Kinos lief. Und Mecki, der für Briefwahl, für Familiensinn und für ein vereintes Europa warb, war einfach süß. Zur gleichen Zeit hatte sich die Zeitschrift »Hör Zu!« zunächst illegitimerweise, später mit einem Lizenzvertrag abgesichert, der Gestalt als »Redaktions-Igel« bemächtigt und brachte immer wieder Bilder aus dem Hase-und-Igel-Film oder von eigenen Zeichnern gefertigte Mecki-Illustrationen auf die Titelseiten und in den redaktionellen Text.

Mecki war die Identifikationsfigur, die eine Reihe zunächst separat erscheinen-der Impulse der Nachkriegsgesellschaft zusammenführte: Da war zum einen die Zeitschrift selbst, eine eigentümliche Mischung aus Neo-»Gartenlaube«, Familiensinn und Propaganda für die neuen oder erneuerten Medien, da war das Gleichzeitige der Lust daran, sich einzuigeln, sich auf Familie, Haus und Garten zurückzuziehen sowie zu allem und jedem einen tückisch-meckernden Kommentar abzugeben (man war als Deutscher ja irgendwie von der Nation auf die Heimat zurückgeworfen, aber hinter den Rockschößen dieser großen Mutter keckerte man die Welt schon wieder an, als sei nicht allzu viel geschehen), und da war schließlich der Widerspruch zwischen der Erwachsenen- und der Kinderkultur: Die Erwachsenenkultur borgte sich bewußt eine Menge Kindischkeit, um nach innen und nach außen »Unschuld« zu demonstrieren, und äugte zur gleichen Zeit schäl und mißtrauisch auf die Kinderkultur, deren Sinnwaren es mit der deutsch-amerikanischen Freundschaft zu übertreiben drohten.

Mecki sprach also aus einer doppelten deutschen Kindheit zu den Erwachsenen von der Unsterblichkeit ihrer eigenen Borniertheit. Und dieser Igel entsprach so ganz der Mehrfach-Funktion der Zeitschrift; sie war zugleich Kontroll- und Zensurinstanz, Unterhaltungsmedium und Nukleus der deutschen Fernsehfamilie, deren auseinanderdriftende Bedürfnisse Mecki noch zusammenzuhalten vermochte, etwa wenn er mit listigem Grinsen einem Pin Up-Girl ein (übrigens leeres) Blatt Papier vor den womöglich allzu aufregenden Hintern hielt: Erlaubende Zensur, oder zensurierende Erlaubnis, so definierte der Igel Grenzen und Wesen des deutschen Entertainments zu dieser Zeit. Mit diesem ewigen Grinsen.

In Meckis Medienmultiplikation ersteht nicht so sehr eine Art Super-Mythos, die Gestalt teilt sich vielmehr in sehr unterschiedliche Aspekte, ist hier mehr biedermeierlich, dort mehr abenteuerlich, hier familiär (wie in den Filmen), dort (wie in den Comics) mit einer Gruppe mehr oder minder skurriler Freunde unterwegs. Und doch profitierten die einzelnen Segmente seiner Vermarktung natürlich kolossal voneinander; Mecki war Gegenstand des wohl größten deutschen Merchandising-Projektes jener Jahre. In dem Bilderbuch-Abenteuer, das zu jedem Weihnachtsfest zu erscheinen pflegte, gibt es jeweils dezente Hinweise auf die Puppen (kommt Mecki in den »Wilden Westen«, gibt es da garantiert einen Trade Post-Händler, der schon seine Puppen verkauft). Auf den Titelseiten der »Hör Zu!« sah man Großvater (oder Vater?) und Enkelin (oder Tochter?); er ist schlafend zusammengesunken über der gemeinsamen Lektüre des neuesten Mecki-Buches (*Mecki bei den Negerlein*); sie fordert, die Mecki-Puppe im Arm, energisch zu erfahren, wie es denn mit den Igel-Abenteuern weitergehe: Merchandising, Weltbild und Familienidylle in einem Bild vereint, das überdies noch einmal mythische Tiefendimensionen erreicht, bis hin zu der Kaffeetasse auf dem Beistelltisch (die im übrigen auch in den frühen Mecki-Comics selten fehlt). Und für einige Jahre führte der Mecki der Steiff-Werke einen »Personalausweis« mit sich, der seinen Beruf als »Redaktionsigel« der größten deutschen Zeitschrift »Hör zu!« auswies.

Das Geheimnis seines Erfolges liegt aber nicht allein in der Medienmultiplikation, sondern auch in seiner medialen Multifunktionalität. Dem Wesen nach verbindet Mecki Erwachsenenkultur und Kinderkultur auf scheinbar einfache Weise. Die Schnittpunkte liegen im märchenhaften Damals und in der prospektiven politischen Umformung eines Willens zur Gemeinsamkeit der Prosperität in, nun ja, Demokratie. Kinder und Erwachsene fanden sich in der Phantasie von jenem Igel, der einst der gnadenloseste Konkurrenzler war und nun als unermüdlicher Harmonisierer auftritt. Genau besehen

werden in jener Zeit alle die Erscheinungen der populären Kultur als gefährlicher »Schund« betrachtet, die sich solchem Transfer zwischen Kinder- und Erwachsenenkultur besonders vehement widersetzen, und umgekehrt ist der Transfer beinahe schon eine Garantie für den Erfolg. Mecki funktioniert nicht nur als Teil der Kinderkultur und als Teil der Erwachsenenkultur zugleich, sondern auch als gegenseitige Erklärung; er macht die eine Kultur für die andere kompatibel, und zugleich überträgt er Kindlichkeit in die Erwachsenenkultur (und in die Politik) sowie politisch-pädagogischen Elan in die Kinderkultur.

Die Comic-Version von Meckis Abenteuern wurde zunächst von Reinhold Escher geschaffen, der auch das erste der dreizehn Mecki-Bücher illustrierte; ab dem zweiten Band übernahm Wilhelm Petersen ohne Bruch die Reihe der querformatigen Bücher, von denen bis 1964 1,5 Millionen Exemplare verkauft worden waren und die immer wieder neu aufgelegt werden. Dramaturgisch funktioniert Mecki in den Comic-Erzählungen durch eine klassische Abenteuer-»Familie«. Erzählt wird zunächst so etwas wie eine abenteuerliche Vorgeschichte des Familienglücks; erst 1952 kann der modernisierte Swinegel seine Micki heiraten (von eigenen Kindern erfahren wir im illustrierten Mecki nichts). Seine Abenteuer in fremden Ländern aber erlebt er mit anderen Figuren: Charly Pinguin, der leicht snobistische Frackträger mit der Taschenuhr, ist ein emsiger Erfinder und hektischer Aktionist; recht besehen ist er in seiner Erscheinung und seinem Wesen gar nicht so unähnlich jenem Hasen, den der Igel einst in seinem betrügerischen Wettlauf zu Tode brachte. Das ganze Gegenteil ist der »Schrat«, ein Troll aus dem Norden, der am liebsten schläft und deshalb gleich in Schlafanzug und Zipfelmütze gewandet bleibt. Jede Störung ist ihm lästig, mürrisch und borniert schaut er auf eine Welt, die ihm aus Prinzip zuviel abverlangt. Er ist die andere Gefahr des deutschen Kleinbürgers, die Schlafmütze neben dem cholerischen Macher (der im übrigen nicht einmal vor den Gefahren der Liebe gefeit ist). Begleitet werden die drei (zu denen später andere Wesen wie eine »Zeitungsente«, der Rabe Poppo oder der Kater Murr stoßen) von einer Gruppe niedlicher »Goldhamsterchen«, deren hervorstechendste Eigenschaft Ängstlichkeit ist. Der Goldhamster gehörte zu den magischen Tieren der späten fünfziger Jahre; man sah ihm gerne zu, wie er sammelte und hortete, er war einfach süß.

Nahezu zwanglos gehen das Märchenhafte und das Alltägliche, das Koloniale und die Phantasien des Moralischen ineinander über, die sich der eigenen Überheblichkeit so wenig bewußt sind wie ihres inhärenten Rassismus': »Mecki baut eine Arbeitersiedlung in Südamerika. Mecki wünscht nämlich, daß die Arbeiter des Ölwerks aus ihren Blech- und Bretterbuden herauskommen und nette, einfache Siedlungshäuser beziehen. Eifrig sind die Indios bei der Arbeit.« Immer wieder greift der deutsche Igel zum Handwerkszeug, motiviert den Arbeitseifer der anderen, ruft zum »Aufbauen« auf. »›An die Arbeit‹, sagt Mecki. Und alle packen an.«

Mecki war dann auch die ideale Figur, um andere private Kommunikationszusammenhänge zu beleben, so etwa das Heimkino im Super-8-Format und natürlich die Grußpostkarte. Der fortlaufende »Roman« der Mecki-Postkarten, der (abgesehen davon, daß er auch die direkte Kommunikation ein wenig weniger direkt und dafür einfach süß machte) die Allgegenwärtigkeit des deutschen Igels zeigte, erzählte davon, wie eine in sich unwandelbare Figur aus einer deutschen Never-Never-Zeit jede Modetorheit, jedes politische Ereignis, jeden technischen Fortschritt aufnimmt: Mecki fliegt mit der Rakete zum Mond, Mecki übt mit dem Hula-Hoop-Reifen, Mecki hat ein Surfbrett. Die einzige »Pointe« in diesen Bildern ist eben diese Verknüpfung des Modernen mit dem Märchenhaften.

Die Produktion der Mecki-Postkarten hatte schon vor dem Weltkrieg begonnen; zunächst verwendete man Bilder aus dem Film, später stellte man die Figuren in immer neue Szenerien. Bis heute sind auf diese Weise über 500 verschiedene Kartenmotive in den Studios der Diehls in Gräfelfing entstanden; der Verkaufsrekord wird der Karte Nummer 314 mit 100.000 Auflage zugeschrieben; ihr Motto: »Eigener Herd ist Goldes Wert«. Durch das Versenden einer Mecki-Postkarte durfte man sich als Teil einer imaginären, verigelten Familie fühlen, deren Mitglieder die Ideale und die Lebensumstände teilten – Meckis Welt, in der es ja den Hasen nicht mehr gab, war klassenlos. In den fünfziger Jahren gab es so wenig Souvenirläden und Schreibwarengeschäfte, in denen es keine Mecki-Postkarten gab, wie Spielzeugläden ohne einen Mecki im Schaufenster zu finden waren.

Aber Mecki war zu sehr seiner Zeit verhaftet, um die ästhetischen und politischen Veränderungen am Ende der sechziger Jahre zu überstehen. Daß er es nicht zu größerer Wandlungsfähigkeit, zu einem Mecki-Vergnügungspark und einem wöchentlichen Mecki-Comic brachte, daß wir nicht auf Mecki-Badebooten baden und kein Mecki-Eis schlecken, ist indes nicht allein die Schuld seiner Erscheinung und seiner Legende, sondern läßt sich ziemlich konkret auch auf einige sehr, sagen wir: eigenwillige Charaktere zurückführen, die mit seiner Herstellung und seinem Vertrieb befaßt waren.

Jedenfalls versuchte man es bei »Hörzu« (wie die Zeitschrift mittlerweile weniger drohend heißt) 1970 mit einer neuen, poppigeren Comic-Variante, bei der schließlich sogar Sprechblasen über die traditionellen Bildlegenden obsiegten. Und 1974 folgte noch einmal ein Anlauf: Mecki sah nun aus wie ein milder Hippie mit Felljacke, der in einer Wohngemeinschaft ökologische Probleme wälzt. Der nächste Comebackversuch wurde 1983 gestartet, diesmal in betont traditionalistischer Gestaltung, ganz offensichtlich auf nostalgische Sehnsüchte abgezielt. Schließlich übernahm der junge Zeichner Volker Reiche die Serie und gab ihr im modernisierten Ambiente von »Igeldorf«, wo Mecki und seine Freunde sich ein heruntergekommenes Haus gekauft und es liebevoll wieder hergerichtet haben, die Form des Gag-Strips. Mecki als

Ökofreak, das mag die Ausgabe des Biedermeier-Igels auf dem letzten Stand der Zeit sein, nur wird eine Fernsehzeitschrift wohl kaum das richtige Medium für solche Kontinuitäten sein.

Ein deutscher Volksheld?

Mecki kündet in seiner Erscheinung und in seiner Tradition vom Aufstand des kleinen Mannes (der mit seiner Frau so identisch ist, wie es das Märchen will), welcher die Kunst beherrscht, sich zur rechten Zeit ganz auf sich selbst zurückzuziehen. Darin ist er eine niedliche Zusammenfassung aller Volkshelden vom Schlage des Lazarillus und Simplicissimus. Er ist das bauernschlaue Wesen, das seinen gesunden Menschenverstand, seine Genußsucht und seinen Überlebensinstinkt gegen die Großen setzt.

Mecki hätte also das Zeug zu einem subversiven Volkshelden gehabt, zu einem unermüdlichen praktischen Kritiker aller Systeme und Machtzusammenhänge der »Wiederaufbauzeit«; er hätte ein kleiner stacheliger Widerpart der Wirtschaftswunderjahre werden können oder wenigstens eine Art teutonischer Donald Duck. Daß er genau das Gegenteil wurde, ein unerbittlicher Propagandist von Konsens und Anpassung, der medial multiplizierte Spießer in Reinkultur, eine erzieherische mehr denn parodistische Figur, hat mehrere Gründe, und jeder einzelne davon führt tief in die Geschichte der Kultur und der Neurose der »Nation« in Deutschland.

1. Was die deutsche populäre Kultur an genuin eigenen Leistungen hervorgebracht hat, speist sich zum größten Teil (neben der argwöhnisch beobachteten Imitation angelsächsischer Vorbilder) aus zwei Quellen, nämlich dem deutschen Märchen und den Phantasien des Kolonialabenteuers. Einzeln und im Zusammenspiel haben diese beiden Elemente stets als eine durchaus fatale Mischung von Ideologie und Unterhaltung gedient, eine populäre Mythologie, die in der faschistischen Kultur der Zeit des Nationalsozialismus nur ihren perfektesten Ausdruck gefunden hat. Ganz explizit wurden in den Jahren des Nationalsozialismus Märchenstoffe als Inhalte von Kinderunterhaltung gefördert; Märchen (und dementsprechend Märchenfilme) hatten die Aufgabe, die drei Bereiche der faschistischen Erziehung, Familie, Schule und nationalsozialistische Jugendorganisationen, miteinander zu verzahnen und zugleich das »Nationale« in diesen Erzählungen zu betonen. »Das Märchen gibt in sinnfälligen Bildern einen Abglanz der sittlichen Welt, durchleuchtet von der dem kindlichen Optimismus zugeordneten Erlösungsgewißheit. Ja, es wird geradezu zum Schaubild völkischer Tugenden: Treue, Standhaftigkeit, Ausdauer, furchtloser Mut bei den männlichen Helden, Opfersinn, demütige Hingabe und Mitleid bei weiblichen Helden«, hieß es 1940 in der »Jugendschriftenwarte«. In der Mehrzahl widersprachen die Märchenfilme der Gebrüder Diehl zumindest einer solchen Forderung nicht, auch wenn andererseits ein Film wie »Sträfling Nr. 3« auf heftigen Widerstand stieß; wie die spätere Figur des (an Karl Valentin erinnernden) Kasperl Larifari reichten die Filme immer auch über das »Nationale« und die Tugendhaftigkeit ins leicht Subversive, gegen die Autorität Gerichtete in der Volkskultur.

Sind das Nationale und das Subversive in der Märchenfigur indes widersprüchlich vereint, so ist auch umgekehrt im kolonialen Abenteuer Nationalismus und Rassismus zumeist und genrehaft mit romantischer Fluchtphantasie und wildem Traum verbunden. In den Mecki-Comics, vor allem in den Büchern, trafen sich die beiden Genres aufs trefflichste: Der kleine deutsche Spießbürger reist um die Welt und zeigt den »Negerlein«, den Indianern und den Chinesen, wo es langgeht. Der Abenteuerwald der Fabel exportiert sich als nachkoloniale Weltverbesserung. Und in der »Hör Zu!« sahen wir das Foto der »kleinen Bogolu von der Elfenbeinküste« mit einer Mecki-Puppe im Arm.

2. Die zugleich »unpolitische« und mythische (in deutschen Ursprunsgnebel reichende) Charakterisierung der Figur prädestinierte sie geradezu zu einem Verkünder staatlich genehmer Botschaften. Die Filme der Gebrüder Diehl hatten ihren festen Platz in der Truppenbetreuung des zweiten Weltkrieges gehabt, und insbesondere die Mecki-Figur bildete über sehr unterschiedliche Erinnerungen – die Schule, die Postkarte aus dem Feld, das Frontkino – eine der Klammern der tröstenden Bilder zwischen Faschismus, Krieg und Demokratie. So war der Igel dazu auserkoren, den Deutschen zu versichern, die Demokratie sei gar nicht so schlimm, weil auch nichts anderes als eine Form des volkstümlich geordneten Zusammenlebens.

3. In seiner Film-Version war Mecki von untrügerisch bayrischem Wesen und lebte in einer dem Heimatfilm-Ambiente ähnlichen Welt. In seiner »Hör Zu!«-Comic-Form dagegen war seine Heimat, wie die des Presseerzeugnisses, Hamburg. Das Regionale, das Heimatliche war an die Stelle des Nationalen getreten, ohne dies zu verdrängen. Politische Regression und wirtschaftliche Expansion spiegelten sich in Meckis Abenteuern in der großen Welt, in der er unentwegt etwas aufbauen und organisieren muß; bereits sein allererstes Abenteuer handelt davon, wie er per »Yoga-Übung« in die Steinzeit reist und den Frühmenschen das Rad und den Kapitalismus bringt. In Mecki ist, wie bei so vielen Helden unserer populären Kultur, aus dem Bomben schmeißenden Invasoren ein unermüdlicher Entwicklungshelfer geworden; am deutschen Wesen soll die Welt indes immer noch genesen.

4. Mecki ist Ausdruck einer patriarchalen Gesellschaft, die sich maßvoll zu modernisieren gedenkt. In einem Wochenschau-Film plädiert er dafür, daß Kinder und Mann der Frau bei der Hausarbeit helfen (und meint dabei gleich

wieder allgemeiner eine Form der Zusammenarbeit jenseits dessen, was sich als Klassengesellschaft identifizieren ließe); aber niemals kommt Zweifel auf, wer in der Familie der deutschen Igel das Sagen hat. Die Frau ist liebevoll sorgend und tritt stets hinter ihrem Mann zurück (in der Puppen-Version hat sie einen Kochlöffel im Strick, der um ihren Rock gebunden ist), die Kinder sind wohlerzogen und stets bereit, Meckis Antworten auf ihre mit »Du, Bappa ...« eingeleiteten Fragen vorbehaltlos zu akzeptieren. Wenn Familie Igel einen Ausflug macht, dann geht der Vater voran, die Mutter folgt mit dem Regenschirm, dann kommt der Sohn, und zum Schluß das Mädchen.

5. Mecki ist das Maskottchen einer Wiederaufbaugesellschaft, die sich nicht nur die Sünden von gestern, sondern auch gleich die der Modernisierungsschübe nach dem Weltkrieg vergeben lassen will. So ist er, die perfekte Verbindung von Niedlichkeit und Autorität, stets Zentrum sich entwickelnder Hausstände, Nachbarschaften und Arbeitszusammenhänge. Die branntweinselige Passivität seines ikonographischen Vorgängers hat sich bei ihm in eine gediegene Emsigkeit verwandelt, der freilich die kleinhäuslerische Ruhe und das Harmoniebedürfnis erhalten blieb. Er trägt das Depravierte seines Äußeren offenbar nur noch als Tarnung; während seine Hosen immer noch geflickt und mit einem einfachen Strick zusammengehalten sind, gehört er längst zur kleinbürgerlichen Konsumavantgarde (so wie man es liebte, bei reichlich gedeckten Tischen von den schlechten Zeiten zu sprechen).

6. Der Held der angelsächsischen populären Kultur ist zwar perfektes Modell von Lebensform und Ideologie (und als solcher keineswegs gegen Rechtspopulismus und faschisierte Wahrnehmungsformen immun), aber nur selten deren Verkünder. Umgekehrt hat in der deutschen Unterhaltungskultur der Hang zum kategorialen, gegen eigentliche Erfahrung vollkommen resistenten Helden Tradition; nicht nur in seinen ohnehin propagandistisch getönten Kurzfilmen wendet sich Mecki mit einer »Nutzanweisung« stets ans Publikum, auch in den mehr an Action orientierten Comics bringt er das Kategoriale stets mit sich. Er ist völlig unfähig, einmal unrecht zu haben oder einmal zu verlieren. Und seine Heldentaten dienen stets über ihr konkretes Wesen hinaus der Richtigkeit der »Sache«.

Mecki hat, mit anderen Worten, alle unsympathischen Eigenschaften eines »typischen Deutschen«, aber er hat sie auf eine betont verkleinerte Weise, einfach süß. Gern wird dazu der Text aus *Brehms Tierleben* zitiert: »Der Igel ist furchtsam, scheu und dumm, aber ziemlich gutmütig oder besser gleichgültig gegen die Verhältnisse, in denen er lebt.« Natürlich wird Mecki weder als dumm noch als furchtsam dargestellt, statt dessen als einer, der in einem arglosen Betrachter den Eindruck solcher Eigenschaften zu erwecken weiß. Er ist ein deutscher Archetyp, der sich unter den Verhältnissen wegduckt.

Das Deutsche Filmmuseum in Frankfurt/Main zeigt vom 18. November 94 bis zum 15. Januar 95 die Ausstellung »Mecki – Märchen und Schnurren. Die Puppenfilme der Gebrüder Diehl«. Seeßlens Beitrag ist ein gekürzter Vorabdruck aus dem Katalog, der zu dieser Ausstellung erscheinen wird.

Georg Seeßlen schrieb in KONKRET 7/94 über die»Gänsefüßchen«

Konkret 10/94, S. 50

Franz Josef Degenhardt

Das bißchen Totschlag

Zu welcher Seite gehört welche Musik? Über das neue Album der Hamburger Punk-Band Goldene Zitronen

Wovon in finsteren Zeiten singen? Natürlich von finsteren Zeiten, deklariert Brecht, unerträglich weise mal wieder. Er hat natürlich recht. Nebenbei: Die hellen Lieder der hellen Zeiten sind in der Regel wirklich unerträglich. Aber von unseren Zeiten singen und aus diesem unerträglichen Land, das muß sich nicht gerade erträglich anhören. Und Leuten, die gewohnt sind, im neuzeitlichen Populärmusik-Genre traditionell zu hören, den guten alten Rock'n'Roll der Rolling Stones zum Beispiel oder Pop à la Sting und Phil Collins und so was – den deutschen Tingeltangel dieser Art wollen wir gar nicht erst erwähnen – , denen mag das vielleicht nicht gefallen, was die Goldenen Zitronen auf ihrer neuen Langspielplatte »Das bißchen Totschlag« bringen. Ja – Langspielplatte! Sie lassen das tatsächlich auf Vinylscheiben pressen.

Die Goldenen Zitronen sind eine in Hamburg angesiedelte Kapelle. Sie stehen dem Hamburger Wohlfahrtsausschuß sehr nah und also denen, die sich nun wirklich militant mit den Nazis herumschlagen, und dann denen, die – wie ein als Kleingärtner getarnter Agent provocateur in die Medien posaunte – gerade mal wieder Hannover in Schutt & Asche legen wollten. Das, was die Goldenen Zitronen spielen und singen, ist also, und sie benennen es auch selbst so, Punk. Aber ein Punk besonderer Art: ein viel vielschichtigerer, vieltönenderer und ironischerer oder doppelbödigerer als der, den ich mir schon mal anhöre. Die, die sich also für neuzeitliche Musik interessieren, aber auch die, welche wissen möchten, wie und was sich so in Leib & Seele der jungen Radikal-Linken tut, womit die sich Frust aus dem Bauch und Spaß in Kopf und Beine und über allem ihre Erkenntnisse schaffen, die sollten sich in jedem Fall »Das bißchen Totschlag« antun. Das Ohr offen, können sie dann vielleicht sogar genießen, wie da musiziert, mit den Mitteln des Rock & Pop & Rumtata und anderem Material gespielt, verschraubt, gedreht wird, in »Menschen machen Fotos gegenseitig« zum Beispiel oder in dem sehr komischen Song »Die Postmoderne«. Doch es geht dann auch wieder ganz direkt los und ohne doppelten Boden, gerade im Titelsong, einer Mischung aus Rollenlied, Reportage und Kommentar, wo übersteuerte Gang-of-Four-Gitarren jaulen, rasende Viervierteltel durchgeschlagen werden und der Sänger wie durch eine Sprechtüte tönt: *Pack die Lichterkette ein, / nimm dein kleines Schwesterlein. / Schweigen gegen den Haß in der schönen Weihnachtszeit. / Ein Zeichen setzen. ... Rabammel, Rabumm ... / Und nicht schlimmer als anderswo übrigens....*

Dagegen dann gleich, collagiert aus Popfetzen, die Versuchung eines Schorsch bei einer Major-Compagnie zu unterschreiben, also Star zu werden, wozu es dann gar nicht kommt, weil Schorsch »integer« bzw. »credible« oder so was bleiben will – die alte kleinbürgerliche Tugendboldhaftigkeit, der gerade auch die Anarchos so gerne entkommen möchten und die die Major-Compagnies überhaupt nicht mögen.

Die Methoden des Textens und die musikalische Verarbeitung der Goldenen Zitronen: Collagieren & direktes Zugreifen, Ironisieren & Verarschen, Spaßmacherei & Todesernst – besonders anschaulich in dem Chanson »Das hat nichts mit Kunst zu tun« vorgeführt – hat starke Verbindung zu Dada, kommt also aus dem Anarcho-Arsenal: eine gute Tradition gegen Sentimentalistisches und Fanatisches. Wenn denn das Neugemachte textlich nicht verfällt in diese ganz unsägliche Witzischkeit heutigen Kabaretts oder ins Überkantidelte neuzeitlicher Comedy-Spaßmacherei, die alles ins Beliebige versetzt, wenn es musikalisch nicht landet im Frust-Schwulst, der beim Grunge manchmal so nervt, oder in der überdrehten Hysterie mancher Trash-Metal-Stücke – was will man mehr!

Der andere und gleich große Anteil im Werk der Goldenen Zitronen ist die Agitationskunst, wie sie in den Zwanzigern so schön blühte bei Brecht und Eissler etwa, Lichtjahre entfernt also vom Songgruppen-Sound. Sehr eindrucksvoll gelingt das im Stück »Mexiko – EZLN«. Hier, wo's um die Zapatistas geht, würde man ja gern was richtig Mexikanisch-Revolutionär-Folkloristisches hören. Natürlich tun die Goldenen Zitronen diesen Gefallen nicht. Statt dessen singt der Sänger, manchmal wieder wie durch eine Art Sprechtüte, über verfremdetem, indianisch-ähnlichem Drumming und Rasseln und hier und da überdrehten Gitarrenakkorden und einem stereotypen Bass: *Sie werden ihr Leben verlieren. / Ihr aber habt euren Verstand schon lange verloren. / Schon lange. / Ihr übt euch wie gewohnt. / Aber sie handeln. / Weshalb nur ist der Stillstand eurer Köpfe, / eurer Köpfe derart brutal. / Am Heiligtum des Marktes wird alles geopfert.*

Dagegen ist das in der Thematik ähnliche Lied »6 gegen 60 Millionen« mißlungen, wenn auch auf hohem Niveau. Die Zeile meint die 6 RAF-Mitglieder und die übrigen 60 Millionen Deutschen; eigentlich ein wichtiges Lied jetzt im Rahmen der Initiativen zur Freilassung von Irmgard Möller. Was es mißlingen läßt, ist gar nicht mal das ziemlich krampfhafte, auch in der Musik sich ausdrückende Bemühen um Political Correctness. Es liegt daran, daß man auf diese Art die vielschichtige und verworrene Geschichte der RAF zwischen '69 und '94 nicht abhandeln kann – und schon überhaupt nicht auf dieser Ebene der Nachgeborenen. Abgesehen davon, daß der Song dadurch etwas von Klugscheißerei bekommt – es gab zum Beispiel schon noch andere Gründe, als die vorgesungenen, um sich von der RAF abzuwenden. Das Medium Song, soweit auch die Zitronen dieses Genre meistens recht gut fassen, gibt das einfach nicht her. Das Medium ist nun mal knapp, ziemlich heiß und auf Holzschnittartiges angewiesen, sonst zum Beispiel versteht das Publikum das Gesungene und

Gemeinte nicht; es soll ja beim Hören, also gleich, sofort verstehen. Wenn man das nicht hinkriegt, nützt auch kein längerer Kommentar dazu, wie er sich anbei in der Plattentasche findet. Ich will hier nichts zitieren aus dem Song, man soll sich das schon anhören, und vielleicht sind es ja nur Mißverständnisse von mir.

Irgendwie stimmt auch das mit einem jazzigen Trommelwirbel beginnende und mit Be-Bob-Einsprengseln begleitete »Bürger von Rostock« nicht, dessen Text gerapt daherkommt; und an diesem Versuch des Rapping liegt es vermutlich. Natürlich ist das weit entfernt von dem ulkigen Gymasiasten-HipHop aus deutschen Landen. Aber Rap ist maulgemacht auf den kurzsilbigen, vokalaggressiven Slang anglo-amerikanischer Herkunft. Daher bezieht es seinen textlichen Groove und seine fabelhaften Lautmalereien. Es endreimt sich außerdem selbstverständlicher. Das knarzige Deutsch klingt reimend gerapt dagegen bieder gestottert und erinnert an Abiturzeitungs-Gereimsel. *Es kam ganz plötzlich über Nacht. / Was daraus wurde, hätte keiner gedacht. / Sie erfanden ein Spiel, das heißt Mordversuch. / Es wurde zur Festwoche, doch damit nicht genug. ...*

Warum singen die Goldenen Zitronen sowas nicht auf englisch, wenn sie partout rappen wollen, weil ihr Publikum das womöglich mag? Es könnte ja ruhig teutonischer Akzent durchklingen, was sogar verfremden würde, ähnlich dem Spanischen von Ernst Busch.

Als Versuch einer Rezeption ghetto-amerikanischer Vokalkunst ist der Song allerdings allemal interessant. Wie überhaupt »Das bißchen Totschlag« noch einmal grundsätzlich nachdenken läßt über Musik und Politik, dieses alte Problem, beileibe nicht beschränkt auf die neuzeitliche, mit den jeweiligen Jugend- und/oder Politikbewegungen daherkommende Populärmusik. Das Dilemma wird klar, wenn es konkret bezeichnet wird, nämlich: Zu welcher Seite gehört welche Musik? Wer zum Beipiel die Rezeptionsgeschichte von Schuberts Winterreise kennt, die einst für den Vormärz ungefähr das bedeutet, was für viele später Star-Spangled-Banner, das Stück von Jimi Hendrix, das dann US-Piloten im Golfkrieg bei dem, was sie Hasen-Schießen nannten, abspielen ließen, der weiß um die Irritationen, die solche Fragen erzeugen. Daß Musik bestenfalls zu Gehör bringen kann, was in der Zeit so los ist, also doch wohl klassenneutral ist, hat ja Eissler zu seinem Huren-Vergleich verleitet. Aber selbst wenn wesentliche Musik auch nur das ist, was wir früher fortschrittlich nannten, also das dem modernen Stand der materiellen und gesellschaftlichen Produktion entsprechende Material samt genre-geschichtlichen Konnotationen draufhat und aufklingen läßt, was soll das denn noch beim gegenwärtigen absurden Höchststand der Produktivkräfte und innerhalb dieser grauenhaften Produktionsverhältnisse und dieser kaputten Geschichte dazu bedeuten, außer die Wiedergabe genau dieser Scheiße? Will sich das jemand antun? Ja, zumindest, wenn's so gut und intelligent gemacht wird, wie auf »Das bißchen Totschlag«.

Quoi qu'il en soit: Die Bedeutungsebenen für Musik in politicis liegen jedenfalls außerhalb der Musik, selbst dann, wenn der Text ganz eindeutig parteilich ist. Solche Vokalmusik, also vor allem Lieder, zu denen auch die Goldenen Zitronen gehören, begleiten die Bewegungen bestenfalls, greifen manchmal sogar in sie ein. Aber vorbei ist vorbei, und nach einer Zeit kann es passieren, daß ein Chor von Bankern – den gibt's tatsächlich – »The times they are a changin'« vierstimmig singt, und daß auf Parties die spanischen Lieder von Ernst Busch vom Turn-table tönen. Aber daß ein evangelischer SPD-Pfarrer dereinst in einem Antikriegs-Gottesdienst den Song der Goldenen Zitronen »Seit dem Krieg ist« vom Kirchenchor intonieren läßt: *Vor dem Krieg hatte ich einen Bruder, / der wohnt jetzt auf einer Kanone. / Selber Schuld. ... / Im Keller, da mache ich Musik. / Krieg' vom Krieg gar nichts mit. / Eigentlich bin ich gegen den Krieg. / Aber die da oben machen ja doch, was sie wollen...,* – das will ich nun doch nicht glauben.

Franz Josef Degenhardt schrieb in KONKRET 11/93 über Günther Jacobs »Agit-Pop«

Konkret 10/94, S. 51

Funny van Dannen

Das klingende Universum in Dur und Moll

Gegen die Wirklichkeit sind die Bond-Filme Kindermärchen, schreibt Udo Jürgens in seinem Lebensrückblick. Und weil die Realität anders aussieht, verzichtet Helge Schneider auf jegliche Anlehnung an sie und löst als Kommissar seinen ersten Fall:

Zieh' dich aus, du alte Hippe. Man kann ihm wirklich nichts verübeln. Er ist ein guter Mensch, der auch hervorragend aussieht und auf Frauen wirkt. Haben Sie nicht Lust, in die Politik zu gehen? Hat mal jemand zu ihm gesagt sogar. Politisch nahm man mich nie ernst, warum auch?

Ein unbewußter Schleier liegt über der Stadt. Das Jahrhundert der grenzenlosen Unruhe! Unsere Gedanken fliegen uns voraus, sind noch schneller als wir. Aber was ist mit unseren Seelen? Na, na, na, na Bürschchen! Sachlich bleiben. Hart matscht der Mund, der aus der Tüte guckt, auf die Fliesen. Die Sehnsucht nach einer extremen Erregung ist es, die uns alle treibt. Hinter der Post, in dem Matschgrundstück, ist wieder was passiert. Zeitlupenaufnahmen, Ausschläge des Schicksals. Ein etwa 60jähriger Mann hat eine Frau umgebracht. Auf ähnliche Weise wie der Mord vorgestern. Diesmal haben wir die Leiche. Und auch das Tatwerkzeug, eine Chappidose. Frauengefühle! Dagegen werden wir Männer ewig Stümper bleiben. Ach, so. Es ist das System, was in Zweifel gezogen werden muß. Ja, woher wollen Sie denn das alles wissen? Ich habe mich immer um analytisches Denken bemüht. Was ist denn, wofür schälst du so viele Erpel, Ursula? Wenn ein Mann also die Wahl hat, mein Rennwagen und meine Frau, mein Klavier und meine Frau, mein Motorrad und meine Frau, mein Tennisschläger und meine Frau, dann entscheidet sich der, der Karriere machen will, immer zuerst für sein Gerät. Ja, so ist der Kommissar Schneider! Nicht nur brutal, erfahren und der beste Verbrechensaufklärer überhaupt, sondern er will auch immer poppen, so gut es geht. Ja, Leben ist Gefühl! Ich werde meinen Kopf ins Genick werfen und meine Lieder hinausschreien. Na, na, na, na Bürschchen! Sachlich bleiben. Doch ich glaube an Aufklärung. An Hilfe. An Geburtenkontrolle. Ich glaube an das Wunder in uns selbst. Sachlich bleiben. Alle diese Worte, wohin gehen sie? Nirgendwohin, denke ich.

Die kursive Passage besteht aus Zitaten aus: Udo Jürgens, *... und unterm Smoking Gänsehaut* (Bertelsmann, 39,80 Mark); Helge Schneider: *Zieh dich aus du alte Hippe* (Kiepenheuer & Witsch, 14,80 Mark)

Funny van Dannen ist Maler, Schriftsteller und Sänger des Hallotrios, das sich um den Erhalt des deutschen Schlagers verdient gemacht hat

Konkret 10/94, S. 52

Klaus Walter

Geschichte als Gewebe

»L'Etat Et Moi« – das neue Album der Hamburger Band Blumfeld

Hätte ich das gewußt! Als ich vor ein paar Wochen gebeten wurde, für KONKRET einen Blumfeld-Text zu schreiben, da habe ich zugesagt, ohne zu ahnen, was für Blumfelder sich da auftürmen würden! Was da alles weggeräumt werden muß, um über Blumfeld zu reden. Dabei hat gerade erst der September angefangen, und aus guten Gründen reden Blumfeld mit vielen Medien gar nicht, wie wir aus den Medien wissen, mit denen sie reden. Also habe ich mit Jochen Distelmeyer geredet, dem Sänger, Gitarristen und Texter der Band.

Weggeräumt werden muß, daß Distelmeyer Godard ist. Daß Distelmeyer Dylan ist oder einfach Gott. Glücklicherweise kenne ich nicht alle Blumfeld-Hymnen, da gibt es sicher noch mehr wegzuräumen. Meine Nachbarin Sabine Grimm beispielsweise hört Novalis aus »L'Etat Et Moi«. Hüter der Schwelle.

Gegen die ganze Distelmeyer-Heldenverehrung muß also zunächst mal überdeutlich an die schlichte Tatsache erinnert werden, daß es sich bei Blumfeld um eine Band handelt. André Rattey, Schlagzeug, Eike Bohlken, Baß, Jochen Distelmeyer, Gitarre und Gesang, alphabetisch nach Vornamen sortiert. »L'Etat Et Moi« ist die Platte einer Rockband und nicht, wie routinierte Feuilletonleser womöglich glauben, der new coole Boxgesang (»x«: Courtesy Svevo) eines hyperbegabten jungen Werther der Wohlfahrtsausschüsse.

Nö, das ist Rock. Blumfeld in Rock. Supersexy Rock, der durch die Erfahrungen von Punk, US-Hardcore und Britpop gegangen ist. Bohlken und Rattey beim Schwarzen Kanal in Hamburg, Distelmeyer bei den Bienenjägern in Bad Salzuflen. Aber sie sind eben auch durch andere, »privatere«, ungleichzeitigere Schichten gegangen. Durch Beach Boys, Gainsbourg, Cohen früher, HipHop & House heute, wobei sich natürlich damals und heute im Erfahrungsprozeß genauso vermischen wie privat und öffentlich. Das für sich ist eine Banalität, diese Banalität im Prozeß kenntlich & hörbar zu machen, ist eine der Stärken von »L'Etat Et Moi« (und einigen anderen Platten aus dem selben Kontext diesen Herbst, die hier gefälligst immer mitgedacht sein wollen, siehe unten). Weil aber Distelmeyer seine selbstgeschriebenen Texte singt und über diese in Deutschland so seltenen und hier – konkret – keineswegs zu vernachlässigenden Popstar-Qualitäten verfügt, weil er im Grunde aus Glück, Arbeit und Geschichte heraus einer von denen ist, die Heinz Rudolf Kunze sich immer in seine Plattensammlung einlädt, von Neil Young bis Mark E. Smith, ohne damit in Körperkontakt zu kommen, deswegen wird Distelmeyer geliebt, und deswegen ist »L'Etat Et Moi« die Platte, über die jetzt alle reden.

Was diese Platte leistet, ist das unglaublich sorgfältige, fast schon kontrollfreakhafte Ausbuchstabieren von Cool unter den Bedingungen einer wohlbegründet als verbindlich begriffenen politischen Korrektheit im Deutschland der Gegenwart. An diesem Produkt arbeiten derzeit so viele Musiker mit ähnlichen Mitteln, daß aus langjähriger Marginalität und Atomisierung sich plötzlich eine relevante, identifizierbare Minderheit formiert. Diese Minderheit rekrutiert sich aus so unterschiedlichen Bands wie FSK, Mutter, den Goldenen Zitronen, den Kastrierten Philosophen, aber auch aus den Sternen und den Stars, Svevo und Saal 2, Flowerpornoes und Andreas Dorau (& vielen anderen, mutmaßlich, vor allem solchen, die nicht in dem Aggregatzustand »Band« organisiert sind. Sorry, mit rockistischem Gruß, K.W.). Wer alt genug ist, den erinnert diese plötzliche Massierung an die frühen Achtziger, an die Neue Deutsche Welle. Aber mehr als ein paar phänomenologische Parallelen bringt dieser Vergleich nicht. Bis auf den Umstand, daß aus der jetzigen Kulminierungsphase wieder ein MasterAce rausgegriffen werden soll. »L'Etat Et Moi« soll die Platte sein, Blumfeld die Band, Jochen Distelmeyer die Figur, die das »Sprachrohr« abgibt für eine »Generation«, eine »Nation«, einen Cyberspace-Kursus, was weiß ich. 1980 waren das die Fehlfarben mit »Monarchie & Alltag (hey, ist nicht »L'Etat Et Moi« eine gut mögliche Übersetzung von »Monarchie & Alltag«? Wie »L'Etat Et Moi« »ich-Maschine« fortschreibt, den Titel des ersten Blumfeld-Albums. Die quotableste Catchphrase damals hieß: »Laß uns nicht über Sex reden.« Das Gegenstück heute heißt, ohne daß klar ist, wer das eigentlich sagt im betreffenden Song: »Wir sind politisch und sexuell anders denkend«).

»Monarchie & Alltag« war damals so eine Generationenplatte. Mit »L'Etat Et Moi« wollen wieder viele Staat machen, aus unterschiedlichsten Gründen. Wie damals bei den Fehlfarben korrespondiert die vereinnahmende Bewegung des Publikums (und der Presse) mit überreichlichen Solidarisierungs- und Kontextualisierungsangeboten auf der Platte. Fehlfarben zitierten auf ihrem Cover Lennons »I always liked simple rock« und noch einen Haufen »Gottseidank nicht in Englands« dazu. »L'Etat Et Moi« droht manchmal zu platzen vor lauter Verweisen, Selbstzitaten, Identitäts-Puzzles. Als Resonanzboden für diesen Zitat- & Metaphern-Core dient – alles. Alles, was an Culture und Popular Culture durch offene Körper und Köpfe flattert. Text, Film, Popsongs, Farbenlehre. Hier sind Leute am Werk, die, wie es sich für ein ordentliches Kind der späten Sechziger gehört, von Kind an nicht nur gelernt haben, was cool ist – »bei mir fing das so mit zehn, elf an« (J.D.) – , sondern des weiteren, daß auch in Werbung, Mode, Politik & Boulevard Coolness am Rulen ist, wenn auch irregeleitet mitunter.

Wenn Jochen Distelmeyer von seiner Bielefelder Jugend erzählt, dann tauchen unvermutet fast vergessene Modelle von Dissidenz/Revolte in merkwürdig ungleichzeitiger Schräglage wieder auf. »Die teuersten Klamotten tragen und trotzdem den Grünen-Lehrer linksradikal überholen«. Und wir erinnern uns an *elegant rebels in cheap hotels,* die Mitte der Achtziger einen speziellen »Heaven 17«-Marxismus adaptierend zum Beispiel Werbeagenturen für politisch aussichtsreiche trojanische Pferde hielten. Die alten »Subversion durch Affirmation«-Ideen verkaufen heute diejenigen, die damals diese Option für plausibel hielten und einfach lange genug dabei geblieben sind, bis zu dem Benetton-Wendepunkt, von dem an Werbung mit Erfolg und ohne Subversion »gestaltend« und »eingreifend« funktioniert, als eintrittsfreies öffentliches Ethik-Seminar.

All sowas fällt mir ein bei dieser Platte. Was daran liegen mag, daß sie bis zum Zerreißen gespannt ist zwischen zwei kategorischen Imperativen: dem ständigen Bemühen um Differenz, um spezifische Wahrnehmung, meinetwegen Poesie auf der einen Seite; und dem ständigen Bemühen um das Stiften von Gemeinsamkeit, Community, Verbindlichkeiten oder, wie Jochen Distelmeyer sagt: das Soziale, auf der anderen. Also ein permanentes, zur mathematischen Methode erhobenes Search & Destroy. Oder, mit alten, glanzvollen Worten: die Suche nach Verbündeten, ohne voreilige Bündnisse zuzulassen.

»Die Platte versucht, ein Modell von Geschichte zu überwinden, die sich nur linear denken läßt und nicht als Gewebe« (J.D.). »Gewebe« heißt in diesem zufälligen Fall Distelmeyer soviel wie: 1980 mit 13 im Ostwestfälischen auf der Lederjacke des einzigen ortsansässigen Punks den Schriftzug »RAF« entdecken und in seinen Cool-Kanon aufnehmen; später über »Red Wedge«, die Pop-Solidarität zum englischen Miner-Strike Mitte der 80er, mit Politik in Berührung kommen; im Umkreis des »Fast Weltweit«-Labels Erfahrungen von künstlerischer & sozialer Praxis; später »Schnauze Deutschland« & Blumfeld & Wohlfahrtsausschuß. Ganz schön linear, das! Aber im selben Prozeß Cohen, Beach Boys, Gainsbourg, Godard, Daisy Chainsaw, Theweleit ... Und das sind bloß die veröffentlichten Koordinaten. Da ist es nur logisch, daß Distelmeyer sich gegen den Begriff der »Repolitisierung« wehrt, mit dem die Neue Deutsche Politrock-Welle praktischerweise belegt wird. »L'Etat Et Moi« und andere Platten, um die es hier geht, dementieren nämlich gerade den Geschichtsbegriff, der da am Werk ist. »Repolitisierung« suggeriert falsche Linearität, die gerade von Älteren gerne auf Jüngere geguckt wird: Denk' doch mal nach, wie du dich politisiert hast. Über Huckleberry Finn im TV, mit Michael Ande als Synchronsprecher. Beispielsweise.

Klaus Walter schrieb in»KONKRET Extra« 1/94 über die Böhsen Onkelz

Konkret 10/94, S. 53

Jan Knopf

Sex for text

Anleitung zur Firmengründung oder Wie der amerikanische Literaturwissenschaftler John Fuegi einmal die Laken des Dichters Bertolt Brecht entzifferte

Ach, wie lange haben wir auf ihn warten müssen, auf den guten John Fuegi. Schon seit Jahrhunderten haben wir seinen Enthüllungen und Entlarvungen entgegengefiebert. Bereits 1778 – oder war es 1678? – rauschte es durch die Eintagesdrucke: »›Sex for text‹ ist Brechts Schaffensprinzip gewesen. Die Forschungsergebnisse zum ›Brecht-Harem‹ will Fuegi in Kürze in seinem neuen Buch vorlegen.« So lasen wir im »Kölner Hinkenden Boten«. Aber das Buch kam nicht.

Wenige Jahrzehnte später, erneute gespannte Erwartung; wieder kam's nicht. Jetzt aber haben wir es endlich in der Hand: das Werk. Angekündigt waren zwar mindestens 1.000 (oder vielleicht waren's auch 10.000) Seiten, jetzt sind's doch nur 732, aber – geworfen – wirkt das Buch immer noch tödlich. So stattlich ist es. Wobei wir das miese Papier und die schlechten Reproduktionen einfach mal vergessen wollen, auch den billigen Pappumschlag, der mit etwas aufgepepptem Linnen verfeinert ist. Hat Fuegi das Buch noch heimlich in der DDR herstellen lassen? Kein Wunder, daß es so lange gedauert hat. Kosten tut das Ding 32.50 Dollar. Da der Dollar niedrig steht, durchaus erschwinglich. Es heißt: *Brecht & Company. Sex, Politics, and the Making of the Modern Drama* (Grove Press New York). Als Alternativ-Titel, so las ich in der »Times« (24. Juni 1994) und in der »Zeit« (12. August 1994), gibt es auch den Titel *The Life and Lies of Bertolt Brecht,* aber vermutlich kein Buch dazu (vielleicht sind da die restlichen 9.268 Seiten versteckt). Nach dem Impressum des vorliegenden Buchs hat der Verlag mindestens zehn Auflagen vorgesehen. Was wir doch auch entschieden hoffen wollen. Schließlich erfahren wir endlich, wie man (Mann) moderne Dramen schreibt: mit Sex und Politik. Liebe künftige Leser: Durchhalten, Erfahrungen sammeln, später anwenden.

Beginnen wir mit Fuegis appellativen Signalen. Die linke Seite neben dem Titel ist reserviert für vier Fotos. Von links oben nach rechts unten: Elisabeth Hauptmann, Margarete Steffin, Ruth Berlau. Die drei Frauen blicken ziemlich traurig drein. Wir ahnen, weshalb. Am kläglichen Ende steht der BB. Der aber schaut ziemlich stolz: »Brecht stands with a skull (Totenkopf) under each arm, 1917.« Drei Opfer und ein überheblicher Überlebender. Da haben wir gleich des Meisters Programm. Und man muß noch keine Zeile gelesen haben. Er geht über Frauenleichen und hatte ihre schmählichen Überreste bereits 1917 unterm Arm. Was gibt's da noch zu hoffen? Nichts. Aber machen wir uns mit Fuegi auf die Leichensuche.

Erster Fall: Elisabeth Hauptmann. Die englischen *Mahagonny*-Songs, lesen wir, stammen von Elisabeth Hauptmann. Richtig! Der Meister konnte eh kein Englisch. Das wissen wir spätestens, seitdem dieser vor dem »Untersuchungsausschuß für unamerikanische Aktivitäten« (HUAC) in erbärmlichster Weise den Versuch machte, irgendeinen vernünftigen englischen Satz über die Lippen zu krächzen. Vergeblich. Das war 1947 und das Ergebnis von sechs Jahren Amerika! Das andere Ergebnis war auch entsprechend: Brecht konnte kommunistischer Umtriebe vor dem McCarthy-Ausschuß nicht bezichtigt werden. Na also. Schweine kommen immer gut davon.

Nur: Elisabeth Hauptmann hatte nichts dagegen, die von ihr geschriebenen Songs, an denen der Meister vielleicht doch nicht so unbeteiligt war, an ihn abzutreten. Sie erschienen in Einzeldrucken oder innerhalb der *Hauspostille* (1927) bzw. des *Mahagonny*-Stücks (ab 1930) unter seinem Namen. Ja und? Elisabeth Hauptmann hat sie dann nach Brechts Tod nochmals unter seinem Namen ediert, mindestens zweimal: in der 40-bändigen Werkausgabe und in den Gesammelten Werken der Edition Suhrkamp. Überdies war sie selbst eine gewichtige Schriftstellerin. Ihr Erfolgsstück heißt *Happy End* und steht in jeder Brecht-Ausgabe. Die Dame muß eine ziemliche Meise gehabt haben. Wir glauben John Fuegi: Sie hatte.

Die *Dreigroschenoper* stammt zu 80 oder gar 90 Prozent von Elisabeth Hauptmann, so hat es Klaus Völker John Fuegi bei einem Interview in Berlin anvertraut. Wieder getroffen! Hauptmann war es, die die englische Vorlage, John Gays *Beggars Opera,* übersetzt hat. Diese Übersetzung bildete die Grundlage für Brechts Bearbeitung. Und wie es bei Bearbeitungen so zu sein pflegt: Eine große Textmasse des alten Werks geht in die neue Fassung ein. Welche Neuigkeit! Schon Shakespeare & Co. haben so gearbeitet.

Leider hat es John Fuegi bei Gelegenheit des Interviews versäumt, sich von Klaus Völker dessen Exemplar von Brechts Villon-Ausgabe in der Übersetzung von Karl Ammer zeigen zu lassen: Der Nicht-Dichter hat in sie einfach handschriftlich seine Textänderungen eingetragen und sie dann so in seine *Dreigroschenoper* übernommen, das heißt, Elisabeth Hauptmann hat das für ihn erledigt. Noch nicht einmal die Mühe des Abschreibens machte sich der Plagiator. Nur: Die 10 Prozent (oder wenig mehr), die der Chef beisteuerte, machten aus der Vorlage einen völlig neuen Text mit neuer Qualität. Das läßt sich in der Brecht-Forschung seit Jahrhunderten nachlesen.

Alfred Kerr hatte schon 1930 festgestellt: »Die hübsche *Dreigroschenoper* ... ist ein Werk Brechts, das John Gay vor zweihundert Jahren schrieb.« Kerr vergaß anzufügen: »in der Übersetzung von Elisabeth Hauptmann«. Die berühmte Erklärung Brechts lautete: »Natürlich basiert so ziemlich jede Blütezeit der Literatur auf der Kraft und Unschuld ihrer

Plagiate« und erklärte den Fall »mit meiner grundsätzlichen Laxheit in Fragen geistigen Eigentums« für erledigt. Für seine verspätete Reaktion auf einen weiteren, schon früheren Plagiatsvorwurf durch Kerr gab Brecht die Begründung ab: »weil ich die immer schon geplante Ehrung des literarischen Plagiats und seine Wiedereinsetzung in seine alten angestammten Rechte nicht zu einem ungünstigen Zeitpunkt, nämlich in einem Moment loslassen wollte, wo ich selbst auf dem Gebiet das Plagiats noch nichts Rechtes geleistet hatte. Ich wollte damit groß herauskommen.« Mit der *Dreigroschenoper* hatte er es endgültig geschafft.

Hänge ich hier noch Fall 1a an: Hella Wuolijoki, die finnische Dichterin. Von ihr stammt das Brechtsche Volksstück *Herr Puntila und sein Knecht Matti.* John Fuegi schreibt: »Brecht was able to keep stealing her money« – man bemerke den moralischen Zeigefinger – , soll heißen, daß Brecht die Finnin nicht nur 1940 betrogen hat, als sie einen Vertrag aufsetzten, der vorsah, die »mit dem Stück verbundene Anerkennung und alle Tantiemen gerecht zu teilen«, sondern auch noch weiterhin, vor allem nach dem Krieg, als das Werk sich als Erfolgsstück durchsetzte. Hella sah keinen Pfennig. Wieder hat John Fuegi recht. Wieder hat er den alten Schlawiner »entlarvt«. Nur: Nachzulesen ist dies und anderes mehr seit 1978 im Brecht-Jahrbuch.

Hätte sich Fuegi herabgelassen, Hella Wuolijokis Stück Die *Sägemehlprinzessin* zu lesen, dann hätte er da vielleicht folgenden Sachverhalt entdeckt: Ihr Stück ist eine gut gemachte, aber sehr übliche Komödie mit dem bekannten glücklichen Ende: »Herrschaft« und »Knechtschaft« finden nach einigen Schwierigkeiten überwindbarer Sorte zueinander. Die Komödie hatte keinen Erfolg. Auch hier: Brecht hat viel Text daraus übernommen; aber die Bösartigkeiten, mit denen er Wuolijokis Stück wendet, stammen ausschließlich von ihm und lassen etwas völlig Neues entstehen. Und daß der gute Puntila (original: Punttila) ein Onkel Hellas war und in ihrer Erzählung *Der finnische Bacchus* seinen literarischen Ursprung hat, ist ebenfalls einer alter Hut; auch zu überprüfen im Brecht-Jahrbuch 1978. Auch diese Erzählung hatte übrigens keinen Erfolg. Zwar ist überliefert, daß Hella »entsetzt« war, als sie Brechts Machwerk in die Hände bekam. Über Brechts Räuberei aber setzte sie sich mit der Großzügigkeit hinweg, mit der sie die Familie Brecht und die anhänglichen Damen (Steffin, Berlau) 1940 auf ihr Gut Marlebäk eingeladen hatte. Sie hatte es nicht nötig, mit dem BB zu feilschen oder gar sex for text mit ihm zu tauschen. Eine große Frau. Aber das kommt bei Fuegi nicht vor. Er kommt noch nicht einmal auf die Idee.

Zweiter Fall: Margarete Steffin. »You Have Achieved a Masterwork, Old Muck«, zitiert Fuegi ein Schreiben Brechts und breitet über ein Kapitel – neben vielem anderen – aus, daß auch der *Dreigroschenroman* nicht vom Meister stammt. Welche Entlarvung! Ich schaue in den Materialienband über Brechts Romane, 1984 herausgegeben von Wolfgang Jeske, und lese auf S. 56: »Überhaupt hat es den Anschein, als hättest Du ein Meisterwerk geschaffen, alter Muck. Insbesondere wird Deine klare Sprache gepriesen.« Und eine Seite später steht der Auszug aus einem Brief von Steffin: Brecht »war fertig, der arme, jetzt habe ich ihm wieder Flöhe ins Ohr gesetzt, so daß er still die letzten Kapitel, die ich noch abschreiben sollte, wieder anpackte«. Hier tippe ich mal auf fortgeschrittene Schizophrenie der Dame.

Margarete Steffin war eine große Schriftstellerin mit eigenem Werk und konnte Brechts Pornos in Sonett-Form in gleicher Form erwidern (und wie!). Nur ein neidischer Bettunterlieger kann auf die Idee kommen, sie wäre irgendein beliebiges Betthäschen eines stets ungewaschenen und beim Vögeln Zigarren rauchenden Schweines gewesen.

Dritter Fall: Ruth Berlau. Sie als maßgebliche Autorin von Brechts Werk anzuführen – so verdanken wir ihr u.a. den *Kaukasischen Kreidekreis* – , ist ein prächtiger Schwank. Fuegi zitiert (in korrektem Englisch) aus ihren Briefen an Brecht, die sie teilweise sogar mit »deine Kreatur« unterschrieben hat – was natürlich alles sagt. Ich empfehle dem Autor einen mindestens achtwöchigen Zwangsaufenthalt vorm Familiengericht – wegen der sprichwörtlichen schmutzigen Wäsche, die da gewaschen wird. Da Fuegi in Harvard das Brecht-Archiv nutzen durfte, wie er stolz mitteilt, fand er dort etwas, was es in Berlin, wo das mehr reale Brecht-Archiv angesiedelt ist, nicht gibt: Brechts Unterhosen. Bei Schweinen läßt sich da natürlich einiges rauskratzen. Man gut, daß in sogenannten normalen Familien solche Briefe nur einmal gelesen und dann meist entsorgt werden. Hier also ein kurzer Auszug aus einem Original Berlaus (mit originaler Orthographie): »Du versteht sicher die Notwendigkeit dieses Brief: mir ist dein drechige Kampf zu viel geworden, ich habe dir immer höflich behandelt und ›geärt‹ als Schauspielerin. Schade um die kleine nette Leute rum dir. Hör auf mit Arschlächeln verlangen, da bist du schon mehr berühmt als Schauspielerin. Denk mal auf Brecht: Friss die Sachen die ich kaufe ihm nicht weg. Brecht muss wieder strak werden. Du hast im unterärnährt.« Brief vom Januar 1950, Empfängerin unbekannt.

Das Zitat kann Berlau nicht herabsetzen. Es sind private Kämpfe, bei denen es mal die »bürgerliche« Regel des sogenannten Anstands gab, sich nicht in sie einzumischen. Auch diese Briefe sind seit der Existenz des Brecht-Archivs in Berlin – in Harvard gibt es nur eine jämmerliche Kopie davon – zugänglich und bekannt. Irgendwann muß ja mal ein Geherda kommen, sie endlich auf den Tisch der Öffentlichkeit legen und sich lustvoll auf die Brust trommeln. Armer John.

Und Ruth Berlau? Sie war eine begabte Schriftstellerin, aber in ihrer Muttersprache, in Dänisch. Nachzuprüfen ist dies an ihrer Geschichtensammlung *Jedes Tier kann es* (gemeint ist die Liebeskunst), zuerst 1940 auf Dänisch mit dem Titel *Ethvert dyr kan det* erschienen, auf Deutsch in der Übersetzung von Regine Elsässer 1989 mit einem Nachwort von Klaus

Völker erstmals publiziert. Brecht war daran nicht unwesentlich beteiligt, und ihr Thema, der Verfall der Liebe, war sein alter Hut (seit spätestens 1925), als er Berlau noch nicht kannte. Jedoch zu suggerieren, das hochpoetische und mit »klassischen« Formulierungen aufwartende Stück *Der kaukasische Kreidekreis* (1944) stamme im wesentlichen von ihr, läßt zumindest auf mangelnde philologische Ausbildung schließen – oder auf jene Rücksichtslosigkeit des Autors Fuegi, die nötig ist, um etwas aufzudecken, was die Eingeweihten eh schon wissen, aber der Öffentlichkeit vorenthalten haben, weil sie nicht jedes Schwein hinterm Ofen oder aus der Wäsche locken wollten. Der Mist fällt allemal zurück.

Daß Brecht ein »Schwein« war – wie die zoologisch offenbar wenig versierte Kritik endlich herausgefunden zu haben glaubt – , müssen wir uns nicht nochmals bestätigen lassen. Daß er ausgenutzt, betrogen, Verträge nicht eingehalten hat etc., sind wirklich die letzten alten Hüte. Aber pardon: Da die *Dreigroschenoper* von Elisabeth Hauptmann und der *Dreigroschenroman* von Margarete Steffin stammen, ist auch die Geschäftemacherei ein Plagiat Brechts. Oh, wie blöd müssen diese Weiber gewesen sein, wenn sie nicht mal in der Lage waren, sich an ihre eigenen Erfindungen zu halten, und auch noch diese Erträge dem Macho abtraten.

Um wenigstens eine wirkliche Leiche aus der Schublade zu ziehen, wage ich es, eine Neuigkeit mitzuteilen. Sie ist zwar auch alt, stammt aus der »Fränkischen Presse« vom 19. Februar 1955, findet sich aber bei Fuegi nicht. Unter dem Titel »Orgien in Ostberliner Luxusvilla« berichtet der »geflüchtete ostzonale Journalist« Heinrich Juerges: »Am Ufer des Scharmützelsees wurde ... vor einiger Zeit der tote Körper eines hübschen Mädchens gefunden. Unweit davon entfernt steht eine einsame Luxusvilla, in der die Kulturgewaltigen der Zone, unter anderem Kultusminister Becher sowie die Schriftsteller Bert Brecht, Willi Bredel und andere prominente Persönlichkeiten der Grotewohl-Regierung ihre Feste zu feiern pflegen.« Das reicht an Mitteilungen. Die Zusammenhänge stellen sich ohnehin her. Wir kennen den Mörder schon.

Schwung hat er. Wie John Fuegi von einer Neuigkeit zur anderen eilt – auch sein Stil ist gehetzt – und dabei Brechts Werke zur Seite bzw. zu den Geliebten oder zur Politik räumt, ist schon zu bewundern. Daß er sich Brechts Mahnung, die Schriftsteller und Philologen läsen zu wenig in den Geschäftsbüchern (oder denen des KGB) und seien so nicht in der Lage, anständige Bücher zu verfassen, so zur Brust genommen hat, ist zu begrüßen: Die Fülle dessen, was er da alles auskramt oder -kratzt, ist beachtlich. Nur: Beim Meister stand nicht, daß Bücherschreiben zur Buchhaltung verkommen sollte. Dem Chef so ziemlich alles zur Habenseite gutzuschreiben, was auf der Hetzjagd mal gerade am Straßenrand aufzulesen ist, würde noch nicht einmal ein Provinzfinanzamt als Steuererklärung durchgehen lassen.

Die wesentlichen, nun wirklich bekannten Arbeitsprinzipien Brechts hätten für Fuegi zumindest eine Arbeitsgrundlage bieten können. Also noch ein Zitat des Chefs: »›Heute‹, beklagte sich Herr K., ›gibt es Unzählige, die sich öffentlich rühmen, ganz allein große Bücher verfassen zu können, und dies wird allgemein gebilligt. Der chinesische Philosoph Dschuang Dsi verfaßte noch im Mannesalter ein Buch von hunderttausend Wörtern, das zu neun Zehnteln aus Zitaten bestand. Solche Bücher können bei uns nicht mehr geschrieben werden, weil der Geist fehlt ...‹.«

Es ist die mit uralter Patina versetzte Schönheit von Biographien dieser Sorte, auf die wir doch immer wieder reinfallen möchten (was wäre sonst das öde Leben): *Brecht & Company.* Nichts geht ohne den Firmeninhaber. Da dieser ein gewisses öffentliches Interesse beansprucht, müssen auch die Chargen her. Was wäre der Alte mit seinen Problemen ohne sie?

Und eine ordentliche Handlung brauchen wir auch – im ewig alten Herrschaftsstil, der etwa so geht (ich mache eini-ge Anleihen beim Sonett *Über die Verführung von Engeln,* stammt von Margarete, wenige Jahre nach ihrem Ableben geschrieben): Verzieh den Engel einfach in den Hauseingang, steck ihm die Zunge in den Mund und lang ihm untern Rock, bis er sich naß macht, stell ihn das Gesicht zur Wand, heb ihm den Rock und fick ihn. Da der Hauseingang auf die Dauer etwas zugig ist, geht der Engel dann doch lieber mit dem Chef ins Bett, und besinnt sich (danach) seiner Fähigkeiten, den Laden eigentlich selber schmeißen zu können. Nach freudig erlebten Orgasmen setzt der Engel sich hin und managet des Meisters Werke. Der eignet sich diese an und beglückt den Engel, bis er ihn wegwirft: Der Engel hat Flügel, soll er doch fliegen. Und so haben wir denn den großen BB und seine Firma. Solche Frauen sollte Mann finden. Immerhin: Fuegi hat einen ausgemacht. Schon deshalb gehören die 732 Seiten zur Pflichtlektüre für jeden Firmengründer.

Wer noch nicht Englisch kann, der lerne es. Was seit Jahrhunderten gewachsen ist, muß unbedingt gelesen werden: Fuegis Werk. Macht Euch gefälligst an die Lektüre, geneigte Leser, und erfahrt's (wie der Meister zu sagen pflegte), was Mann mit Sexualarbeit alles erreichen kann. Nachmachen, ein bißchen schreiben üben, berühmt werden!

Und die geneigten Leserinnen? Sie haben die Möglichkeit zu erfahren, was an Arbeit alles auf sie zukommt, wenn er in ihnen drinsteckt, der Meister.

P.S.: Das Alternativ-Buch *The Life and Lies of Bertolt Brecht* gibt es doch. Ich habe mich vergewissert. Es hat ebenfalls nur 732 Seiten, erschien in London (Harper Collins) und kostet 25 Pfund. Ich rate zur amerikanischen Ausgabe – oder besser ganz ab.

Jan Knopf ist Professor für Literaturwissenschaft und Leiter der Arbeitsstelle Bertolt Brecht an der Universität Karlsruhe

Konkret 10/94, S. 56

Christel Dormagen

Ein Teil im Kleiderschrank?

Gerade erst hat sich die begriffliche Trennung von »sex« und »gender«durchgesetzt, da wird sie bereits wieder in Frage gestellt. Ein Beitrag zur Debatte um die Feminismustheoretikerin Judith Butler

Es hatte damit angefangen, daß mein Vater, der seine Zweifel an der wissenschaftlichen Sauberkeit feministischen Gedankenguts mir gerne vorträgt, mich an einem Ort anrief, an dem mich deutsche Feuilletonkultur nicht erreichte. »Hast du schon von dieser Judith Butler gehört?«, fragte er. Das hatte ich nicht. »Stell dir vor«, erläuterte er, »ich habe in der Zeitung gelesen, daß sie die These vertritt, die Begriffe Mann und Frau seien überflüssig.« Das konnte ich mir allerdings nicht vorstellen. Also besorgte ich mir das Buch *Das Unbehagen der Geschlechter* von Judith Butler und in der Folge noch andere Bücher, Zeitschriften und Artikel, die sich mit dieser allerneuesten Unerhörtheit aus den Vereinigten Staaten beschäftigen. Und ich stellte fest, spinnen tut sie nicht, die amerikanische Wissenschaftlerin, im Gegensatz zu manchen ihrer Fans.

Worum geht es? Eigentlich um etwas theoretisch gar nicht so Brandneues, nämlich um die Un-Natur der Kategorie »Natur«. Und die wird, wie wir wissen, besonders gern im Zusammenhang mit 1. Sexualität und 2. Frauen benutzt. Bisher, so Butler, schien die Kategorie Frau sowohl für feministische Theorie als auch für feministische Praxis unabdingbar zu sein. Über das feministische Subjekt – das also, was alle Frauen verbindet – sollte sich die Gemeinsamkeit von Interessen und Bedürfnissen ebenso wie eine gemeinsame Handlungsbereitschaft herstellen. Alle Frauen seien qua Frau quer durch alle Kulturen vom Patriarchat unterdrückt. Und wenn man die Unterdrückung beseitigte, käme die wahre bzw. natürliche Frau zum Vorschein. Butler legt nun dar, daß eben diese scheinnatürliche Kategorie selber schon eine Konstruktion desjenigen sprachlich organisierten und reglementierten Machtsystems ist, aus dem das feministische Subjekt sich befreien will. Die Frauen klagen ihre Emanzipation bei den Trägern jenes Herrschaftsbereichs ein, dessen Produkt sie selber sind.

Ganz praktisch spricht gegen die Universalität des feministischen Subjekts außerdem die leider nicht wegzuleugnende Tatsache, daß sehr viele Frauen sich von diesem Subjekt nicht vertreten fühlen oder sogar strikt ausgeschlossen werden. Damit geht Butler das derzeit hoch im Kurs stehende Problem der Differenzen von einer anderen Seite an. Die Frage, ob es sich bei den Unterschieden zwischen allen Frauen um historisch gewordene Verschiedenheiten handelt und wie man diese berücksichtigt, löst sie auf sprachlogische Weise. Ihre zentrale Frage lautet: »Stellt nicht die Konstruktion der Kategorie ›Frau(en)‹ als kohärentes, festes Subjekt eine unvermeidliche Regulierung und Verdinglichung der Geschlechterbeziehungen dar?«

Nicht nur der »natürliche« Unterschied zwischen Männern und Frauen sei etwas Gemachtes, Gedachtes. Es ist dieser Dualismus selber, der ein kulturelles Konstrukt darstelle. Auch feministisches Denken sprengt den Rahmen des entweder männlich oder weiblich nicht, wenn es um das spezifisch Weibliche geht. Noch in der Absetzbewegung formuliere es sich vom Männlichen her. Butler schlägt daher vor, die Vorstellung von einer irgendwie gearteten weiblichen Identität gänzlich fallenzulassen. Auch die Trennung von *sex* und *gender* führt ihrer Meinung nach nicht aus der Falle heraus. Zur Erinnerung: Unter *gender*, der Geschlechtsrolle, wird neuerdings die kulturell erzeugte gesellschaftliche Rollenvorgabe begriffen; und die stehe nicht in einem Ursache-Wirkungs-Zusammenhang mit dem *sex*, dem Geschlecht. Doch wie natürlich ist denn in Wahrheit dieses Geschlecht, fragt Butler. Wie hat man es sich zu denken, biologisch, anatomisch, gonadisch (durch die Keimdrüsen bestimmt) oder genetisch? Tatsächlich sind es die Wissenschaften, die die »Natur« des Geschlechts definieren und sie immer mehr ins Abstrakt-Chiffrenhafte verlagern.

Kurzum, den angeblichen Unterschied gibt es nicht. Das Geschlecht (*sex*) ist ebenso wie die Geschlechtsidentität (*gender*) »kulturell hervorgebracht«. Und es ist, darin folgt Butler Foucault, die List der Macht, beide voneinander zu trennen und dem konstruierten Geschlecht nachträglich den Stempel Natur aufzudrücken. Wir haben es mithin bei der Geschlechterordnung nicht mit natürlichen Tatsachen zu tun, sondern mit normativen, Tatsachen erzeugenden sprachlichen Setzungen. Und nach Butler ist die Norm, die sich – ohne sich als solche zu erkennen zu geben – in der geläufigen Geschlechterauffassung durchsetzt, das Gesetz der institutionalisierten Heterosexualität.

So weit, so einleuchtend. Was aber, bitteschön, fangen wir damit an? Gibt es für dieses Gedanken-Werkzeug auch eine Gebrauchsanweisung zur Herstellung einer besseren Welt? Oder, theoretisch formuliert: Kann eine Theorie, die derart radikal sämtliche gesellschaftlichen, um nicht zu sagen menschlichen, Ordnungskategorien als ideologieverfallen verwirft, ihrem selbstgestellten Anspruch genügen, trotzdem feministische Handlungsmöglichkeiten bereitzustellen? Gewiß, antwortet Butler, darin liegt unsere einzige Möglichkeit. Gerade daß wir Frauen nicht wissen, wie das Weibliche von Natur aus beschaffen ist, und somit auch nicht, wie es aus allen Entstellungen und Unterdrückungen erlöst zu werden hat, gerade dieses Wissen gibt uns die Chance »subversiv« zu spielen.

Da ein Außerhalb nicht existiert, gilt es nicht, eine schöne Utopie zu erdenken, ein drittes Geschlecht, eine androgyne Figur zu erschaffen. Es gilt vielmehr, innerhalb des binären Systems Mann-Frau Verwirrung zu stiften, subversiv das

Geschlechterverhältnis und mögliche Subjektivitäten ins Unendliche zu multiplizieren, die Zweiheit in vielen bunten, widersprüchlichen, verrückten Inszenierungen zu parodieren. Butlers Idee von der Geschlechterparodie – gelegentlich sagt sie auch Travestie – zielt auf mehr als eine Verspottung der normalen Männer und Frauen, nämlich auf die Auflösung des Begriffs des Originals. Parodistische Inszenierungen unterlaufen den Zwang zur Eindeutigkeit. Und wenn sich die Geschlechtsidentität als ein jeweiliger momentaner Akt stilisierter *performance* entpuppt, wird sie als Trägerin von Wesenseigenschaften schließlich »radikal unglaubwürdig«. Das zumindest ist Butlers Hoffnung.

Und da sitzt denn auch schon der Haken. In den späten 70ern dachte und lebte ein Teil der Frauenbewegung nach dem Slogan »Feminismus ist die Theorie und Lesbianismus die Praxis«. Nicht von ungefähr erfährt dieser Theorie-Praxis-Kurzschluß – mal abgesehen davon, daß Feminismus nicht eigentlich eine Theorie, sondern eher eine Überzeugung ist – derzeit im Gefolge von Butlers Buch ein erweitertes Revival in der cis- und transatlantischen Szene. Und das lautet kurz und schlicht: Heterosexualität, überhaupt jede eindeutige sexuelle bzw. geschlechtliche Orientierung, ist out, und *queer* ist in. Wobei *queer* erstmal schräg, verrückt, daneben, uneindeutig meint und darauf hinausläuft, daß Mann und vor allem Frau es nicht nur auf eine Weise treiben soll und schärfste Geschlechtsverkleidungen erwünscht sind. Es liegt daneben, wer nicht daneben ist.

Am verquersten präsentiert die Hamburger Frauenzeitschrift »Neid« (»Das einzige Magazin, wo Männer *wirklich* unterdrückt werden«) den angesagten Queer-Lifestyle. Sehr hübsch murksig ist schon die Begriffserklärung: »Jetzt benutzt man dieses Wort für Leute, die sich nicht durch ihre Geschlechtsorientierung bezeichnen, sondern sich auf eine Identität beziehen, die aus beiden Richtungen besteht und die konstruiert ist.« Die scheinbar aus der ersten Reihe verabschiedete Sexualität drängt sich *under cover* nun erst recht überall herein: »Sex ist keine Finalität, sondern eine Möglichkeit, das Leben zu kreieren.«

Am charmantesten an »Neid« Nr. 2 mit den witzigen, wüsten Illustrationen, das sich der Butler-Nachfolge widmet, ist jedoch seine Textmischung: Alles und sein Gegenteil wird unverdaut ausgespuckt. Neben einer naiven Geschichte aus San Francisco, in der eine junge Frau aus ihrem Sexleben mit Frauen und Männern plaudert und am Ende völlig unqueer klagt: Die Welt hat keinen Platz für Bisexualität, denn, ach, die Gesellschaft akzeptiert sie nicht – , neben dieser Aufbau-Story gibt es eine ebenso begeisterte wie hilflos-kryptische Besprechung eines Aufsatzes der Butler-nahen US-Autorin Donna Haraway über »Cyborgs«, in der ahnungsvoll versichert wird: »Es geht nicht um den Hype einer Theorie der Saison.« Genau um den geht es aber, wie die dokumentierte Mitschrift eines Uni-Seminars mit Judith Butler belegt. Darin versucht diese, das Chaos zu ordnen, das sie unwillentlich unter ihren Jüngerinnen angerichtet hat: »Der Fehler, den ich in *Gender Trouble* beging, war das Beispiel der Travestie anzuführen ... es wurde so verstanden, daß es nur um die Frage geht, was ich heute anziehe.« Und noch deutlicher: »Gender ist kein Teil im Kleiderschrank.«

Nun kann Butler nicht für die Schlichtheit ihrer Adeptinnen haftbar gemacht werden. Adorno, der ja auch mehr praktische Liebhaber hatte, als ihm recht war, hat sich z.B. immer gegen »Anwender« seiner Philosophie gewandt und sich erst recht vor Handlungsanweisungen gehütet. Butler möchte für die buchstäbliche Oberflächen-Nutzung ihrer Thesen denn auch gerne unsaubere Lektüre verantwortlich machen: »Seit dem Aufkommen der ›queer theory‹ und einer neuen Spielart der ›theory culture‹ in den USA kursieren höchst reduzierte Karikaturen komplexer intellektueller Positionen als ›readings‹.« (»Texte zur Kunst«) Dennoch hat sie selber auch die Geister gerufen, die sie nun nicht mehr los wird. Das Mißverständnis ist schon in ihrer Theorie angelegt, die eben nicht nur Theorie, sondern auch Praxisanleitung sein will. In diesem Zusammenhang erinnert Cornelia Eichhorn in der »Beute« noch einmal daran, daß sich Theorie nicht umstandslos in Praxis überführen läßt, da erkenntnistheoretische Sätze einen anderen logischen Status haben als normative. Folglich erscheint ihr Butlers Abhandlung über Subjektkonstitution »als dekonstruktivistisches Projekt ... durchaus plausibel, als emanzipatorisches Projekt der Bedeutungsvervielfältigung jedoch schlicht unbrauchbar«.

An drei Beispielen sei die aporetische Falle einer derartigen Vermengung verdeutlicht. Eines liefert Butler selbst. In ihrem schon zitierten Aufsatz in Texte zur Kunst beklagt sie sich über eine wohlwollende Kritikerin in der »Frankfurter Rundschau«, die auf Butlers äußere Erscheinung eingegangen war. Butler verwirre, heißt es in der Rezension, »das Publikum dadurch, daß sie in doppelter Weise präsent ist: in ihrer Rede und in ihrem Körper, den Traditionalisten ganz einfach als ›männlich‹ bezeichnen würden. Als sympathischer junger Mann, vielleicht italienischer Abstammung, mit exakt geschnittener Herrenfrisur, lebhaft gestikulierend, steht sie am Pult und führt vor Augen, was ›weiblich‹ alles einschließt, besser: wie überholt und unwichtig es ist, Körpern ein genau definiertes Geschlecht zuzuordnen.« Butler wirft der Autorin den alten, sexuell konservativen Blick des Mann oder Frau vor: Sie scheue sich, das Wort Lesbierin zu benutzen. Darüberhinaus zeuge die Beschreibung »von einer immer noch herrschenden Unlesbarkeit und ›Unsehbarkeit‹ des Juden in Deutschland«. Lesbe werde verschwiegen angedeutet, Jüdin verschweigend ethnisch verschoben. Nur fragt man sich da: Wie hätte die Kritikerin richtig benennen bzw. richtig verschweigen sollen? »Mann« oder »Frau« darf zur Identifizierung nicht herangezogen werden, »Lesbe« und »Jüdin« aber muß? In Deutschland sind derlei Sätze allerdings so oder so zu Heillosigkeit verurteilt.

Das zweite Beispiel ist eher grundsätzlicher Art. Seit kurzem existiert in Berlin nach amerikanischem Vorbild ein Internationales Frauenaktionsbündnis, das sich nach Butlerschem feministischen Verständnis gegründet hat: Im Interesse gezielter, konkreter Aktionen verzichten die Frauen auf ein vorab definiertes verbindliches feministisches Selbstverständnis. Strenge zeitliche Begrenzungen und strikte Einhaltung der Tagesordnung bei den Sitzungen sollen das Bündnis außerdem effektiv und handlungsfähig halten. Eingreifen will es bei sexistischen, rassistischen, antisemitischen Gewalttätigkeiten. »Das Ziel, d.h. das gemeinsame Projekt, galt es höher zu hängen als die Grundlage, d.h. die herauszufindende weibliche Identität.« In *Copyshop*, einem Sampler von Büro Bert zu »Kunstpraxis & politischer Öffentlichkeit« (ID-Archiv) findet sich neben mühselig akademischen Überlegungen zu Butler auch ein kurzer Bericht über dieses Aktionsbündnis. Und darin heißt es, es sei erstmal kein Problem gewesen, »schubladentraumatisierte Frauen« (was für ein schönes Wort der neuesten Unübersichtlichkeit!) »für etwas nach kämpferischem Feminismus Aussehendes zu gewinnen«. Nur gab es dann eben doch Schwierigkeiten, als es an konkrete Planungen ging, denn »einige aus der feministischen Szene sagten, sie würden sich sehr genau ansehen, mit wem sie für was paktierten«. Und nicht von ungefähr ist das Großbündnis inzwischen in diverse Untergruppen für einzelne Aktionen aufgesplittert.

Daß nach jahrelangen Ausdifferenzierungspalavern wieder das Bedürfnis nach Taten wächst, ist sehr begreiflich. Daß man sich nun aber in eine alte Scheinalternative verbeißt, weniger. Es geht ja nicht darum, daß man sich erstmal einen vollinhaltlichen, intrafraktionellen Identity-Kit inklusive *sex*ueller Präferenzen zulegen müßte, um was gegen Neonazis zu haben und zu tun. Es geht vielmehr darum, daß sich spätestens durch die Auseinandersetzung mit dem jeweiligen Gegenstand (z.B. den Vergewaltigungen im ehemaligen Jugoslawien) die eigene Position dadurch klären wird, daß man den beklagten Tatbestand zu begreifen versucht. Das Ich und seine Meinung bilden sich im Prozeß des Deutens immer wieder neu. Und das hat Butler ja auch theoretisch dargelegt: Vorgesellschaftliche Subjekte sind nicht denkbar.

Dagegen steht jedoch ihre und unser aller Sehnsucht nach den deutlichen Lösungen, der Glaube an das *missing link* zwischen Theorie und Praxis ist unerschütterlich. Dazu das letzte Beispiel, das Juliane Rebentisch in einem in Copyshop nachgedruckten Aufsatz über Butler und die »gender studies« vorträgt. Eine Frauengruppe hatte in einer nächtlichen Aktion die Zugänge zu einem Park für Männer gesperrt. Damit wollte sie auf die ständige Vergewaltigungsgefahr aufmerksam machen. Das, so wandte eine Gegenfraktion ein, bestätige nur die gesellschaftliche Rollenaufteilung in Täter-Männer und Opfer-Frauen. Ursachen würden so nicht beseitigt. Frauen sollten lieber praktische Vorbeugung betreiben: zu zweit oder in Gruppen durch Parks gehen, Selbstverteidigung lernen etc. Dagegen hielt wiederum die erste Gruppe: Präventivmaßnahmen schöben den Frauen die Schuld an einer möglichen Vergewaltigung zu. Die Frau werde zu einem eingekleideten Sexualorgan, zu einem passiven, verwundbaren Innenraum, für dessen Schutz sie selbst zuständig sei. Es gelte vielmehr, den Vergewaltigungsakt als Produzenten solcher Geschlechtsbilder und sexuellen Vorstellungen zu erkennen. Gewalt gegen Frauen stelle jene Geschlechterdifferenz erst her, die vorauszusetzen sie vorgibt.

In diesem Sinne argumentieren denn auch amerikanische Verfechterinnen eines neuen Antivergewaltigungskonzepts. Sie wollen den Willen, den Widerstand, die Gewaltbereitschaft, kurzum die Handlungsfähigkeit von Frauen stärken, sie setzen bei sich selber an statt bei der Falschheit der Männer. Diese Idee arbeitet allerdings verrückterweise der üblichen Rechtsprechung bei Vergewaltigungsprozessen in die Hände, bei der es immer wieder heißt, die Frau habe sich nicht überzeugend genug gewehrt.

Damit ist zum Schluß der heikelste Bereich möglicher Folgen – nicht: Intentionen – des Butlerschen Dekonstruktivismus berührt: In seiner sprachlogischen Abschottung ist das Spiel mit Identitäten und Bedeutungen gegen unterschiedlichste gesellschaftliche Funktionalisierungen nicht gefeit. Und die Queer- und Transi-Mode mag nur als harmlosester Beleg dafür dienen, daß sich Bekämpfung und Affirmation dessen, was ohnehin ist und sein wird, schließlich kaum noch unterscheiden lassen.

Von Christel Dormagen ist jetzt im Ingrid Klein Verlag das Buch »Mond und Sonne. Über die Aufhebung der Geschlechter« erschienen.

Konkret 10/94, S. 59

Lutz Wernicke

Also sproch der Bärgabwerts

Wie der Philosoph Friedrich Wilhelm N. und der Massenmörder Adolf H. zusammenhängen und warum dieser Zusammenhang geleugnet wird. Rapport zum 150. Geburtstag eines gemeingefährlichen Sonderlings

Der Aufstieg

Nachdem der Pfarrer Karl Ludwig die Pfarrerstochter Franziska geehelicht hat, bringt das Paar am 15. Oktober 1844 in einer Kleinstadt 20 km südwestlich von Leipzig einen Sohn zur Welt. Er wird auf den Namen Friedrich Wilhelm getauft. Eine am 10. Juli 1846 geborene Schwester erhält den Namen Elisabeth. Beide Kinder werden mit dem Tode des Vaters Mitte 1849 Halbwaisen. Mit ihnen siedelt die Witwe Franziska im folgenden Jahr nach Naumburg an der Saale über. Es gelingt ihr, sich und die beiden Kinder am Leben zu erhalten. Tochter Elisabeth wird zu gegebener Zeit mit einem Herrn Förster verheiratet. Für Sohn Friedrich Wilhelm aber ist eine akademische Laufbahn vorgesehen.

Als Vierzehnjähriger wird er in die größte der damaligen drei Fürstenschulen Sachsens aufgenommen. Nach erfolgreichem Schulabschluß studiert er an der Bonner Universität zwei Jahre lang Religion sowie Griechisch und Latein. 1865 jedoch folgt er seinem vornehmlich an ethischen Fragen interessierten Theologielehrer Albrecht nach Leipzig an die dortige Universität. Hier freundet er sich eng mit seinem aus Hamburg gebürtigen Sprachlehrer Erwin an.

Das Studium schließt Friedrich Wilhelm mit Erlangung der Doktorwürde ab. Schon vor der Promotion indes wird der nun Vierundzwanzigjährige im Februar 1869 als außerordentlicher Professor für Altsprachen an die älteste Universität der Schweiz in Basel berufen. Hier wird er nur ein Jahr später ordentlicher Professor.

Als im Juli 1870 der deutsch-französische Krieg beginnt, meldet sich Prof. Dr. Friedrich Wilhelm als Freiwilliger. Da er über keine besonderen Körperkräfte verfügt, wird er im Transportwesen für Verwundete und Erkrankte eingesetzt. Er überlebt den im Mai 1871 offiziell beendeten Krieg und nimmt seine Tätigkeit als Gelehrter wieder auf. 1872 erscheint eine erste Publikation von ihm, die jedoch von seinem ehemaligen Theologielehrer Albrecht öffentlich als unwissenschaftlich abgelehnt wird. Ungeachtet dessen folgen bis 1874 drei weitere Schriften zu religiösen, historischen und philosophischen Fragestellungen. Nachdem die letzte fertiggestellt ist, begibt sich der nunmehr Dreißigjährige in ein einsames Gebirge, wo er zehn Jahre lang oberhalb der Baumgrenze zusammen mit einem Adler und einer Schlange als Einsiedler in einer natürlichen Höhle lebt.

Dämmerung und Nacht

Nach der Zeit als sonderlicher Höhlenmensch, die Friedrich Wilhelm freilich nur in seiner Einbildung durchgemacht hat, gibt er 1879 seinen Lehrstuhl in Basel auf. Zu diesem Schritt trägt ein Augenleiden bei, das bisweilen heftige Schmerzen verursacht. Seinen Wohnsitz verlegt er nach Turin, wo er jedoch nur die Wintermonate verbringt (hier verstirbt 1882 Graf Gobineau). Die Sommermonate hingegen verlebt er alljährlich in einem winzigen, an einem See gelegenen Kurort in der ruhigen Bergwelt des Oberengadin.

Trotz seines Augenleidens setzt er die Schreibtätigkeit fort. Er verfaßt ein umfangreiches Werk über die fiktiven Erlebnisse und angeblichen Einsichten, die ihm in der Rolle des Bärgabwerts zuteil geworden sein sollen. Ein erster Teil des Textes erscheint 1883, eine bis auf vier Teile ausgedehnte Fassung 1885, eine nur drei Teile umfassende Wiedergabe erlebt 1887 ihre zweite Auflage, und eine Gesamtausgabe kommt 1892 heraus. Friedrich Wilhelm bezeichnet seine eigene Arbeit als »das tiefste Buch, das die Menschheit besitzt«.

Er ist ein fleißiger Schreiber. Bis 1888 entstehen neben umfangreichen Notizen und Planskizzen für spätere Veröffentlichungen abgeschlossene Werke, die nacheinander nahezu regelmäßig Jahr um Jahr an die Öffentlichkeit gelangen. Im Januar 1889 jedoch, als sich Friedrich Wilhelm turnusmäßig in Turin aufhält, fällt er unerwartet in geistige Umnachtung. Sie ist Folge sich ausbreitender Lähmungserscheinungen, die schließlich auch die Hirnrinde erfassen. Ursächlich ist womöglich eine schleichend verlaufene Syphilis.

Der zu eigener Versorgung nicht mehr fähige Kranke wird zu seiner Mutter Franziska nach Naumburg übergesiedelt, wo sich die Witwe 1850 niedergelassen hat. Sie stirbt jedoch bald darauf, so daß sie dem Sohn nicht länger eine Hilfe sein kann. Der Paralysierte wird schließlich in das Haus seiner mit Herrn Förster verheirateten Schwester Elisabeth in Weimar verbracht, wo er am 25. August 1900 stirbt. Schwester Elisabeth, die ihren Bruder um 35 Jahre überlebt, nimmt auch den gesamten schriftlichen Nachlaß in ihre Obhut.

Der Widerhall

Noch zu Lebzeiten Friedrich Wilhelms erscheint 1894 der erste Band einer Reihe, die sich zum Ziel gesetzt hat, einer interessierten Öffentlichkeit die gesammelten Werke des rastlosen Schreibers zugänglich zu machen. In den folgenden 18 Jahren schließen sich 18 weitere Bände an. Der letzte von ihnen kommt 13 Jahre nach dem Tode des Friedrich Wilhelm heraus, ein Jahr vor dem Beginn des 1. Weltkrieges.

Die Beschimpfung der unteren Schichten als Pöbel, die Verachtung des Adels als Spitze jenes Pöbels, die Denunzierung von Mitleid als Schwäche, die Herabsetzung von Vernunft und Wissenschaft, die Degradierung der Frau zur Gebärmaschine – allein schon das sichert den Schriften des Friedrich Wilhelm die Aufmerksamkeit der sich gebildet dünkenden Schichten jener Zeit. In der Sorge, zwischen expandierender Industrieherrschaft und aufsteigendem Proletariat an wissenschaftlichem Einfluß und gesellschaftlichem Ansehen zu verlieren, sprechen Friedrich Wilhelms Werke diesen Schichten aus dem Herzen.

Auch Schwester Elisabeth entgeht das Interesse an den Schriften ihres Bruders nicht. Da sie zudem über den in ihrem Hause in Weimar gelagerten Nachlaß verfügen kann, beginnt sie 1905 zusammen mit ihrem Verwandten Richard Oehler die Herausgabe einer auf zwanzig Bände geplanten Gesamtausgabe. Das Unternehmen kommt trotz eines Weltkrieges, des Zusammenbruchs des Kaiserreiches, der Novemberrevolution und der Ausrufung der Weimarer Republik bis 1926 erfolgreich zum Abschluß.

Obwohl nun die Gesammelten Werke vorliegen und daneben eine Gesamtausgabe existiert, hält die Nachfrage an. Daher besorgt der Alfred Kröner Verlag in den Jahren 1930-32 eine achtbändige Taschenausgabe. Deren Herausgabe übernimmt Alfred Bäumler, der von 1933 bis 1945 als Professor in Berlin tätig ist und dort die »philosophische Grundlegung des Nationalsozialismus« betreibt (*Philosophisches Wörterbuch,* 1965).

Das Jahr 1933 erlebt nicht nur die Machtauslieferung an die Nazis und die 47. Auflage von *Mein Kampf*, sondern auch eine Gesamtausgabe der Werke und Briefe des Friedrich Wilhelm im eifrigen Alfred Kröner Verlag. Die Literatur von und über Friedrich Wilhelm ist schließlich so umfangreich, daß Richard Oehler, der mit Schwester Elisabeth die Gesamtausgabe besorgt hat, im Jahre 1938 eine Bibliographie aller seit 1890 veröffentlichten Schriften verfaßt. Zu diesem Zeitpunkt sorgt die »Reichskulturkammer« unter NS-Propagandaminister Goebbels bereits seit fünf Jahren für die Gleichschaltung von Kultur und Wissenschaft mit den Bestrebungen der Nazi-Herrschaft.

Eine Hochzeit

Von 1919 bis 1939 steht die ehemalige Hauptstadt Westpreußens als Freistaat Danzig unter der Verwaltung eines Völkerbundkommissars. Das höchste politische Organ der Stadt ist der Senat. Dessen Präsident ist seit 1933 der aus Thorn gebürtige Hermann Rauschning. Als er geboren wird, gehört die Stadt an der Weichsel zu Preußen, bei Antritt seines Präsidentenamtes in Danzig jedoch zu Polen.

Gleichzeitig tritt das Dritte Reich aus dem Völkerbund aus, wodurch der über Danzig gesetzte Kommissar jeden faktischen Einfluß verliert. Dieser fällt vielmehr an Rauschning, bis der Freistaat 1939 an Deutschland angeschlossen wird. Schon vorher hat Rauschning die *Entdeutschung Westpreußens und Polens* (Buchtitel von 1930) beklagt. Nach dem Anschluß Danzigs ans Deutsche Reich müßte er also zufrieden sein.

Jedoch ist Rauschning ein Politiker, der im Deutschtum einen moralischen Wert sieht und Politik als Verpflichtung zum Handeln entlang dieses Wertes empfindet. Für den Senatspräsidenten gibt es weitere Werte im politischen Leben und darüber hinaus in allem menschlichen Handeln. Das von ihm geglaubte Wertgefüge wähnt er indes durch die Erscheinung gefährdet, die Friedrich Wilhelm schon im vergangenen Jahrhundert als Nihilismus bezeichnet hat: die Entwertung aller Werte. Daran maßgeblichen Anteil zu haben, hält Rauschning nun auch den Nazis entgegen.

Um dies zu belegen und um zu warnen, läßt er daher 1939 in Paris die Schrift *Hitler m'a dit* erscheinen. Sie kommt 1940 unter dem Titel *Gespräche mit Hitler* deutschsprachig in Zürich heraus. Nach der Zerschlagung des Dritten Reiches dient gerade dieses Buch bei der historischen Aufarbeitung der NS-Zeit als eine wichtige Quelle, so noch beispielsweise in Band 192 der Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung (Bonn 1986, kurz: PBildg). Dort zitiert der in Kalifornien lehrende Soziologe John M. Steiner eine in Rauschnings Arbeit von 1940 enthaltene Äußerung Hitlers über dessen Bewertung der fiktiven Erlebnisse und angeblichen Einsichten, welche dem Friedrich Wilhelm in der Rolle des Bärgabwerts zuteil geworden sein sollen. Hitler sagt: »Ja, der Mensch ist etwas, das überwunden werden muß, (F.W.) hat davon auf seine Weise allerdings bereits etwas gewußt. Er hat den Übermenschen sogar schon als eine biologische neue Spielart gesehen. Obwohl das bei ihm noch schwankt. Der Mensch wird Gott, das ist der einfache Sinn. Der Mensch ist der werdende Gott.«

Daran ist zu erkennen, daß die Werke des Friedrich Wilhelm wegen der ihnen innewohnenden Herabsetzung der unteren Schichten als Pöbel und dergleichen nicht nur in der Kaiserzeit und während der Weimarer Republik den Beifall des Bildungsbürgertums finden, sondern wegen der Propagierung des »Übermenschen« gerade auch unter den Nazis ihre hohe Zeit haben. Und wo es »Übermenschen« gibt, gibt es notwendigerweise auch »Untermenschen«, von denen ein Teil im KZ

Buchenwald auf dem Ettersberg nördlich von Weimar umgebracht wird, fast in Sichtweite des Hauses, in dem der Nachlaß des Friedrich Wilhelm archiviert ist.

Und kein Ende

In dritter Auflage erscheint 1950 eine von Karl Jaspers 1936 verfaßte Schrift über Friedrich Wilhelm. In ihr gibt der Autor eine Einführung in das Verständnis des Philosophierens seines Titelhelden. Darin befindet er, Philosophieren mit Friedrich Wilhelm bedeute »ein ständiges sich gegen ihn Behaupten«. Gott sei tot, denn vor ihm seien alle gleich, mit seinem Tode also einige gleicher; Recht setze der Starke, und Mitleid dünke ihn Schwäche; die Vernunft sei hinweggefegt, weil sie dem Selbst des Menschen im Wege stehe; der Staat sei beseitigt, da er die Schwachen schütze und hierdurch den »Übermenschen« verhindere; kriegerisch sei der Mann und gebärfreudig die Frau – wer sich gegen derlei Forderungen ständig behaupten muß, wird ständig von ihnen versucht. Gerade darin besteht augenscheinlich für manche der Grund ihres ungebrochenen Interesses an der Verbreitung der Schriften des gemeingefährlichen Sonderlings Friedrich Wilhelm.

So bringt der Alfred Kröner Verlag zwischen 1952 und 1957 die Gesamtausgabe der Werke und Briefe von 1933 wieder auf den Markt. Bei Philipp Reclam jun. erscheint 1993 die vierteilige Fassung des Bärgabwerts von 1892 neu. Drei weitere namhafte deutsche Verlage führen sie im Angebot. Freilich weist selbst der »FAZ«-Mitarbeiter und Hitler-Biograph Joachim C. Fest 1986 auf den Zusammenhang zwischen dem einstigen »Führer«, dem Rassenlehrer Gobineau und dem antisemitischen »Übermenschen«-Erfinder Friedrich Wilhelm hin (PBildg). Werden also seine Werke trotzdem oder deswegen immer wieder neu verlegt?

Diese scheinbar polemische Frage findet eine überraschend einfache Antwort in einem 1976 in Wien erschienenen Aufsatz des Bonner Politikwissenschaftlers Hans-Adolf Jacobsen. Dort heißt es: »Für Hitler und seine Anhänger waren es immer die gleichen Feinde, die ›Zerstörer der Zeit‹, wie schon im Innern so auch im Äußeren, die für das Unglück des deutschen Volkes verantwortlich waren. Das ›Krebsgeschwür‹, das Übel dieser Welt, waren die Juden, die extremste Form derselben der Bolschewismus. Sie mußten mit Stumpf und Stiel ›ausgerottet‹ werden, erst dann würden Deutschland und Europa genesen« (PBildg).

Und der schon erwähnte Soziologe John M. Steiner führt unter Verweis auf Hermann Rauschning über Hitler aus: »Für ihn war der christliche Glaube jüdisch und daher schwach. Die christliche Moral vom Mitleid sollte durch ein Bekenntnis zum Heros, zum Glauben an den Naturgott, den Gott der eigenen Nation, des Schicksals und des Blutes ersetzt werden« (PBildg).

Hier nun schließt sich der Kreis: Indem der Antisemit und Denunzierer des Mitleids als Schwäche, Friedrich Wilhelm, ungewollt den Nazis zuarbeitet, die ihrerseits Judentum und Marxismus gleichsetzen und den Bolschewismus als extremste Form des Judentums hinstellen, steht die unsägliche Gedankenwelt des Friedrich Wilhelm nach der Vernichtung des Judentums im zweiten Weltkrieg in der anschließenden Zeit des Kalten Krieges gegen den siegreich gebliebenen Bolschewismus wieder auf. Mit seiner sophistischen Logik, daß vor Gott alle Menschen gleich seien und durch seine Toterklärung daher ihre Ungleichheit zur Geltung komme, paßt Friedrich Wilhelms Werk in die sich restaurierende Gesellschaft der Nachkriegszeit mit ihrer antikommunistischen Ausrichtung und ihrer ungleichen Besitzentwicklung.

Die Entsorger

Wenn sich Friedrich Wilhelms Geburtstag zum hundertfünfzigsten Mal jährt, werden selbst kleine Lokalzeitungen die Gelegenheit nutzen, sowohl sein Gesamtwerk als auch insbesondere seine Arbeit über die fiktiven Erlebnisse des Bärgabwerts von jeder Nähe zu den Anschauungen des Nationalsozialismus freizusprechen. Wo aber eine solche Nähe unverkennbar ist, wird sie als verfälschende, erst im nachhinein von Schwester Elisabeth in das Original eingefügte Zutat abgetan.

Das Hinausreden auf Schwester Elisabeth fällt um so leichter, als sie tatsächlich eine sehr aktive Anhängerin der Nazis war und 1932 sogar eine Einladung an Hitler persönlich zu einem Besuch nach Weimar in die heutige Humboldtstraße 26, dem Nachlaß-Haus Friedrich Wilhelms, ausgesprochen haben soll. Es ist aber daran zu erinnern, daß eine bis auf vier Teile ausgedehnte Fassung der Arbeit Friedrich Wilhelms als vermeintlicher Bärgabwerts bereits 1885 erschien, also lange vor Eintritt von Krankheit und Tod und noch länger vor dem ersten Auftauchen von Nazis.

Das Vorkommen antisemitischer Äußerungen in der Fassung von 1885 sowie in der Gesamtausgabe von 1892 entspricht durchaus der unseligen Geisteshaltung der wilhelminischen Ära und bedarf nicht der Hilfskonstruktion einer fälschend eingreifenden Schwester. Ein sogar parlamentarisch organisierter Antisemitismus besteht nachweisbar seit 1887, als Antisemiten (Christlich Soziale Partei, Deutsche Reformpartei) einen von 397 Reichstagssitzen einnehmen. Nur sechs Jahre später erhält diese Gruppierung sogar 16 von 400 Sitzen, während im gleichen Jahr 1893 ein »Bund der Landwirte«, der sich gegen die Senkung der Zölle auf amerikanisches Importgetreide wendet, wüsten Antisemitismus verbreitet.

Wer gleichwohl von schwesterlicher Zutat und Fälschung in Friedrich Wilhelms Werk über den Bärgabwerts ausgeht, möge die Frage klären, warum die darin enthaltenen antisemitischen Passagen noch 1993 bei Reclam jun. auftauchen, wenn es sich bei ihnen nachweisbar nicht um Original-Äußerungen handeln sollte? Weitaus wichtiger aber ist die Frage, warum immer wieder der Versuch gemacht wird, gerade auch den Bärgabwerts-Text von jeder Nähe zu den Anschauungen des Nationalsozialismus freizusprechen, obwohl antisemitische Äußerungen in ihm eine Randerscheinung sind und weder an weitaus krassere Texte aus jener Zeit heranreichen noch auch nur ein Wetterleuchten der Verbrechen der Nazis an den Juden darstellen.

Die dennoch enge Verwandtschaft zwischen der fiktiven Welt des Bärgabwerts und der realen Welt der Nazizeit wird deutlich, sobald weitere Kontinuitäten zwischen dem II. Kaiserreich (1871-1918) und dem III. Reich (1933-1945) einbezogen werden, wie z.B. die Glorifizierung des Kriegerischen, die Kommunisten- und Sozialistenhatz, die Abdrängung der Frau in die Mutterrolle, die rassistische Selbstüberhebung usw.

Erst die Leugnung dieser Kontinuitäten gibt den Blick auf die Rolle der Entsorger der deutschen Geschichte frei: Indem sie jede Nähe des Bärgabwerts zu den Anschauungen des Nationalsozialismus bestreiten und sogar seinen gelinden Antisemitismus als verfälschende Zutat abtun, ebnen sie dem Übermenschen-Wahn einen scheinbar unvorbelasteten Weg in die Zukunft.

Lutz Wernicke ist Autor des Buches»Lehrsatz sucht Griechen/Glossen zur Mathematik«

Konkret 10/94, S. 62

Hermann L. Gremliza

Gremlizas express

Zuerst werden Bäume gefällt und Lumpen gesammelt. Das Holz wird gesägt und geschält, zerkleinert, zerfasert, grob geschliffen, fein sortiert, gebleicht und gewaschen, fein geschliffen, mit den vorgereinigten, sortierten, entstaubten, geschnittenen, gekochten, gebleichten und gewaschenen Lumpen gemischt, zu einem Brei gemahlen und durch eine Rührbütte über einen Sandfang, durch eine Siebpartie, über einen Knotenfänger, durch eine Naßpresse, über eine Trockenpartie, durch ein Glättwerk geführt, damit ein Produkt entsteht, auf das gedruckt werden kann:

Kühler sich das Wetter zeigt,

doch das Lottofieber steigt.

Oma, Opa, Onkel, Tanten

und die lieben Anverwandten

spielen Lotto das es kracht,

machen auf den Jackpot Jagd.

Warten auf das große Glück,

doch dann wird getrübt der Blick:

Wieder einmal voll daneben,

Geld unnötig ausgegeben!

Fiskus sich ins Fäustchen lacht,

nur er den großen Reibach macht!

Kurt Baltinowitz

22149 Hamburg

Soviel zum Satz vom hinreichenden Grunde.

So ganz und gar zu sich selber kommen die Landsleute erst, wenn sie einmal etwas Gutes für den Nächsten, sei es der liebe Neger oder ein Kroate, zu tun sich durchgerungen haben:

Zu einem Summer Cocktail bat die English Speaking Union in den Terminal der Scandinavian Seaways. Auf einen Imbiß verzichteten die etwa 200 Gäste zugunsten einer Spende für notleidende Ruanda-Flüchtlinge.

Um mitzuleiden, beschlossen die Mitleidigen, auf leeren Magen zu saufen. Der Einfall animierte des Volkes Schauspielerin Heidi Kabel, die tags darauf dem Hamburger Senat, der eine kroatische Familie abschieben wollte, die Drohung übermittelte:

Sonst gehe ich notfalls ins Gefängnis.

Die Deutsche Bank, die leider in kein Gefängnis paßt und schon gegessen hat, systematisierte die Vorbilder:

Ruandas Menschen brauchen Hilfe. Wir verdoppeln Ihre Spende. Jede DM, die eine Privatperson auf das Sonderkonto »Ruanda-Hilfe« einzahlt, wird von uns verdoppelt. Bitte helfen Sie. Eine Million DM haben wir bereits zur Verfügung gestellt.

Egal auf wieviel Imbisse Sie verzichten – wir verdoppeln. Wir könnten, was Ruandas Menschen fehlt, aus der Portokasse bezahlen. Was wir brauchen, ist nicht Ihre Hilfe, sondern Ihre Willigkeit. Sie einzuüben lassen wir uns manche Peanut kosten.

Wie Rudolf Scharping einmal etwas sehr Feines, ja Anmutiges über sich sagen wollte:

Solange Heimatliebe und Patriotismus nicht übersteigert werden und umschlagen in Abgrenzung oder Feindseligkeit gegenüber anderen, drücken sie in meinen Augen nichts anderes als die Zuneigung zum eigenen Land aus. Mir hätte es deshalb gut gefallen, wenn wir 1990 Brechts Kinderhymne zur Nationalhymne des geeinten Deutschland gewählt hätten. Da heißt es: »Armut sparet nicht noch Mühe, Leidenschaft nicht noch Verstand, daß ein gutes Deutschland blühe...«

Was aber macht der teuflische Setzer der »Bild«-Zeitung? Er läßt den anmutigen Asylpatrioten sein Programm zum Umbau des Sozialstaats aufsagen.

Der anmutige Kandidat läßt sich durch solche Zwischenfälle nicht entmutigen:

In der katholischen Stephanskirche besichtigten die Gorbatschows und die Eheleute Scharping die Fenster des Künstlers Marc Chagall. Für Chagall sei die Verständigung der Menschen ein zentraler Begriff seines Schaffens gewesen, sagte Scharping. Die Versöhnung zeige sich vor allem in vielen kleinen Schritten. Aus Sicherheitsgründen wurden der geplante Besuch im Dom und der Altstadtrundgang abgesagt.

Die Versöhnung zeigt sich in vielen kleinen Schritten (Reformen!), die Verständigung der Menschen aber ist nur als zentraler Begriff des Bemalens katholischer Kirchenfenster zu haben. Mainz bleibt Mainz. Und dieser Gottseidank dort.

Hamburgs Polizisten prügeln gern, und besonders gern Schwarze. Ihr Senator hat das zwar geleugnet, aber versprochen:

Ich werde mich dafür einsetzen, daß die Sensibilität aller Polizisten gegenüber Ausländern noch erhöht wird.

Wie hoch die Empfindlichkeit, mit der die Beamten auf Ausländer reagieren, vor der angedrohten Erhöhung schon ist, gab die Behörde zwei Tage später bekannt: 27 Beamte wurden vom Dienst suspendiert, weil sie die Nasenbeine und Nieren einiger Afrikaner grün und blau sensibilisiert hatten.

Achtundsechzig und die Folgen:

Das Förderprogramm soll schlummernde Kräfte wecken, innere Blockaden lösen und Ängste abbauen. Selbstwertgefühl, Flexibilität, Kreativität und vor allem Motivation sollen gefördert werden. Der Feldphase folgt der dreitägige Analyseworkshop, in dem die Teilnehmer ihre ersten Erfahrungen austauschen. Im Persönlichkeitsworkshop bestimmen die Teilnehmer ihren Standort...

Am Ende des Lernprozesses steht ein angstfreier, selbstbewußter, flexibler, kreativer, allseitig entwickelter Mensch, wie die Bewegung ihn sich erträumt hat. Er ist ein Verkäufer von Chemikalien, geschult unter dem Motto »Fördern statt feuern« von der Contrain GmbH für Boehringer Backmittel Ingelheim.

Bei Boehringer stellte sich nach etwas mehr als einem Jahr auch der Erfolg ein: Alle Beteiligten verbesserten ihre Geschäftsergebnisse – 60 Prozent verzeichneten ein Umsatzplus von zehn Prozent. Fünf von ihnen erzielten jetzt sogar zwischen zehn und 25 Prozent mehr Umsatz.

Die Kulturrevolution hat gesiegt. Lang lebe die Vorsitzende Antje!

Die Einladung des Atelier-Hauses Eimsbüttel zur Ausstellung »Gegen das Vergessen – Impulse für die Zukunft« beginnt mit einem Gedicht:

Trotz Auschwitz// Neuer Antisemitismus ist unfaßbar und unverständlich/ und dennoch in Deutschland schmerzlich gegenständlich./ Sein Geist hat direkt nach Auschwitz geführt,/ und in seinem Ungeist ist Auschwitz passiert./ Heute wieder zum Antisemitismus bereit,/ sind diese Antisemiten nicht mehr die gleichen,/ denn Auschwitz setzte sein mahnendes Zeichen./ Die Antisemiten von heute wissen Bescheid/ über unsagbares Leid, das in Auschwitz geschah./ Trotz solch schrecklicher Vergangenheit/ sind in Deutschland neue Antisemiten da./ Von neuem sind sie vom alten Wahn besessen/ und wegen Auschwitz mit anderem Maß zu messen./ Sie verdienen nicht die Gnade der Unwissenheit./ So fragen die Opfer die Politiker unserer Zeit,/ wie lange noch sie solches Gedankengut straffrei gestatten,/ den Ungeist, den wir in grausamer Wirklichkeit hatten./ Wollen sie das Unrecht der Demokratie wegen tragen,/ werden den Opfern immer wieder neue Wunden geschlagen.

Rocco Giordano aus »Stufen zur Hoffnung«

Oft wollt vor dem alten Wahn ich schon resignieren/ und vor dem neuen Ungeist strecken alle Vieren./ Kein Reim auf Antisemitismus schien mir zu gelingen,/ und kein Gedicht wollte sich gegen straffreies Gedankengut aufschwingen./ Fast hätte ich die Lyrik gegen das Vergessen schon aufgegeben/ und als Antisemit beendet mein Leben./ Da kamen deine mutigen Verse und machten mich wieder froh,/ hab Dank, tapferer Dichter Rocco Giordano!